



ZMS BW

Zentrum für Militärgeschichte und
Sozialwissenschaften der Bundeswehr

Zwischen Kriegsangst und Kriegstauglichkeit

Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsbild
in der Bundesrepublik Deutschland 2024

Timo Graf

Forschungsbericht 137

2024

Impressum

Herausgeber: Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr

Verantwortlich für den Inhalt ist der Autor

Redaktionsschluss ist der 13. August 2024

Anschrift: Zeppelinstraße 127/128, Potsdam 14471

Tel.: 0331 9714 404

timograf@bundeswehr.org

www.zms.bundeswehr.de

© ZMSBw 2024

Projektnummer: 7141-04

ISBN: 978-3-941571-60-0

URN: <https://nbn-resolving.org/html/urn:nbn:de:kobv:po79-opus4-8207>

DOI: <https://doi.org/10.48727/opus4-820>

Inhaltsverzeichnis

Executive Summary	5
1 Einleitung.....	6
2 Sicherheits- und Bedrohungswahrnehmungen.....	7
3 Russlandbild und militärische Unterstützung für die Ukraine	13
4 Verteidigungsausgaben und Personalumfang	21
5 Landes- und Bündnisverteidigung	26
6 Wehrdienst und Verteidigungsbereitschaft	33
7 Öffentliche Wahrnehmung und Akzeptanz der Bundeswehr	42
8 Arbeitgeberattraktivität der Bundeswehr.....	55
9 Aufgaben und Einsätze der Bundeswehr.....	70
10 Außenpolitische Einstellungen	79
11 Europäische Verteidigungszusammenarbeit	91
12 Fazit.....	94
13 Methodologie.....	97

Executive Summary

- Die ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2024 fand vom 18. Mai bis 23. Juni 2024 statt. Sie ist repräsentativ für die in Privathaushalten lebende deutschsprachige Bevölkerung ab 16 Jahren. Befragt wurden 1.956 Bürgerinnen und Bürger (Abschnitt 13).
- Nach der leichten Erholung 2023 hat sich das Sicherheitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger 2024 wieder verschlechtert und erreicht fast das Niveau von 2022. Das Gefühl der Bedrohung durch Krieg in Europa ist deutlich gestiegen (41 Prozent; +7 Prozentpunkte) und die Sorge vor Spannungen zwischen dem Westen und Russland bleibt groß (58 Prozent; +3 Prozentpunkte) (Abschnitt 2).
- Russland wird weiterhin von einer großen Mehrheit (65 Prozent) als Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands wahrgenommen. Die Einstellung zur militärischen Unterstützung der Ukraine ist überwiegend positiv, aber auch mit Bedenken verbunden. Besonders groß ist der Zuspruch zur Ausbildung ukrainischer Soldatinnen und Soldaten in Deutschland (62 Prozent). Im Vergleich zum Vorjahr sind die wahrgenommene Bedrohung durch Russland und die Bereitschaft zur militärischen Unterstützung der Ukraine gestiegen (Abschnitt 3).
- Die personelle und finanzielle Stärkung der Bundeswehr stößt in allen soziodemografischen Gruppen und Wählergruppen auf ein mehrheitlich positives Echo. Die öffentliche Zustimmung ist unverändert hoch (58 bzw. 57 Prozent). Zudem betrachten die Bürgerinnen und Bürger die Verteidigung als einen wichtigen Ausgabenbereich (Abschnitt 4).
- Die überwiegend positive Einstellung zur NATO und zur Sicherung der NATO-Ostflanke ist im Vergleich zum Vorjahr leicht gestiegen. Die kritischste Einstellung zur Bündnisverteidigung haben Wählergruppen an den Rändern des politischen Spektrums. Der Zuspruch zur Verteidigung der NATO-Ostflanke hängt zudem stark von der wahrgenommenen Bedrohung durch Russland und vom Vertrauen in den NATO-Partner USA ab (Abschnitt 5).
- Ein neuer Wehrdienst stößt in der Bevölkerung auf positive Resonanz und weckt positive Erwartungen. Die Mehrheit der Männer spricht sich für einen neuen Wehrdienst aus, der auch für junge Frauen gelten sollte. Die Zustimmung der Frauen fällt verhaltener aus, insbesondere unter jüngeren Frauen. Im Falle eines militärischen Angriffs wäre die Mehrheit der Männer (61 Prozent; +4 Prozentpunkte) bereit, Deutschland mit der Waffe zu verteidigen; bei den Frauen sind es 21 Prozent (+3 Prozentpunkte) (Abschnitt 6).
- Die seit Jahrzehnten positive Haltung der Bürgerinnen und Bürger zur Bundeswehr bleibt unverändert hoch: Über 82 Prozent haben eine positive Einstellung zur Bundeswehr und 85 Prozent vertrauen ihr. Diese wohlwollende Grundhaltung besteht in allen Bevölkerungsgruppen. Die Bundeswehr wird im Vergleich zum Vorjahr nicht häufiger, aber etwas positiver wahrgenommen (Abschnitt 7).
- Seit Jahren geht die wahrgenommene Attraktivität der Bundeswehr als Arbeitgeber für junge Menschen zurück – dieser Trend setzt sich aktuell fort. Trotzdem ist das Interesse junger Männer (16–29 Jahre) am Soldatenberuf deutlich gestiegen: 29 Prozent (+10 Prozentpunkte) von ihnen können sich aktuell vorstellen, Soldat bei der Bundeswehr zu werden. Junge Frauen bleiben eine kritische Gruppe für die Personalgewinnung der Bundeswehr (Abschnitt 8).
- Wie in den Vorjahren begrüßt eine absolute Mehrheit den Einsatz der Bundeswehr in ihrem gesamten Aufgabenspektrum. Die Bundeswehr-Missionen an der NATO-Ostflanke erfahren im Durchschnitt weiterhin mehr Zustimmung als die Einsätze im Bereich des internationalen Krisenmanagements. Im Vergleich zu 2023 hat sich die öffentliche Meinung zu den Bundeswehreinsätzen im Ausland kaum verändert und der Kenntnisstand zu den Einsätzen bleibt äußerst gering (Abschnitt 9).
- 58 Prozent (+4 Prozentpunkte) der Befragten sprechen sich für eine aktive deutsche Außenpolitik aus. Dabei besteht eine relative Präferenz für den Einsatz nichtmilitärischer Mittel. Allerdings werden auch Ausbildungs- und Stabilisierungseinsätze der Bundeswehr mehrheitlich als außenpolitische Mittel befürwortet. Die USA werden von einer klaren Mehrheit der Befragten als verlässlicher (Bündnis-)Partner wahrgenommen, während die öffentliche Wahrnehmung der bilateralen Beziehungen zu China ambivalent bleibt (Abschnitt 10).
- In der Bevölkerung besteht ein positives Meinungsbild zur Verteidigungskooperation im Rahmen der Europäischen Union, die als Beitrag zur Stärkung der NATO verstanden wird (Abschnitt 11).

1 Einleitung

Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine veränderte das sicherheits- und verteidigungspolitische Meinungsbild in Deutschland im Jahr 2022 schlagartig. Der Krieg beeinträchtigte das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger massiv und führte dazu, dass Russland erstmals von einer Mehrheit der Bevölkerung als Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands wahrgenommen wurde. Als Reaktion auf diese veränderte Bedrohungswahrnehmung stieg die öffentliche Zustimmung zur Erhöhung der Verteidigungsausgaben auf einen historischen Höchstwert und die Verteidigung der NATO-Ostflanke wurde 2022 zum ersten Mal von einer Bevölkerungsmehrheit unterstützt.

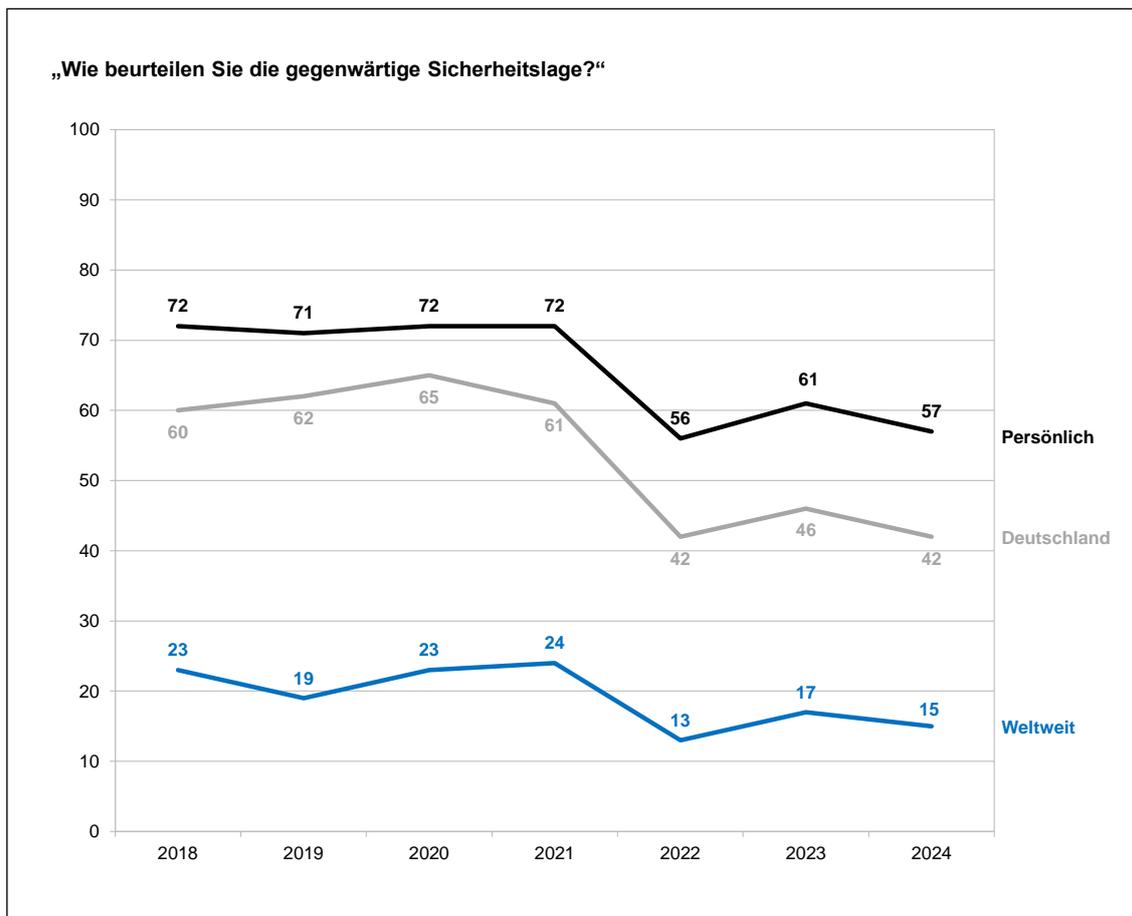
Im Jahr 2023 ging die Kriegsangst in der deutschen Bevölkerung spürbar zurück, was sich auf den Verlauf des Krieges in der Ukraine bis zum Sommer 2023 zurückführen lässt. Während Russland keines seiner selbsterklärten Kriegsziele erreichen konnte und große militärische Verluste erlitt, gelang es der Ukraine bereits 2022 mithilfe westlicher Waffenlieferungen, Russlands Invasionstruppen zurückzudrängen. Von der ukrainischen Offensive im Sommer 2023 wurde sogar erwartet, dass sie die Situation auf dem Schlachtfeld zugunsten der Ukraine wenden könnte. Diese blieb jedoch allen Erwartungen zum Trotz weitgehend erfolglos und durch die im Herbst und Winter 2023 ausbleibenden Waffenlieferungen aus den USA geriet die Ukraine in die Defensive. Anfang 2024 hat Russland in der Ukraine die militärische Initiative ergreifen können und rückt seitdem unter anhaltend hohen eigenen Verlusten langsam, aber beständig an vielen Frontabschnitten vor. Zudem gelingt es Russland durch die Umstellung auf die Kriegswirtschaft inzwischen militärische Überkapazitäten aufzubauen. Die Bedrohungslage hat sich im Vergleich zu 2023 deutlich verschärft.

Steigt die Kriegsangst jetzt wieder oder haben die Bürgerinnen und Bürger sich an den Krieg in der Ukraine „gewöhnt“? Bröckelt der gesellschaftliche Rückhalt für Deutschlands verteidigungspolitische Zeitenwende oder ist dieser gar gewachsen? Lähmen die Kriegsangst und die wahrgenommene Bedrohung durch Russland die Wehrbereitschaft in der deutschen Bevölkerung oder stärken sie sie? Und welche Einstellungsunterschiede bestehen zwischen den verschiedenen soziodemografischen Gruppen und den Wählergruppen in der deutschen Bevölkerung? Der vorliegende Forschungsbericht beantwortet diese Fragen auf der Grundlage der Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw) – der umfangreichsten repräsentativen Bevölkerungsbefragung zu außen-, sicherheits- und verteidigungspolitischen Themen in Deutschland seit 1996.

2 Sicherheits- und Bedrohungswahrnehmungen

Die Beurteilung der persönlichen, der nationalen und der weltweiten Sicherheitslage durch die Bürgerinnen und Bürger hat sich durch Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine im Jahr 2022 deutlich verschlechtert (vgl. Abbildung 2.1). Nach einer leichten Erholung im Jahr 2023 hat sich das aktuelle Sicherheitsempfinden in allen drei Dimensionen erneut verschlechtert und bleibt somit weiterhin deutlich unter dem Niveau vor Kriegsbeginn. Während sich aktuell eine absolute Mehrheit von 57 Prozent (-4 Prozentpunkte im Vergleich zu 2023) persönlich sicher fühlt, schätzt weniger als die Hälfte der Befragten (42 Prozent; -4 Prozentpunkte) die Lage in Deutschland als sicher ein. Die weltweite Sicherheitslage wird lediglich von 15 Prozent (-2 Prozentpunkte) positiv bewertet und bleibt damit in einem kritischen Bereich.

Abbildung 2.1: Beurteilung der Sicherheitslage 2018–2024



Anmerkungen: Angaben in Prozent. Die Antwortanteile „Sehr sicher“ und „Eher sicher“ wurden zusammengefasst.

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2018–2024.

Das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger hat sich verschlechtert und die Kriegsangst ist gestiegen.

Wie bereits im Vorjahr fühlen sich die Bürgerinnen und Bürger auch aktuell vorrangig durch Inflation (70 Prozent; -5 Prozentpunkte im Vergleich zu 2023), militärische Risiken wie die Spannungen zwischen dem Westen und Russland (58 Prozent; +3 Prozentpunkte), Zuwanderung (57 Prozent; +6 Prozentpunkte) und den weltweiten Klimawandel (44 Prozent; -3 Prozentpunkte) in ihrer persönlichen Sicherheit bedroht (vgl. Tabelle 2.1). Im Vergleich zum Vorjahr ist das Gefühl der unmittelbaren Bedrohung durch sicherheitspolitische Risiken wieder gestiegen, insbesondere die Sorge vor religiösem Fundamentalismus (41 Prozent; +12 Prozentpunkte), Terroranschlägen in Deutschland (35 Prozent; +8 Prozentpunkte) und Krieg in Europa (41 Prozent; +7 Prozentpunkte).

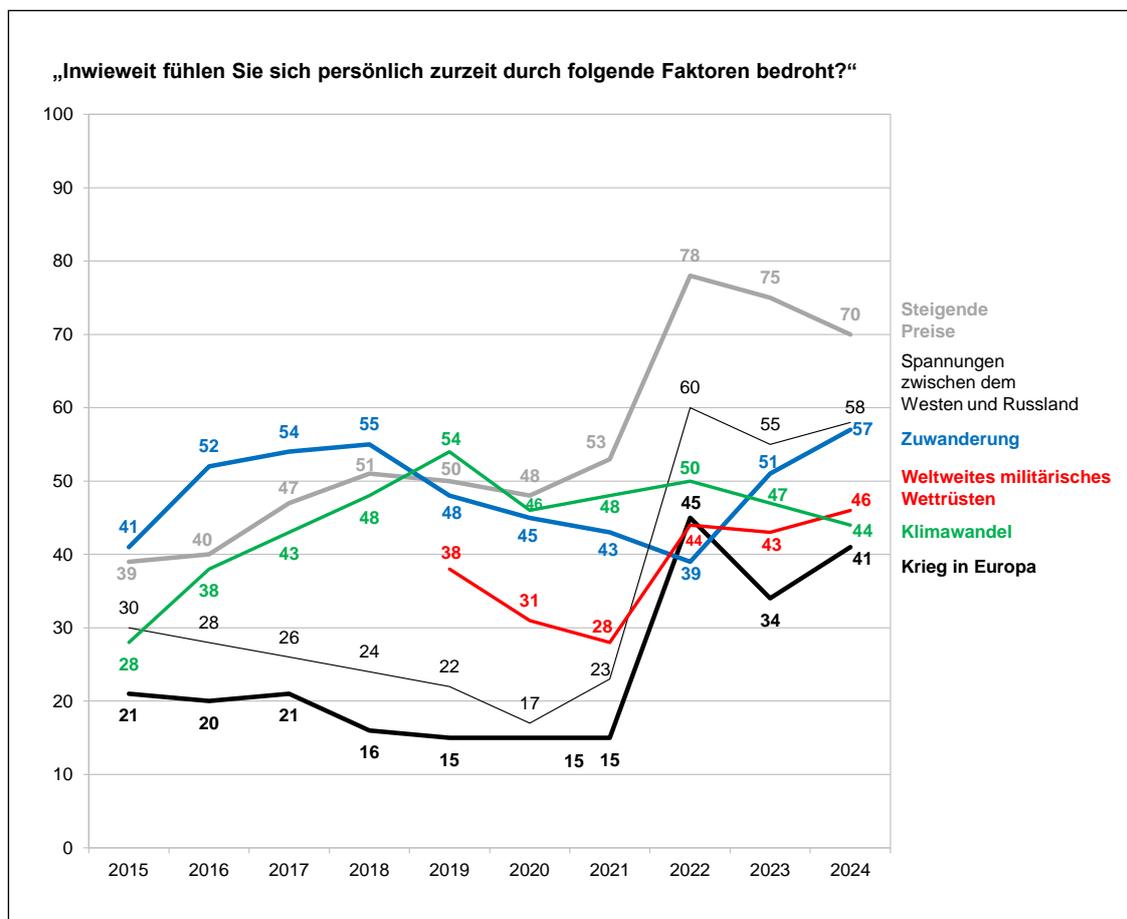
Tabelle 2.1: Wahrgenommene Bedrohungen der persönlichen Sicherheit

„Inwieweit fühlen Sie sich persönlich zurzeit durch die folgenden Faktoren bedroht?“			
	Bedroht ¹ (vgl. zu 2023)	Teils/teils	Nicht bedroht ²
Steigende Preise	70 (-5)	20	10
Spannungen zwischen dem Westen und Russland	58 (+3)	23	19
Zuwanderung nach Deutschland	57 (+6)	26	17
Weltweites militärisches Wettrüsten	46 (+3)	31	23
Weltweiter Klimawandel durch die globale Erwärmung	44 (-3)	28	28
Krieg in Europa	41 (+7)	33	26
Religiöser Fundamentalismus in Deutschland	41 (+12)	29	31
Unzureichende finanzielle Absicherung im Alter	41 (+1)	26	30
Krieg mit Atomwaffen	37 (-1)	31	32
Terroranschläge in Deutschland	35 (+8)	35	30
Angriffe auf die kritische Infrastruktur in Deutschland	34 (Neu)	33	32
Große Naturkatastrophen wie z.B. schwere Stürme oder Überschwemmungen	33 (-7)	35	32
Verbreitung von falschen Informationen über die Medien oder das Internet (Fake News)	33 (+3)	29	37
Kriminalität im Internet	29 (+3)	30	40
Weltweite Ausbreitung einer gefährlichen Krankheit oder Seuche	27 (+1)	30	43
Fremdenfeindlichkeit in Deutschland	24 (+1)	25	51
Spannungen zwischen dem Westen und China	21 (0)	31	47
Kriminalität in meinem Umfeld	20 (+2)	33	47
Störfall in einem Atomkraftwerk	19 (-4)	25	45
Verlust des eigenen Arbeitsplatzes bzw. Schwierigkeit, einen Arbeitsplatz zu finden	17 (0)	17	65
Zerfall der EU	14 (0)	23	62
Spannungen zwischen Europa und den USA	12 (-2)	19	69

Anmerkungen: Angaben in Prozent. 1) Anteile „Stark bedroht“ und „Eher bedroht“ wurden zusammengefasst; 2) Anteile „Eher nicht bedroht“ und „Überhaupt nicht bedroht“ wurden zusammengefasst. Fehlende Prozente zu 100 entsprechen dem Antwortanteil der Angabe „weiß nicht/keine Antwort“.

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2023 und 2024.

Abbildung 2.2: Bedrohungen für die persönliche Sicherheit 2015–2024



Anmerkungen: Angaben in Prozent. Die Antwortanteile „Stark bedroht“ und „Eher bedroht“ wurden zusammengefasst.
 Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2015–2024.

Acht der zehn größten Bedrohungen haben einen direkten oder indirekten Bezug zur sicherheitspolitischen Lage. So ist z.B. die wahrgenommene Bedrohung durch steigende Preise (70 Prozent) und Zuwanderung nach Deutschland (57 Prozent) zu einem großen Teil auf Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine zurückzuführen. Der Krieg in der Ukraine verschärft das Bedrohungsgefühl durch diese Faktoren (vgl. Abbildung 2.2). Infolge des Krieges stieg im Jahr 2022 die wahrgenommene Bedrohung durch steigende Preise zunächst um 25 Prozentpunkte auf 78 Prozent. Mit dem Rückgang der Inflation in Deutschland und in Europa nimmt auch das damit verbundene Gefühl der persönlichen Bedrohung ab (-8 Prozentpunkte seit 2022). Die Sorge vor Zuwanderung nach Deutschland ist dagegen seit 2022 deutlich gestiegen (+18 Prozentpunkte) und erreicht aktuell einen neuen Höchststand. Unabhängig von Russlands Krieg gegen die Ukraine und der damit verbundenen Entwicklung der sicherheitspolitischen Lage in Europa gehören Inflation und Zuwanderung nach Deutschland bereits seit vielen Jahren zu den vorrangigen Sorgen der Bürgerinnen und Bürger.

Es wurde untersucht, ob zwischen den soziodemografischen Gruppen und den Wählergruppen in der deutschen Bevölkerung signifikante Unterschiede bestehen in der wahrgenommenen Bedrohung der persönlichen Sicherheit durch die vier größten Risikofaktoren: Inflation, Zuwanderung, Klimawandel und dezidiert militärische Risikofaktoren. Das Bedrohungsgefühl durch militärische Risiken wurde mithilfe von vier Einzelfaktoren erfasst: die wahrgenommene Bedrohung durch die Spannungen zwischen dem Westen und Russland, das weltweite militärische Wettrüsten, Krieg in Europa und Krieg mit Atomwaffen. Diese vier Variablen wurden in einer Indexvariable „militärische Risiken“ zusammengefasst. Die Indexvariable weist einen Wertebereich von 0 (kein Bedrohungsgefühl) bis 1 (starkes Bedrohungsgefühl) auf, d.h. die im Folgenden berichteten Mittelwerte können einen Wert zwischen 0 und 1 annehmen. Ein Mittelwert von 0,5 bedeutet, dass die befragte Gruppe im Durchschnitt eine ambivalente Meinung hat (wie sie z.B. die Antwortmöglichkeit „teils/teils“ darstellt). Je höher der Wert (maximal 1), desto stärker das Bedrohungsgefühl. Zur besseren Vergleichbarkeit wurden auch die wahrgenommene Bedrohung durch die Inflation, die Zuwanderung nach Deutschland und den Klimawandel auf den Wertebereich 0 (kein Bedrohungsgefühl) bis 1 (starkes Bedrohungsgefühl) rekodiert.

Zwischen den soziodemografischen Gruppen und den Wählergruppen bestehen in der durchschnittlichen Ausprägung der vier Bedrohungswahrnehmungen eine Vielzahl von statistisch signifikanten Unterschieden. Sie sollten allerdings nicht überbewertet werden, da die Unterschiede meist nicht substantiell sind, d.h. mit wenigen Ausnahmen gibt es keine großen Unterschiede in der Wahrnehmung. Über alle Gruppen hinweg fühlen sich die Bürgerinnen und Bürger durch die Inflation (Mittelwert 0,73) und die Zuwanderung (Mittelwert 0,64) stärker in ihrer persönlichen Sicherheit bedroht als durch militärische Risiken (Mittelwert 0,58) oder den Klimawandel (0,55; vgl. Tabelle 2.2). Diese Hierarchie der wahrgenommenen Bedrohungsfaktoren bildet sich in nahezu allen untersuchten Gruppen ab.

Das durchschnittliche *Bedrohungsgefühl durch die Inflation* steigt mit dem Alter der Befragten an und nimmt mit höherem Einkommen und höherer Bildung ab. Im Vergleich der Regionen wird ein schwach ausgeprägtes Nord-Süd-Gefälle erkennbar: Die Angst vor steigenden Preisen ist am stärksten in Süddeutschland ausgeprägt, gefolgt von West- und Ostdeutschland und am schwächsten in Norddeutschland. Frauen empfinden die Inflation im Durchschnitt etwas stärker als Bedrohung der persönlichen Sicherheit als Männer. Befragte mit einer Wahlpräferenz für die AfD, die Linke, das Bündnis Sarah Wagenknecht, die FDP sowie die Gruppe der Nichtwähler fühlen sich durch steigende Preise stärker bedroht als die Wählerinnen und Wähler der übrigen Parteien. Zwischen Befragten mit und ohne Migrationshintergrund bestehen keine statistisch signifikanten Unterschiede.

Tabelle 2.2: Bedrohungsperzeptionen in soziodemografischen Gruppen

„Inwieweit fühlen Sie sich persönlich zurzeit durch die folgenden Faktoren bedroht?“				
	Inflation	Zuwanderung	Klimawandel	Militärische Risiken
Insgesamt	0,73	0,64	0,55	0,58
Geschlecht	*	n.s.	***	**
Männer	0,72	0,65	0,53	0,57
Frauen	0,74	0,63	0,58	0,59
Alter	***	n.s.	n.s.	n.s.
16 bis 29 Jahre	0,69	0,63	0,57	0,55
30 bis 49 Jahre	0,72	0,64	0,55	0,58
50 bis 69 Jahre	0,76	0,66	0,56	0,59
70 Jahre und älter	0,73	0,63	0,53	0,58
Bildungsniveau	***	n.s.	n.s.	*
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	0,69	0,64	0,55	0,59
Realschulabschluss	0,75	0,66	0,57	0,58
Hauptschulabschluss	0,77	0,63	0,53	0,56
Haushaltsnettoeinkommen pro Monat	***	n.s.	n.s.	n.s.
4.001 Euro und mehr	0,67	0,66	0,54	0,56
2.001 bis 4.000 Euro	0,74	0,64	0,56	0,59
Bis 2.000 Euro	0,76	0,64	0,55	0,58
Wahlabsicht Bundestagswahl	***	***	***	***
CDU/CSU	0,71	0,65	0,55	0,60
SPD	0,70	0,60	0,58	0,56
AfD	0,80	0,80	0,44	0,56
FDP	0,75	0,66	0,48	0,54
Die Linke	0,80	0,53	0,59	0,58
Bündnis 90/Die Grünen	0,65	0,52	0,71	0,61
Bündnis Sarah Wagenknecht	0,75	0,67	0,50	0,53
Keine Parteipräferenz, Nichtwähler, w.n./k.A.	0,75	0,61	0,54	0,58
Region	***	*	n.s.	n.s.
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	0,67	0,60	0,56	0,61
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	0,75	0,66	0,54	0,58
Süddeutschland (BW, BY)	0,76	0,66	0,55	0,57
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	0,71	0,63	0,56	0,58
Migrationshintergrund	n.s.	***	***	n.s.
Ja	0,75	0,56	0,48	0,57
Nein	0,73	0,65	0,56	0,58

Anmerkungen: Ausgewiesen sind die Mittelwerte. Alle Variablen haben einen Wertebereich von [0 – kein Bedrohungsgefühl; 1 – starkes Bedrohungsgefühl]. Analyseverfahren: Varianzanalysen, Signifikanzniveau: *** $p < 0,001$; ** $p < 0,01$; * $p < 0,05$; n.s. = nicht signifikant ($p \geq 0,05$). Der Signifikanztest für die Varianzanalyse gibt an, ob sich der Mittelwert mindestens einer Gruppe von dem Mittelwert mindestens einer anderen Gruppe unterscheidet. Die Indexvariable „militärische Risiken“ hat eine sehr gute Skalenreliabilität (Cronbachs alpha = 0,80).

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2024.

In der Wahrnehmung der *Zuwanderung nach Deutschland* als Risiko für die eigene Sicherheit bestehen nur wenige statistisch signifikante Unterschiede zwischen den untersuchten Gruppen. Besonders ausgeprägt sind die Wahrnehmungsunterschiede zwischen den Wählergruppen, wobei sich im Wesentlichen drei Gruppen identifizieren lassen: Die AfD-Anhänger fühlen sich durch die Zuwanderung nach Deutschland am stärksten in ihrer persönlichen Sicherheit bedroht (Mittelwert 0,80). Am schwächsten ausgeprägt ist die Bedrohungswahrnehmung dagegen unter den Wählerinnen und Wählern der Grünen (Mittelwert 0,52) und der Linken (Mittelwert 0,53). Alle übrigen Wählergruppen nehmen die Zuwanderung etwas stärker als Bedrohung wahr als Grünen- und Linken-Anhänger, aber deutlich geringer als die Wählerinnen und Wähler der AfD (Mittelwerte 0,60 bis 0,67). Befragte ohne Migrationshintergrund (Mittelwert 0,65) empfinden die Zuwanderung nach Deutschland im Durchschnitt als größere Bedrohung für die eigene Sicherheit als Befragte mit Migrationshintergrund (Mittelwert 0,56).

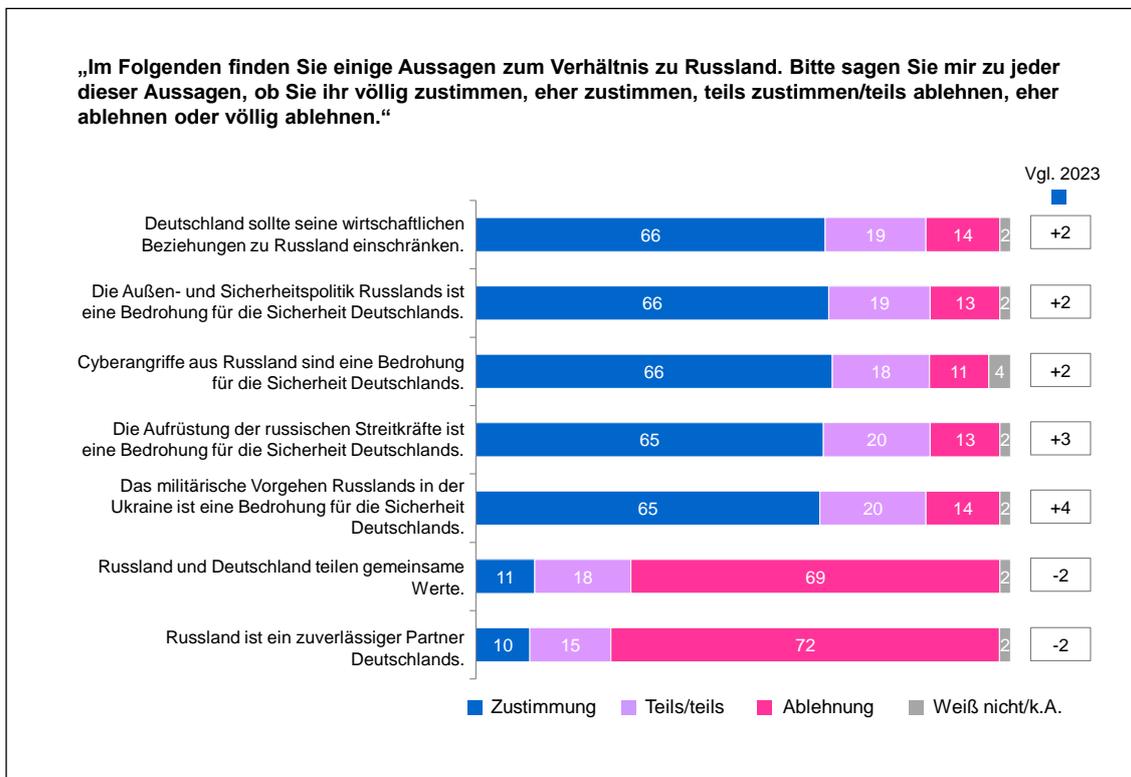
Die Wahrnehmung des *weltweiten Klimawandels* als Risikofaktor für die persönliche Sicherheit ist bei Frauen, bei Wählerinnen und Wählern der Grünen und bei Befragten ohne Migrationshintergrund im Durchschnitt signifikant stärker ausgeprägt als in den jeweiligen Vergleichsgruppen. Zwischen den Regionen und den verschiedenen Alters-, Bildungs- und Einkommensgruppen bestehen dagegen keine statistisch signifikanten Unterschiede.

Die Sorge vor *militärischen Risiken* ist in allen untersuchten Gruppen im Durchschnitt ähnlich stark ausgeprägt. Einzig Frauen und Befragte mit einer Wahlpräferenz für die Grünen oder die CDU/CSU fühlen sich durch militärische Faktoren signifikant stärker in ihrer persönlichen Sicherheit bedroht als die jeweiligen Referenzgruppen. Zudem steigt die Sorge vor militärischen Risiken mit einem höheren Bildungsniveau. Die Unterschiede sind jedoch marginal und sollten nicht überwertet werden. Darüber hinaus fühlen sich die Bürgerinnen und Bürger unabhängig vom Alter, Migrationshintergrund und Einkommensniveau im Durchschnitt ähnlich stark durch militärische Risiken bedroht. Zwischen den Regionen bestehen ebenfalls keine statistisch signifikanten Unterschiede.

3 Russlandbild und militärische Unterstützung für die Ukraine

Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die öffentliche Meinung über Russland weiter verschlechtert: Eine klare Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger nimmt Russland als Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands wahr (65 bis 66 Prozent) und spricht sich für die Einschränkung der wirtschaftlichen Beziehungen zu Russland aus (66 Prozent; +2 Prozentpunkte; vgl. Abbildung 3.1). Insbesondere das militärische Vorgehen Russlands in der Ukraine (65 Prozent; +4 Prozentpunkte) und die Aufrüstung der russischen Streitkräfte (65 Prozent; +3 Prozentpunkte) werden im Jahr 2024 von mehr Befragten als Bedrohung für Deutschlands Sicherheit eingeschätzt. Nur eine Minderheit glaubt, dass Russland ein zuverlässiger Partner ist (10 Prozent; -2 Prozentpunkte), mit dem Deutschland gemeinsame Werte teilt (11 Prozent; -2 Prozentpunkte). Eine große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger teilt diese Einschätzung nicht. Der Anteil der Befragten mit positiven Einstellungen zu Russland liegt bei 10 bis 14 Prozent.

Abbildung 3.1: Einstellungen zum Verhältnis zu Russland



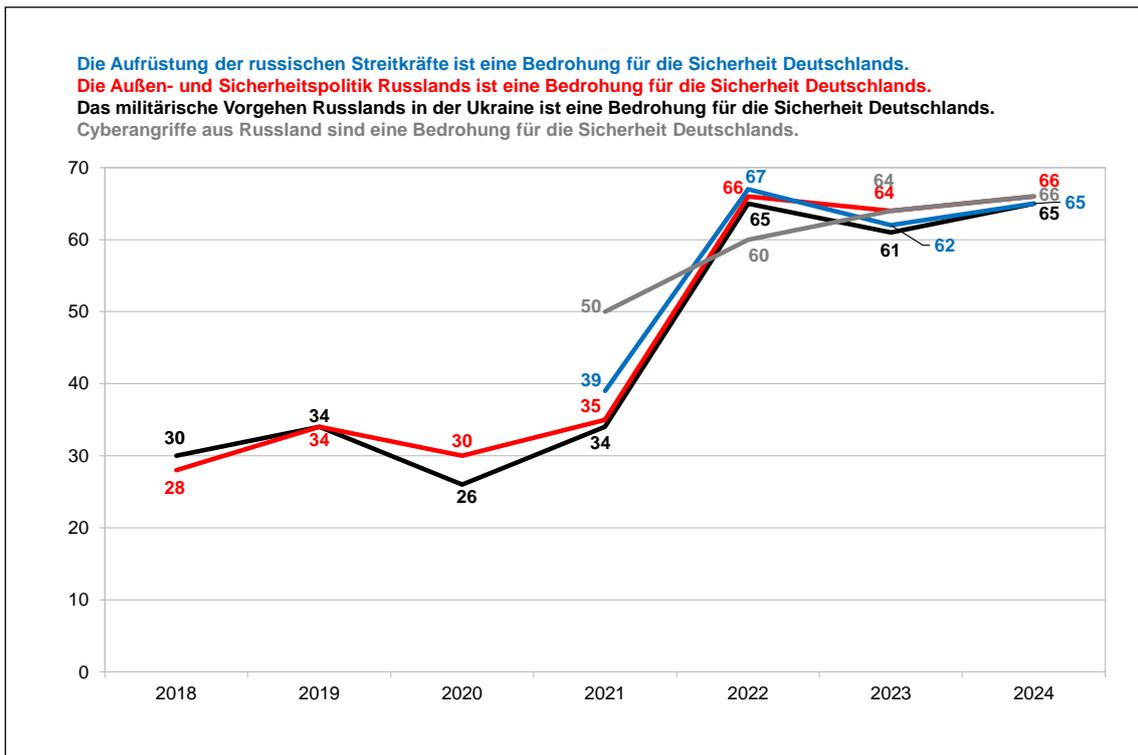
Anmerkungen: Angaben in Prozent. Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100, da die Einzelwerte gerundet wurden. Die Antwortanteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ sowie „Lehne völlig ab“ und „Lehne eher ab“ wurden jeweils zusammengefasst.

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2023 und 2024.

Russland wird verstärkt als militärische Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands wahrgenommen.

Die öffentliche Wahrnehmung Russlands als eine Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands ist im Vergleich zu den Jahren vor 2022 weiterhin sehr stark ausgeprägt und im Vergleich zum Vorjahr noch etwas stärker geworden (vgl. Abbildung 3.2). Dieser erneute Anstieg korrespondiert mit dem gestiegenen Bedrohungsgefühl der persönlichen Sicherheit durch Spannungen zwischen dem Westen und Russland sowie durch Krieg in Europa (vgl. Abschnitt 2, Tabelle 2.1). Als mögliche Erklärungen für die sich verschärfende öffentliche Bedrohungswahrnehmung kommen in Betracht: Der ausgebliebene Erfolg der ukrainischen Sommeroffensive 2023, die im Winter 2023/2024 ausgebliebenen Waffenlieferungen der USA an die Ukraine, das Vorrücken der russischen Truppen an verschiedenen Frontabschnitten in der Ukraine im Jahr 2024 und die andauernden verbalen Attacken der russischen Führung gegen den Westen und die NATO, einschließlich der Drohung mit dem Einsatz von Nuklearwaffen.

Abbildung 3.2: Wahrnehmung Russlands als Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands



Anmerkungen: Angaben in Prozent. Die Antwortanteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ wurden jeweils zusammengefasst.

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2018–2024.

Welche statistisch signifikanten Unterschiede gibt es in der Wahrnehmung Russlands als eine Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands zwischen den soziodemografischen Gruppen und den Wählergruppen in der deutschen Bevölkerung? Die Bedrohungswahrnehmung wurde hierfür als eine Indexvariable berechnet, in die folgende Einzelfaktoren einfließen: die wahrgenommene Bedrohung durch Cyberangriffe aus Russland, durch die Aufrüstung der russischen Streitkräfte, durch das militärische Vorgehen Russlands in der Ukraine und durch die Außen- und Sicherheitspolitik Russlands. Die Indexvariable weist einen Wertebereich von 0 bis 1 auf, wobei ein Mittelwert von 0 keiner Bedrohungswahrnehmung und ein Wert von 1 einer starken Bedrohungswahrnehmung entspricht. Ein Mittelwert von 0,5 weist auf ein ambivalentes Bedrohungsgefühl hin.

Russland wird in allen Gruppen der deutschen Bevölkerung überwiegend als Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands empfunden. Unter den Anhängern der AfD und des BSW ist diese Bedrohungswahrnehmung jedoch am schwächsten ausgeprägt.

Wie aus den Ergebnissen in Tabelle 3.1. hervorgeht, wird Russland in allen untersuchten Gruppen überwiegend als Bedrohung wahrgenommen. Es bestehen in dieser Bedrohungswahrnehmung jedoch statistisch signifikante Unterschiede zwischen den Gruppen. So ist die Wahrnehmung Russlands als Bedrohung unter älteren Befragten (ab 50 Jahren) im Durchschnitt etwas stärker ausgeprägt als unter jüngeren Befragten (unter 50 Jahren). Wählerinnen und Wähler der AfD oder des Bündnis Sarah Wagenknecht (BSW) haben im Durchschnitt eine deutlich schwächer ausgeprägte Bedrohungsperzeption als Befragte mit einer anderen Wahlpräferenz oder als die Gruppe der Nichtwähler. Im Vergleich der Regionen fällt zudem auf, dass die Befragten in Ostdeutschland im Durchschnitt Russland weniger bedrohlich wahrnehmen als die Befragten in den übrigen Regionen. Befragte mit Migrationshintergrund sehen in Russland eher eine Gefahr für Deutschlands Sicherheit als Befragte ohne Migrationshintergrund. Zwischen Männern und Frauen sowie den Bildungs- und Einkommensgruppen bestehen dagegen keine statistisch signifikanten Unterschiede in der Wahrnehmung Russlands.

Tabelle 3.1: Wahrgenommene Bedrohung durch Russland in soziodemografischen Gruppen

	Wahrnehmung Russlands als Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands
Insgesamt	0,73
Geschlecht ^{n.s.}	
Männer	0,74
Frauen	0,73
Alter *	
16 bis 29 Jahre	0,72
30 bis 49 Jahre	0,71
50 bis 69 Jahre	0,76
70 Jahre und älter	0,74
Bildungsniveau ^{n.s.}	
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	0,73
Realschulabschluss	0,74
Hauptschulabschluss	0,74
Haushaltsnettoeinkommen pro Monat ^{n.s.}	
4.001 Euro und mehr	0,74
2.001 bis 4.000 Euro	0,73
Bis 2.000 Euro	0,73
Wahlabsicht Bundestagswahl ***	
CDU/CSU	0,79
SPD	0,74
AfD	0,62
FDP	0,76
Die Linke	0,75
Bündnis 90/Die Grünen	0,76
Bündnis Sarah Wagenknecht	0,61
Keine Parteipräferenz, Nichtwähler, w.n./k.A.	0,78
Region ***	
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	0,72
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	0,68
Süddeutschland (BW, BY)	0,77
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	0,74
Migrationshintergrund *	
Ja	0,77
Nein	0,73

Anmerkungen: Ausgewiesen sind die Mittelwerte. Wertebereich der abhängigen Variable [0 – keine Bedrohungswahrnehmung; 1 – starke Bedrohungswahrnehmung]. Analyseverfahren: Varianzanalysen, Signifikanzniveau: *** $p < 0,001$; ** $p < 0,01$; * $p < 0,05$; n.s. = nicht signifikant ($p \geq 0,05$). Der Signifikanztest für die Varianzanalyse gibt an, ob sich der Mittelwert mindestens einer Gruppe von dem Mittelwert mindestens einer anderen Gruppe unterscheidet. Die Indexvariable hat eine sehr gute Skalenreliabilität (Cronbachs alpha = 0,89).

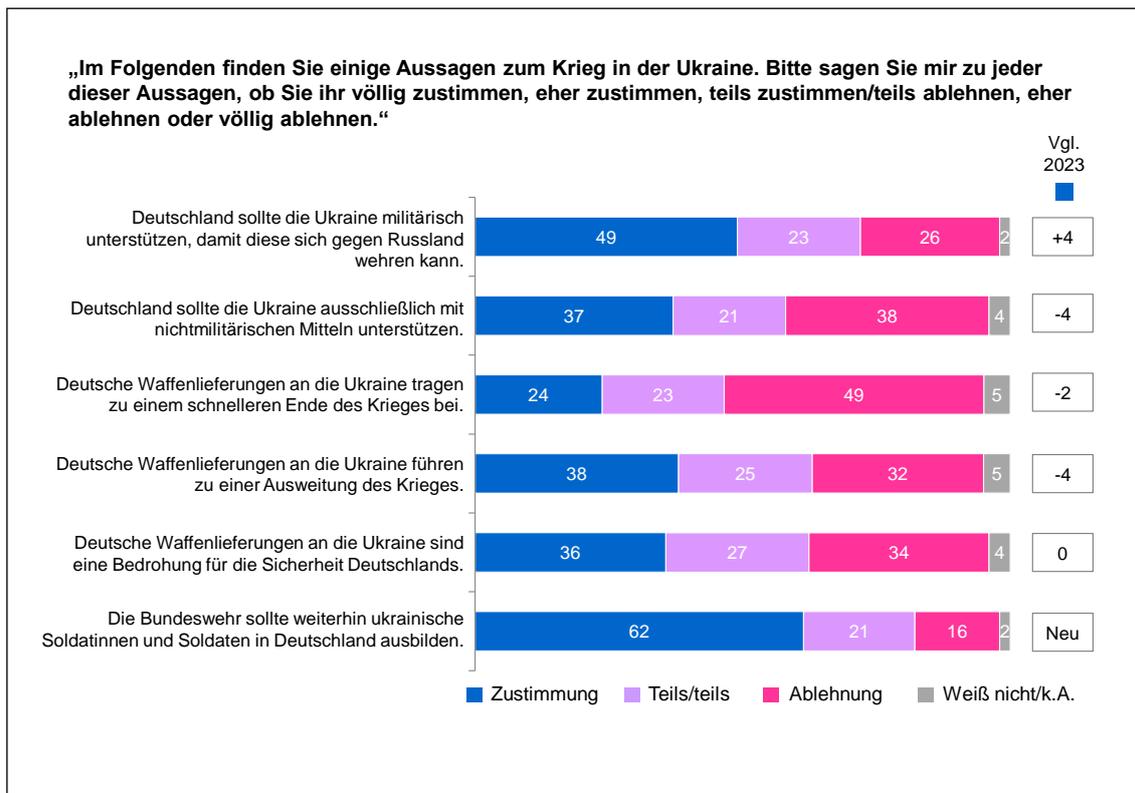
Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2024.

Einstellungen zu Deutschlands militärischer Unterstützung für die Ukraine

Eine relative Mehrheit von 49 Prozent (+4 Prozentpunkte im Vergleich zu 2023) spricht sich dafür aus, die Ukraine militärisch zu unterstützen, damit diese sich gegen Russland wehren kann (vgl. Abbildung 3.3). Ein knappes Viertel (23 Prozent) ist hier geteilter Meinung und ein Viertel (26 Prozent) lehnt eine solche Unterstützung ab. Weniger Befragte als im Vorjahr plädieren dafür, die Ukraine ausschließlich mit nichtmilitärischen Mitteln zu unterstützen (37 Prozent; -4 Prozentpunkte), ein Fünftel (21 Prozent) hat dazu eine ambivalente Einstellung und mehr als ein Drittel (38 Prozent) lehnt dies ab. Großen Zuspruch erfährt die Ausbildung ukrainischer Soldatinnen und Soldaten durch die Bundeswehr in Deutschland: 62 Prozent der Befragten sind dafür und nur 16 Prozent dagegen.

Der öffentliche Zuspruch zu Deutschlands militärischer Unterstützung für die Ukraine ist im Vergleich zum Vorjahr gewachsen. Deutlich mehr Befragte befürworten eine militärische Unterstützung statt einer rein zivilen Hilfe.

Abbildung 3.3: Aussagen zu Deutschlands militärischer Unterstützung für die Ukraine



Anmerkungen: Angaben in Prozent. Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100, da die Einzelwerte gerundet wurden. Die Antwortanteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ sowie „Lehne völlig ab“ und „Lehne eher ab“ wurden jeweils zusammengefasst.

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2024.

Für die möglichen Auswirkungen der deutschen Waffenlieferungen an die Ukraine offenbart sich ein differenziertes Meinungsbild. In der Einschätzung, ob deutsche Waffenlieferungen zu einer Ausweitung des Krieges führen, sind sich die Befragten uneins: 38 Prozent (-4 Prozentpunkte) befürchten eine Ausweitung des Krieges durch die deutschen Waffenlieferungen an die Ukraine, ein Viertel ist unentschieden und 32 Prozent (+3 Prozentpunkte) teilen diese Sorge nicht. Ähnlich ambivalent ist das Meinungsbild zu der Frage, ob deutsche Waffenlieferungen eine Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands darstellen: 36 Prozent (keine Veränderung zu 2023) sehen hier ein Sicherheitsrisiko, 27 Prozent sind unentschieden und 34 Prozent (+2 Prozentpunkte) sehen in den Waffenlieferungen keine Bedrohung für die nationale Sicherheit. Dass deutsche Waffenlieferungen an die Ukraine zu einem schnelleren Ende des Krieges beitragen, glaubt nur ein Viertel (24 Prozent; -2 Prozentpunkte) der Befragten, ein Viertel (23 Prozent) ist geteilter Meinung und eine relative Mehrheit von 49 Prozent (+4 Prozentpunkte) glaubt dies nicht.

In allen Gruppen in der deutschen Bevölkerung befürwortet eine relative oder absolute Mehrheit die militärische Unterstützung der Ukraine – außer die Wählerinnen und Wähler der AfD und des BSW sowie die Gruppe der Nichtwähler.

Zwischen den soziodemografischen Gruppen und den Wählergruppen in der Bevölkerung besteht eine Vielzahl statistisch signifikanter Unterschiede in den Einstellungen zu Deutschlands militärischer Unterstützung für die Ukraine. Die Ausbildung ukrainischer Soldatinnen und Soldaten durch die Bundeswehr stößt dagegen in *allen* Gruppen auf große Zustimmung. Die Einstellungsunterschiede zwischen den Alters-, Bildungs- und Einkommensgruppen sind entweder marginal oder folgen keinem klar erkennbaren Muster.

Frauen sprechen sich weniger stark für eine militärische Unterstützung und stärker für eine rein zivile Unterstützung der Ukraine aus als Männer, allerdings halten sich diese beiden Anteile bei den Frauen die Waage (militärisch: 45 Prozent Zustimmung; zivil: 42 Prozent Zustimmung). Die Ausbildung ukrainischer Soldatinnen und Soldaten durch die Bundeswehr wird von Männern stärker befürwortet als von Frauen. Frauen befürchten durch deutsche Waffenlieferungen zudem eher eine Ausweitung des Krieges und sehen darin auch eher eine Gefahr für Deutschlands Sicherheit als Männer. Sehr deutlich ausgeprägt sind die Einstellungsunterschiede zwischen den Wählergruppen: Insgesamt stimmen der militärischen Unterstützung der Ukraine die Wählerinnen und Wähler von AfD und Bündnis Sarah Wagenknecht sowie die Nichtwähler am wenigsten zu. Zugleich sind diese Gruppen sehr viel stärker als die Vergleichsgruppen davon überzeugt, dass deutsche Waffenlieferungen nicht zu einem schnelleren Kriegsende, dafür aber zu einer Ausweitung des Krieges führen und zudem Deutschlands Sicherheit bedrohen.

Tabelle 3.2: Zustimmung zu Deutschlands militärischer Unterstützung für die Ukraine in soziodemografischen Gruppen

	<u>Unterstützung</u>			<u>Waffenlieferungen</u>		
	Militärisch	Nur zivil	Ausbildung Soldaten	Schnelleres Kriegsende	Ausweitung des Krieges	Gefahr für Deutschland
Insgesamt	49	37	62	24	38	36
Geschlecht	***	***	**	n.s.	***	***
Männer	53	33	64	24	35	34
Frauen	45	42	59	23	41	38
Alter	*	**	*	n.s.	*	n.s.
16 bis 29 Jahre	47	34	54	22	34	32
30 bis 49 Jahre	50	39	63	25	41	39
50 bis 69 Jahre	48	37	63	22	40	37
70 Jahre und älter	52	37	65	26	35	32
Bildungsniveau	**	**	n.s.	n.s.	**	*
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	51	34	64	21	39	37
Realschulabschluss	48	42	62	24	43	38
Hauptschulabschluss	49	37	61	26	34	32
Haushaltsnettoeinkommen pro Monat	***	*	n.s.	*	n.s.	n.s.
4.001 Euro und mehr	52	35	61	19	37	37
2.001 bis 4.000 Euro	50	37	64	26	39	36
Bis 2.000 Euro	46	38	60	27	38	35
Wahlabsicht Bundestagswahl	***	***	***	***	***	***
CDU/CSU	61	32	75	28	30	33
SPD	57	36	71	32	33	26
AfD	37	45	47	17	59	49
FDP	73	31	84	30	24	31
Die Linke	44	44	66	21	53	43
Bündnis 90/Die Grünen	53	39	64	25	33	31
Bündnis Sarah Wagenknecht	35	35	42	18	45	40
Keine Parteipräferenz, Nichtwähler, w.n./k.A.	36	40	51	16	40	39
Region	***	***	***	***	***	***
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	51	37	63	30	45	34
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	42	43	59	23	48	42
Süddeutschland (BW, BY)	51	36	62	22	32	33
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	50	35	63	22	35	35
Migrationshintergrund	***	***	***	***	***	***
Ja	61	26	71	30	29	27
Nein	47	39	60	23	40	37

Anmerkungen: Angaben in Prozent. Ausgewiesen sind die zusammengefassten Antwortanteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“. Analyseverfahren: Chi²-Unabhängigkeits-Test, Signifikanzniveau: *** p < 0,001; ** p < 0,01; * p < 0,05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ 0,05).

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2024.

Im Vergleich der Regionen fällt auf, dass sich Befragte in Ostdeutschland für eine militärische Unterstützung der Ukraine weniger stark und für eine rein zivile Unterstützung stärker aussprechen als Befragte in anderen Regionen, wobei sich diese beiden Lager in Ostdeutschland ziemlich genau die Waage halten. Unter Befragten in Ostdeutschland ist zudem die Sorge vor einer Ausweitung des Krieges und einer Gefährdung Deutschlands durch Waffenlieferungen an die Ukraine größer als bei Befragten in den anderen Regionen. In Norddeutschland glauben die Befragten eher an ein schnelleres Kriegsende durch deutsche Waffenlieferungen als in den übrigen Regionen. Befragte mit Migrationshintergrund befürworten die militärische Unterstützung der Ukraine in allen Aspekten stärker als Befragte ohne Migrationshintergrund: sie sprechen sich stärker für eine militärische Unterstützung aus, befürworten die Ausbildung ukrainischer Soldatinnen und Soldaten durch die Bundeswehr stärker, plädieren weniger für eine rein zivile Unterstützung und haben generell weniger Sorgen über die möglichen Folgen deutscher Waffenlieferungen an die Ukraine.

Die Zustimmung zu Deutschlands militärischer Unterstützung der Ukraine hängt auch von der wahrgenommenen Bedrohung durch Russland ab.

Weiterführende Analysen offenbaren, dass die Zustimmung zu Deutschlands militärischer Unterstützung der Ukraine auch davon abhängt, ob Russland als Bedrohung wahrgenommen wird: Die Bevölkerungsmehrheit, die Russland als eine Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands wahrnimmt, stimmt der militärischen Unterstützung der Ukraine und der Ausbildung ukrainischer Soldatinnen und Soldaten durch die Bundeswehr stärker zu, ist eher davon überzeugt, dass deutsche Waffenlieferungen zu einem schnelleren Kriegsende führen können, und hat gleichzeitig weniger Sorgen vor einer möglichen Ausweitung des Krieges und einer potenziellen Gefährdung Deutschlands durch Waffenlieferungen an die Ukraine, als jene Minderheit der Befragten, die in Russland keine Bedrohung sehen (vgl. Tabelle 3.3).

Tabelle 3.3: Zustimmung zur militärischen Unterstützung für die Ukraine in Abhängigkeit von der wahrgenommenen Bedrohung durch Russland

Bedrohungs-wahrnehmung Russland	Unterstützung			Waffenlieferungen		
	Militärisch	Nur zivil	Ausbildung Soldaten	Schnelleres Kriegsende	Ausweitung des Krieges	Gefahr für Deutschland
Bedrohung	59	40	76	26	38	37
Keine Bedrohung	22	37	19	15	54	50

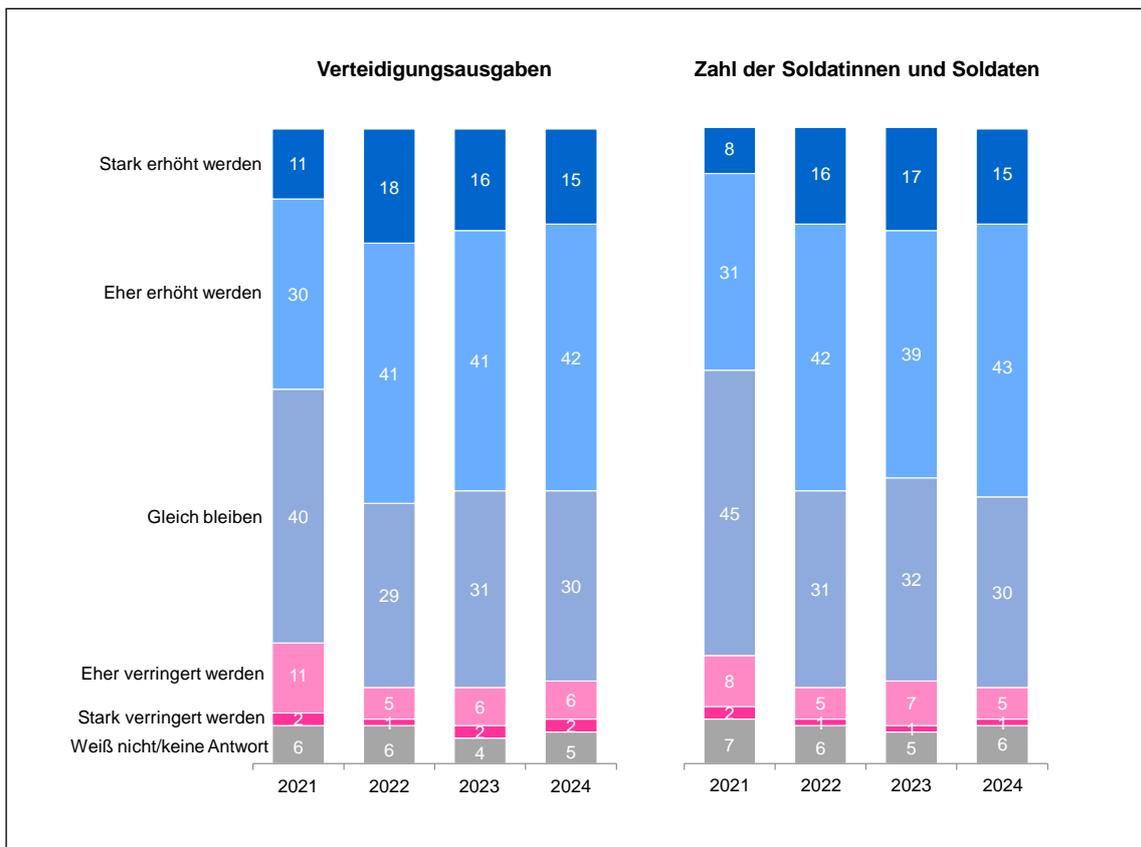
Anmerkungen: Angaben in Prozent. Die Antwortoptionen „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ wurden jeweils zusammengefasst. Lesebeispiel: Von denjenigen, die Russland als Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands wahrnehmen, sprechen sich 59 Prozent für eine militärische Unterstützung der Ukraine aus.

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2024.

4 Verteidigungsausgaben und Personalumfang

Infolge von Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine stieg im Jahr 2022 die öffentliche Zustimmung zur Erhöhung der Verteidigungsausgaben und der Zahl der Soldatinnen und Soldaten auf einen historischen Höchstwert. Aktuell hält sich die öffentliche Zustimmung zur finanziellen und personellen Stärkung der Bundeswehr auf dem Niveau der beiden Vorjahre: Eine absolute Mehrheit befürwortet eine weitere Aufstockung der finanziellen (57 Prozent; keine Veränderung zu 2023) und personellen (58 Prozent; +2 Prozentpunkte) Ressourcen der Bundeswehr (vgl. Abbildung 4.1). Nur eine kleine Minderheit spricht sich für eine Verringerung der Verteidigungsausgaben (8 Prozent) und des Personalumfangs der Bundeswehr (6 Prozent) aus, während jeweils 30 Prozent für ein gleichbleibendes Niveau plädieren.

Abbildung 4.1: Einstellung zur finanziellen und personellen Stärkung der Bundeswehr 2021–2024



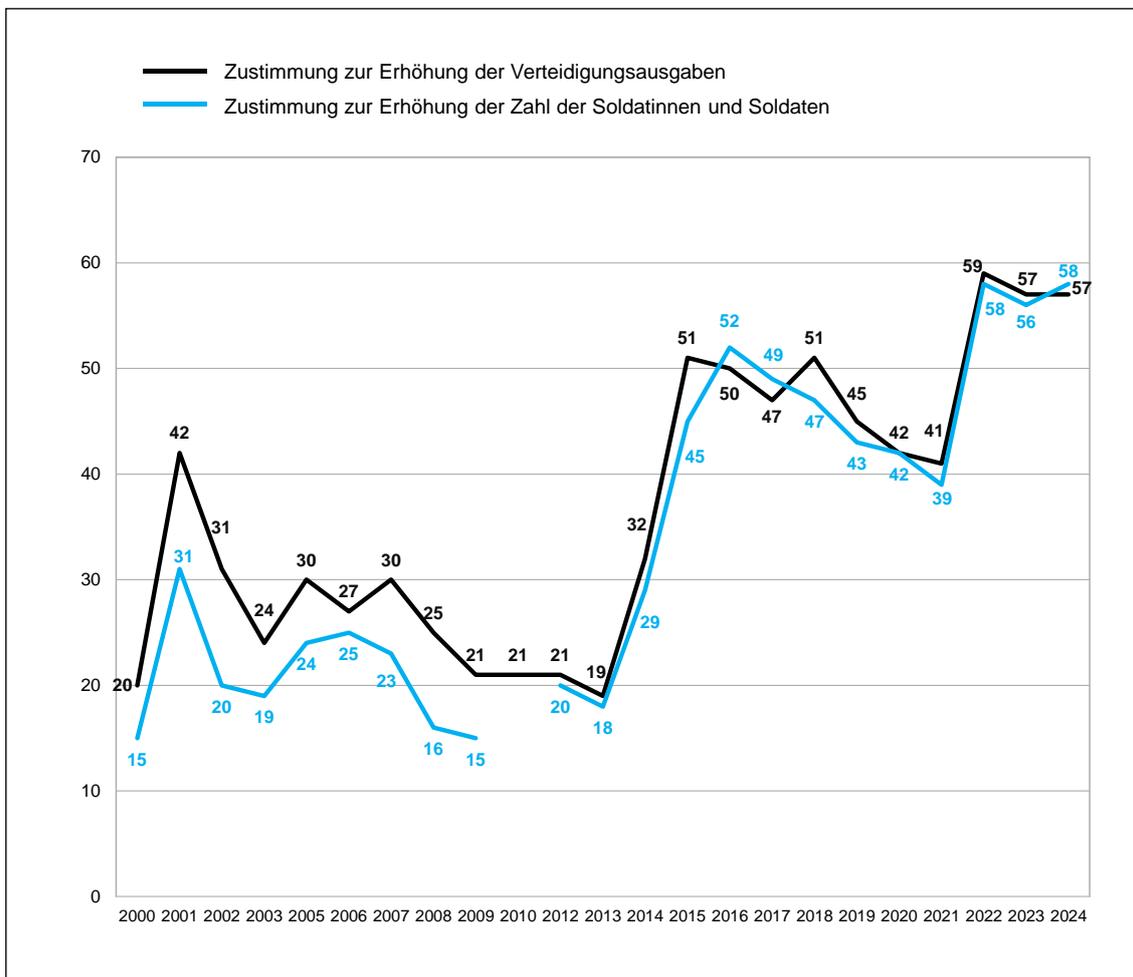
Anmerkungen: Angaben in Prozent. Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100, da die Einzelwerte gerundet wurden. Fragetext Verteidigungsausgaben: „Was meinen Sie? Sollten die Ausgaben für die Verteidigung in Zukunft erhöht werden, sollten sie gleich bleiben oder sollten diese verringert werden?“ Fragetext Personalumfang: „Was meinen Sie? Sollte die Zahl der Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr in Zukunft erhöht werden, sollte sie gleich bleiben oder sollte diese verringert werden?“

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2021–2024.

Eine absolute Mehrheit der Bevölkerung spricht sich nach wie vor für höhere Verteidigungsausgaben und mehr Soldatinnen und Soldaten aus.

Das Meinungsbild zu den Verteidigungsausgaben und zur Zahl der Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr unterliegt im Laufe der Jahre bemerkenswerten Schwankungen (vgl. Abbildung 4.2): Ähnlich wie im Jahr 2022 stieg die öffentliche Zustimmung zur Erhöhung der Verteidigungsausgaben und der militärischen Personalstärke auch im Jahr 2001 und in den Jahren 2014–2016 sprunghaft an, was als Reaktion der Bevölkerung auf Veränderungen der sicherheitspolitischen Lage interpretiert werden kann (Anschläge vom 11. September 2001 und russische Annexion der Krim im Jahr 2014).

Abbildung 4.2: Zustimmung zur Erhöhung der Verteidigungsausgaben und zur Zahl der Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr 2000–2024



Anmerkungen: Angaben in Prozent. Die Antwortanteile „Stark erhöht werden“ und „Eher erhöht werden“ wurden jeweils zusammengefasst. Fragetext Verteidigungsausgaben: „Was meinen Sie? Sollten die Ausgaben für die Verteidigung in Zukunft erhöht werden, sollten sie gleich bleiben oder sollten diese verringert werden?“ Fragetext Personalumfang: „Was meinen Sie? Sollte die Zahl der Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr in Zukunft erhöht werden, sollte sie gleich bleiben oder sollte diese verringert werden?“ Die Frage zu den Verteidigungsausgaben wurde 2004 und 2011 nicht erhoben. Die Frage zur Zahl der Soldatinnen und Soldaten wurde 2004, 2010 und 2011 nicht erhoben.

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2000–2024.

Die öffentliche Zustimmung zur Erhöhung der Verteidigungsausgaben und der Zahl der Soldatinnen und Soldaten hängt von der Bewertung der Sicherheitslage ab.

Diese Interpretation wird auch in der aktuellen Situation durch die Ergebnisse weitergehender Auswertungen gestützt: Diejenigen Befragten, die Russland als eine Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands wahrnehmen, stimmen der Erhöhung der Verteidigungsausgaben und des militärischen Personals sehr viel stärker zu als diejenigen, die Russland nicht als Bedrohung der nationalen Sicherheit betrachten (vgl. Tabelle 4.1). Allerdings spricht sich selbst in der Gruppe derer, die in Russland keine Gefahr erkennen, nur ein Viertel bzw. ein Fünftel für eine Verringerung der finanziellen bzw. personellen Ressourcen der Bundeswehr aus.

Tabelle 4.1: Einstellung zur Erhöhung der Verteidigungsausgaben und der Zahl der Soldatinnen und Soldaten in Abhängigkeit von der wahrgenommenen Bedrohung durch Russland

Bedrohungswahrnehmung Russland	Verteidigungsausgaben			Zahl der Soldatinnen und Soldaten		
	Erhöhen ¹	Gleich bleiben	Verringern ²	Erhöhen ¹	Gleich bleiben	Verringern ²
Bedrohung	68	26	3	68	25	2
Keine Bedrohung	32	39	25	31	43	22

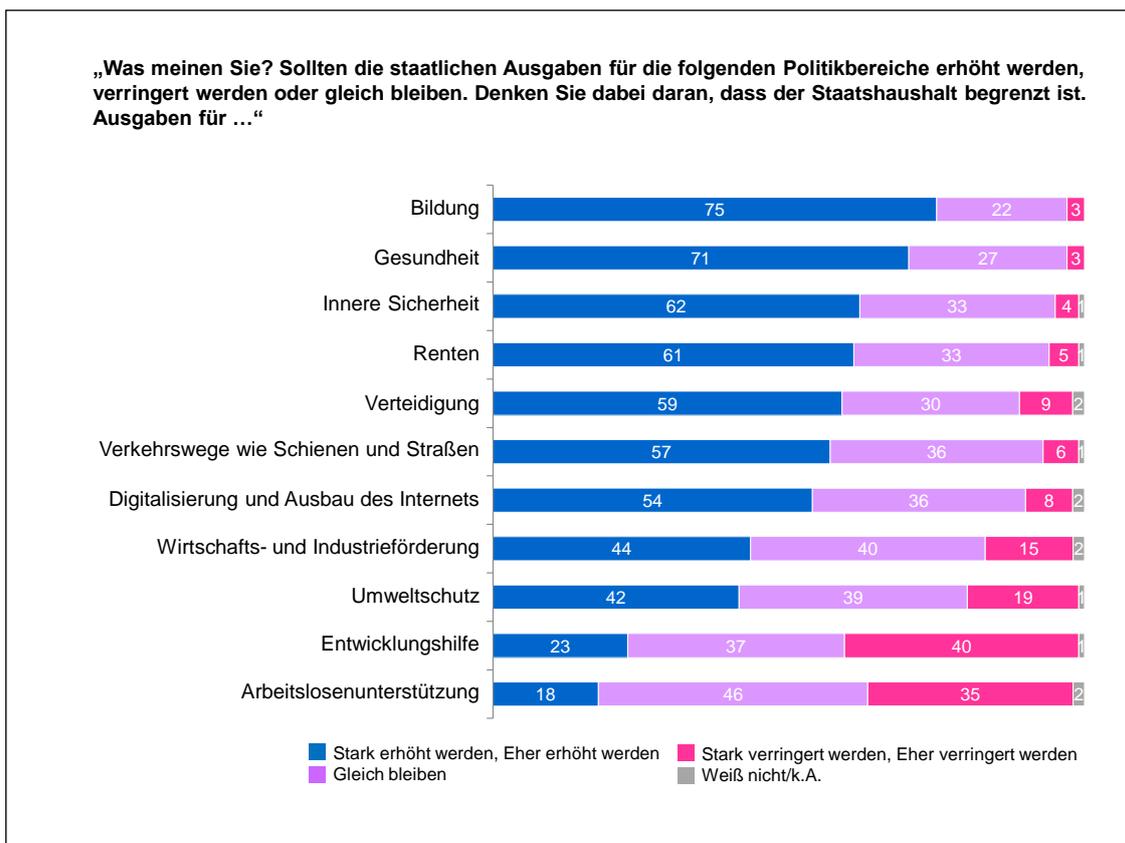
Anmerkungen: Angaben in Prozent. 1) Anteile „Stark erhöht werden“ und „Eher erhöht werden“ wurden jeweils zusammengefasst; 2) Anteile „Stark verringert werden“ und „Eher verringert werden“ wurden zusammengefasst. Fehlende Werte zu 100 Prozent entsprechen dem Antwortanteil der Angabe „weiß nicht/keine Antwort“. Lesebeispiel: Von denjenigen, die Russland als Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands wahrnehmen, plädieren 68 Prozent für eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben.

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2024.

Im Vergleich zu anderen Politikfeldern und unter Berücksichtigung der Tatsache, dass der Staatshaushalt begrenzt ist, sprechen sich aktuell sogar 59 Prozent der Bürgerinnen und Bürger für eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben aus (vgl. Abbildung 4.3). Damit wird der Verteidigung als Ausgabenbereich die gleiche Bedeutung beigemessen wie der Inneren Sicherheit (62 Prozent) oder den Renten (61 Prozent). Sie hat aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger außerdem Vorrang vor den Politikfeldern Verkehrsinfrastruktur (57 Prozent), Digitalisierung (54 Prozent), Wirtschafts- und Industrieförderung (44 Prozent), Umweltschutz (42 Prozent), Entwicklungshilfe (23 Prozent) und Arbeitslosenunterstützung (18 Prozent).

Die Verteidigung bleibt auch 2024 für die Bürgerinnen und Bürger ein wichtiger Ausgabenbereich, gleichbedeutend mit Renten und innerer Sicherheit.

Abbildung 4.3: Einstellung zu den Ausgaben in verschiedenen Politikbereichen



Anmerkungen: Angaben in Prozent. Die Antwortanteile „Stark erhöht werden“ und „Eher erhöht werden“ sowie „Stark verringert werden“ und „Eher verringert werden“ wurden jeweils zusammengefasst.

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2024.

In nahezu allen soziodemografischen Gruppen und den Wählergruppen spricht sich eine relative oder absolute Mehrheit für die finanzielle und personelle Stärkung der Bundeswehr aus. Ausnahmen sind die Wählerinnen und Wähler der Linken, der Grünen und des Bündnis Sarah Wagenknecht, die entweder die finanzielle oder personelle Stärkung der Bundeswehr nicht mehrheitlich unterstützen. In allen untersuchten Gruppen ist lediglich eine Minderheit für eine Verringerung der finanziellen und personellen Ressourcen der Bundeswehr. Darüber hinaus zeigt sich, dass Frauen, die Gruppe der 16–29-Jährigen und Befragte mit einem Hochschul- bzw. Fachhochschulabschluss die Erhöhung der Verteidigungsausgaben und der Zahl der Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr weniger stark befürworten als die jeweiligen Vergleichsgruppen. Die regionalen Unterschiede weisen kein Muster auf.

Mit Ausnahme der Wählerinnen und Wähler der Linken, der Grünen und des BSW spricht sich in allen untersuchten Gruppen in der deutschen Bevölkerung eine absolute Mehrheit für eine finanzielle und personelle Stärkung der Bundeswehr aus.

Tabelle 4.2: Einstellung zu den Verteidigungsausgaben und zum militärischen Personalumfang der Bundeswehr in soziodemografischen Gruppen

„Sollten die Ausgaben für die Verteidigung in Zukunft erhöht werden, sollten diese verringert werden oder sollten sie gleich bleiben?“ [Verteidigungsausgaben]						
„Sollte die Zahl der Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr in Zukunft erhöht werden, sollte diese verringert werden oder sollte sie gleich bleiben?“ [Personalumfang]						
	Verteidigungsausgaben			Personalumfang		
	Erhöht werden ¹	Gleich bleiben	Verringert werden ²	Erhöht werden ¹	Gleich bleiben	Verringert werden ²
Insgesamt	57	30	8	58	30	6
Geschlecht		***			***	
Männer	63	27	6	64	28	5
Frauen	50	33	9	52	33	9
Alter		*			**	
16 bis 29 Jahre	48	34	10	49	35	7
30 bis 49 Jahre	57	31	7	59	31	6
50 bis 69 Jahre	60	29	7	59	29	6
70 Jahre und älter	59	27	8	62	25	8
Bildungsniveau		***			***	
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	54	33	8	54	34	7
Realschulabschluss	59	29	7	61	28	4
Hauptschulabschluss	60	27	8	60	27	9
Haushaltsnettoeinkommen pro Monat		n.s.			n.s.	
4.001 Euro und mehr	57	32	7	60	31	6
2.001 bis 4.000 Euro	58	29	8	60	29	8
Bis 2.000 Euro	55	32	7	56	31	6
Wahlabsicht Bundestagswahl		***			***	
CDU/CSU	66	29	3	70	24	3
SPD	66	27	5	66	28	5
AfD	53	34	11	53	35	10
FDP	79	21	0	68	32	0
Die Linke	54	34	11	40	50	8
Bündnis 90/Die Grünen	42	46	9	47	40	9
Bündnis Sarah Wagenknecht	34	36	20	35	40	16
Keine Parteipräferenz, Nichtwähler, w.n./k.A.	55	23	8	51	27	7
Region		***			***	
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	57	30	10	55	32	10
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	54	33	8	59	29	7
Süddeutschland (BW, BY)	60	26	7	60	25	5
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	55	32	7	56	35	7
Migrationshintergrund		n.s.			n.s.	
Ja	64	25	5	61	32	4
Nein	56	31	8	57	30	7

Anmerkungen: Angaben in Prozent. 1) Anteile „Stark erhöht werden“ und „Eher erhöht werden“ wurden zusammengefasst; 2) Anteile „Stark verringert werden“ und „Eher verringert werden“ wurden zusammengefasst. Fehlende Werte auf 100 Prozent entsprechen dem Antwortanteil der Angabe „weiß nicht/keine Antwort“. Analyseverfahren: Chi²-Unabhängigkeits-Test, Signifikanzniveau: *** p < 0,001; ** p < 0,01; * p < 0,05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ 0,05).

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2024.

5 Landes- und Bündnisverteidigung

Nach einem Rückgang im Vorjahr ist im Jahr 2024 die öffentliche Zustimmung zu allen Aspekten der Bündnisverteidigung im Rahmen der NATO gestiegen. Die Zustimmungswerte nähern sich damit wieder den Höchstwerten von 2022 an und liegen deutlich über dem Niveau vor dem Angriff Russlands auf die Ukraine.

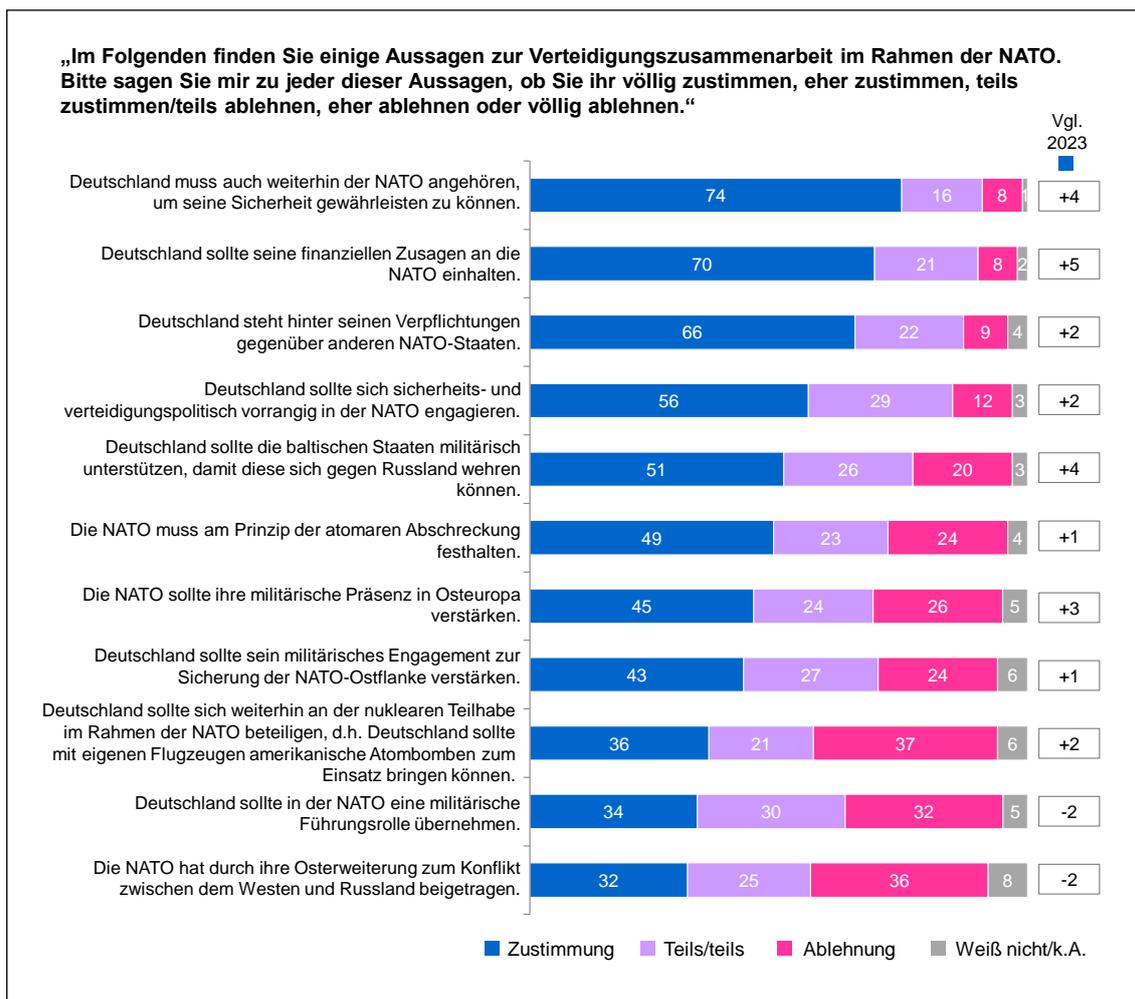
Im Vergleich zum Vorjahr ist die Zustimmung zu allen Aspekten der NATO-Bündnisverteidigung gestiegen.

Am stärksten werden prinzipielle Aussagen zu Deutschlands Bündniszugehörigkeit unterstützt: 74 Prozent (+4 Prozentpunkte im Vergleich zu 2023) sind davon überzeugt, dass Deutschland auch weiterhin der NATO angehören muss, um seine Sicherheit gewährleisten zu können; 70 Prozent (+5 Prozentpunkte) sprechen sich für die Einhaltung der finanziellen Zusagen an die NATO aus; 66 Prozent (+2 Prozentpunkte) sind davon überzeugt, dass Deutschland hinter seinen Verpflichtungen gegenüber anderen NATO-Staaten steht; und 56 Prozent (+2 Prozentpunkte) plädieren für ein vorrangiges sicherheits- und verteidigungspolitisches Engagement Deutschlands in der NATO.

Eine Reihe praktischer Aspekte der NATO-Bündnisverteidigung wird ebenfalls stärker befürwortet als noch im Vorjahr: 51 Prozent (+4 Prozentpunkte) sprechen sich für eine militärische Unterstützung Deutschlands für die baltischen Staaten aus, damit diese sich gegen Russland wehren können; 49 Prozent (+1 Prozentpunkt) fordern ein Festhalten der NATO am Prinzip der atomaren Abschreckung; 45 Prozent (+3 Prozentpunkte) begrüßen eine stärkere militärische Präsenz der NATO in Osteuropa; und 43 Prozent (+1 Prozentpunkt) plädieren für ein stärkeres militärisches Engagement Deutschlands zur Sicherung der NATO-Ostflanke.

Die Bürgerinnen und Bürger haben weiterhin eine eher ambivalente Einstellung zu Deutschlands Beteiligung an der nuklearen Teilhabe im Rahmen der NATO (36 Prozent Zustimmung; 37 Prozent Ablehnung) und sind sich uneins, ob Deutschland innerhalb der NATO eine militärische Führungsrolle einnehmen sollte (34 Prozent Zustimmung; 32 Prozent Ablehnung). Zudem besteht in der Bevölkerung Unklarheit darüber, ob die NATO durch ihre Osterweiterung zum Konflikt zwischen dem Westen und Russland beigetragen hat (32 Prozent Zustimmung; 36 Prozent Ablehnung), wenn auch etwas weniger als im Vorjahr.

Abbildung 5.1: Einstellungen zur Bündnisverteidigung im Rahmen der NATO



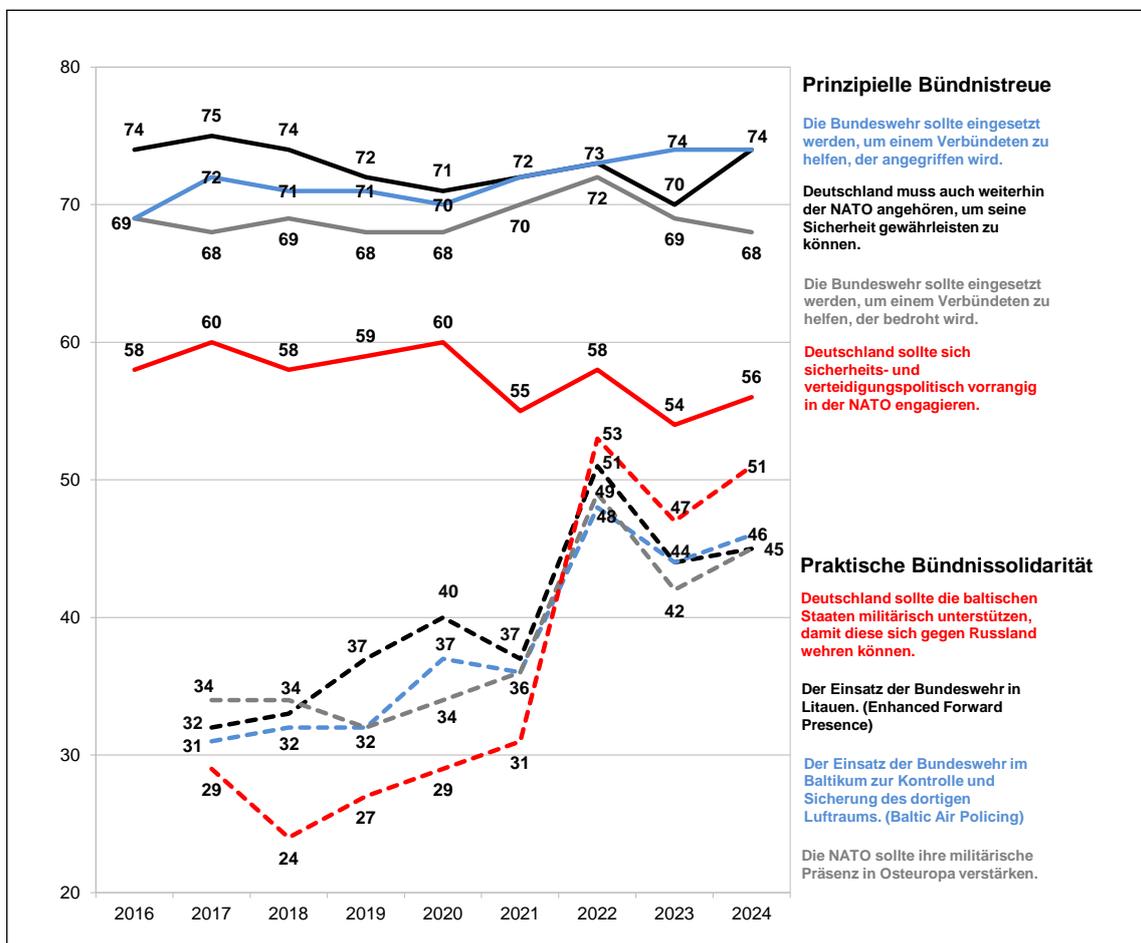
Anmerkungen: Angaben in Prozent. Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100, da die Einzelwerte gerundet wurden. Die Antwortanteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ sowie „Lehne völlig ab“ und „Lehne eher ab“ wurden jeweils zusammengefasst.

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2023 und 2024.

Die praktische Bündnissolidarität der deutschen Bevölkerung lässt sich zudem mit der Einstellung zu den konkreten Missionen der Bundeswehr im Bereich Landes- und Bündnisverteidigung erfassen, zum Beispiel im Baltikum (vgl. Abschnitt 9, Abbildung 9.2): 45 Prozent (+1 Prozentpunkt im Vergleich zu 2023) stimmen der Beteiligung der Bundeswehr an der Enhanced Forward Presence der NATO in Litauen zu (24 Prozent geteilter Meinung; 24 Prozent Ablehnung); 46 Prozent (+2 Prozentpunkte) unterstützen die Beteiligung der Bundeswehr an der Luftraumsicherung (Air Policing) im Baltikum (25 Prozent geteilter Meinung; 23 Prozent Ablehnung). Anhand dieser Indikatoren offenbart sich im Vergleich zum Vorjahr ebenfalls ein leichter Anstieg in der öffentlichen Zustimmung zu Deutschlands militärischem Engagement zur Rückversicherung der östlichen Bündnispartner und zur Sicherung der NATO-Ostflanke (vgl. Abschnitt 9).

Bestand in den Jahren 2016–2021 ein ausgeprägtes Missverhältnis zwischen der großen öffentlichen Zustimmung zu prinzipiellen Aspekten der Bündnistreue und der eher geringen Zustimmung zu praktischen Aspekten der Bündnissolidarität, so verringerte sich diese Diskrepanz infolge der Völlinvasion der Ukraine im Jahr 2022 deutlich (vgl. Abbildung 5.2). 2023 sank jedoch vor allem die Zustimmung zu den praktischen Aspekten, wodurch die Lücke zwischen prinzipieller Bündnistreue und praktischer Bündnissolidarität wieder größer wurde. Mit dem aktuellen Zuwachs in den praktischen Aspekten verringert sich die Lücke zwischen Anspruch und Praxis zwar wieder, bleibt aber grundsätzlich bestehen.

Abbildung 5.2: Zustimmung zu prinzipiellen und praktischen Aspekten der Bündnisverteidigung, 2016–2024



Anmerkungen: Angaben in Prozent. Die Antwortanteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ wurden jeweils zusammengefasst. Der Wert für EFP Litauen für 2023 und 2024 ist nur eingeschränkt mit den Vorjahren vergleichbar.

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2016–2024.

Nachfolgend wird beschrieben, ob zwischen den soziodemografischen Gruppen und den Wählergruppen in der deutschen Bevölkerung statistisch signifikante Unterschiede in der prinzipiellen Bündnistreue und der praktischen Bündnissolidarität bestehen. Diese beiden

Einstellungen sollen umfassend untersucht werden, weshalb die einzelnen Indikatoren, wie sie in Abbildung 5.2 dargestellt sind, in zwei Indexvariablen zusammengefasst wurden, die einen Wertebereich von 0 (völlige Ablehnung) bis 1 (völlige Zustimmung) haben. Ein Mittelwert von 0,5 entspricht einer ambivalenten Einstellung. Die Ergebnisse in Tabelle 5.1 zeigen, dass in allen untersuchten Gruppen die praktische Bündnissolidarität geringer ausgeprägt ist als die prinzipielle Bündnistreue. Allerdings besteht zwischen den Gruppen eine Vielzahl statistisch signifikanter Unterschiede bei beiden Einstellungen.

Unter Männern und Befragten mit Migrationshintergrund sind die prinzipielle Bündnistreue und die praktische Bündnissolidarität im Durchschnitt etwas stärker ausgeprägt als in den entsprechenden Vergleichsgruppen. Das Alter, das Haushaltseinkommen und Bildungsniveau der Befragten spielt eine sehr geringe oder keine Rolle für die Einstellungen zur Bündnisverteidigung. Im Vergleich der Regionen fällt auf, dass Befragte in Ostdeutschland den praktischen Aspekten der NATO-Bündnisverteidigung im Durchschnitt weniger positiv gegenüberstehen als die Befragten in den anderen Regionen. Die prinzipielle Bündnistreue ist hingegen ähnlich stark ausgeprägt.

Die prinzipielle NATO-Bündnistreue und die praktische Bündnissolidarität mit den östlichen NATO-Partnern ist unter den Wählerinnen und Wählern der AfD, der Linken und des BSW am schwächsten ausgeprägt. Diese Einstellungen decken sich mit ihrem Russlandbild, ihrer kritischen Haltung zur militärischen Unterstützung der Ukraine und ihrer geringeren Unterstützung für die Ertüchtigung der Bundeswehr.

Die größten Unterschiede bestehen zwischen den Wählergruppen. Sowohl die prinzipielle Bündnistreue als auch die praktische Bündnissolidarität ist unter Befragten mit einer Wahlpräferenz für das Bündnis Sarah Wagenknecht, die Linke oder die AfD geringer ausgeprägt als unter der Wählerschaft der übrigen Parteien. Anders formuliert: Das grundsätzliche Bekenntnis zu Deutschlands NATO-Mitgliedschaft und der Zuspruch zu Deutschlands militärischem Engagement zur Rückversicherung der östlichen Bündnispartner und zur Sicherung der NATO-Ostflanke sind an den Rändern des politischen Spektrums am schwächsten ausgeprägt. Diese Beobachtung deckt sich mit dem Befund, dass die Wählerinnen und Wähler des Bündnis Sarah Wagenknecht und der AfD auch das vergleichsweise am schwächsten ausgeprägte Gefühl der Bedrohung durch Russland aufweisen (vgl. Abschnitt 3, Tabelle 3.1), die kritischste Einstellung zu Deutschlands militärischer Unterstützung der Ukraine haben (vgl. Abschnitt 3, Tabelle 3.2) und die Ertüchtigung der Bundeswehr am wenigsten unterstützen (vgl. Abschnitt 4, Tabelle 4.2).

Tabelle 5.1: Prinzipielle Bündnistreue und praktische Bündnissolidarität in soziodemografischen Gruppen

	Prinzipielle Bündnistreue	Praktische Bündnissolidarität
Insgesamt	0,73	0,60
Geschlecht	***	***
Männer	0,76	0,63
Frauen	0,71	0,57
Alter	n.s.	*
16 bis 29 Jahre	0,73	0,57
30 bis 49 Jahre	0,73	0,60
50 bis 69 Jahre	0,73	0,61
70 Jahre und älter	0,74	0,63
Bildungsniveau	n.s.	n.s.
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	0,73	0,61
Realschulabschluss	0,75	0,60
Hauptschulabschluss	0,72	0,61
Haushaltsnettoeinkommen pro Monat	*	n.s.
4.001 Euro und mehr	0,74	0,61
2.001 bis 4.000 Euro	0,74	0,61
Bis 2.000 Euro	0,70	0,60
Wahlabsicht Bundestagswahl	***	***
CDU/CSU	0,79	0,68
SPD	0,78	0,64
AfD	0,70	0,51
FDP	0,84	0,70
Die Linke	0,69	0,56
Bündnis 90/Die Grünen	0,73	0,55
Bündnis Sarah Wagenknecht	0,56	0,48
Keine Parteipräferenz, Nichtwähler, w.n./k.A.	0,74	0,61
Region	n.s.	***
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	0,71	0,60
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	0,72	0,57
Süddeutschland (BW, BY)	0,76	0,65
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	0,73	0,60
Migrationshintergrund	***	***
Ja	0,80	0,67
Nein	0,72	0,59

Anmerkungen: Ausgewiesen sind die Mittelwerte. Alle Variablen haben einen Wertebereich von [0 – völlige Ablehnung; 1 – völlige Zustimmung]. Analyseverfahren: Varianzanalysen, Signifikanzniveau: *** p < 0,001; ** p < 0,01; * p < 0,05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ 0,05). Der Signifikanztest für die Varianzanalyse gibt an, ob sich der Mittelwert mindestens einer Gruppe von dem Mittelwert mindestens einer anderen Gruppe unterscheidet. Beide Indexvariablen haben eine sehr gute Skalenreliabilität (Cronbachs alpha = 0,81 [prinzipielle Bündnistreue]; 0,86 [praktische Bündnissolidarität]).

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2024.

Unabhängig von der politischen Orientierung korreliert die praktische Solidarität mit den östlichen Bündnispartnern stark mit allen Aspekten der Bereitschaft zur militärischen Unterstützung der Ukraine: Je stärker die praktische NATO-Bündnissolidarität der

Befragten ist, desto größer ist die grundsätzliche Zustimmung zur militärischen Unterstützung der Ukraine ($r = 0,68$; $p < 0,001$) und zur Ausbildung ukrainischer Soldatinnen und Soldaten durch die Bundeswehr ($r = 0,68$; $p < 0,001$); desto geringer ist der Zuspruch zu einer ausschließlich nichtmilitärischen Unterstützung der Ukraine ($r = -0,38$; $p < 0,001$); desto größer ist die Erwartung, dass deutsche Waffenlieferungen zu einem schnelleren Ende des Krieges beitragen können ($r = 0,39$; $p < 0,001$); desto geringer ist die Sorge, dass deutsche Waffenlieferungen zu einer Ausweitung des Krieges führen ($r = -0,45$; $p < 0,001$); und desto weniger werden deutsche Waffenlieferungen an die Ukraine als Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands bewertet ($r = -0,41$; $p < 0,001$).

Dieser Zusammenhang wird besonders deutlich, wenn man die deutsche Bevölkerung entsprechend der Ausprägung ihrer praktischen NATO-Bündnissolidarität in zwei Gruppen einteilt (stark versus schwach) und deren Zustimmungswerte zu den Aussagen über die Unterstützung der Ukraine miteinander vergleicht. Die Vorbehalte gegen Deutschlands militärische Unterstützung der Ukraine, insbesondere durch Waffenlieferungen und die Ausbildung ukrainischer Soldatinnen und Soldaten in Deutschland, konzentrieren sich bei den Befragten, deren Zustimmung zur aktiven Verteidigung der NATO-Ostflanke schwach ausgeprägt ist (vgl. Tabelle 5.2). Umgekehrt gilt: Wer die NATO-Ostflanke schützen will, befürwortet die Unterstützung der Ukraine in ihrem Abwehrkampf gegen Russland auch mit militärischen Mitteln und erkennt in dieser Unterstützung eine Chance und weniger ein Risiko.

Tabelle 5.2: Zustimmung zu Aussagen über die Unterstützung der Ukraine in Abhängigkeit von der Ausprägung der praktischen NATO-Bündnissolidarität

Praktische NATO-Bündnissolidarität	Unterstützung			Waffenlieferungen		
	Militärisch	Nur zivil	Ausbildung Soldaten	Schnelleres Kriegsende	Ausweitung des Krieges	Gefahr für Deutschland
Stark	72	26	84	33	27	26
Schwach	21	53	36	14	55	50

Anmerkungen: Angaben in Prozent. Die Antwortanteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ wurden jeweils zusammengefasst. Lesebeispiel: Von den Befragten mit einer stark ausgeprägten praktischen NATO-Bündnissolidarität sprechen sich 72 Prozent für eine militärische Unterstützung der Ukraine aus.

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2024.

Die Befürworter einer stärkeren Verteidigung der NATO-Ostflanke sind eher bereit, die Ukraine in ihrem Abwehrkampf gegen Russland mit militärischen Mitteln zu unterstützen.

Wie die Bereitschaft zur militärischen Unterstützung der Ukraine (vgl. Abschnitt 3) und der personellen wie finanziellen Stärkung der Bundeswehr (vgl. Abschnitt 4) hängt auch die Bereitschaft zur Unterstützung der östlichen NATO-Bündnispartner entscheidend von der wahrgenommenen Bedrohung durch Russland ab. Wer Russland als Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands wahrnimmt, stimmt allen Aspekten der konkreten Bündnisverteidigung an der NATO-Ostflanke sehr viel stärker zu als jene Befragten, die Russland nicht als Bedrohung wahrnehmen (vgl. Tabelle 5.3) – die Zustimmungswerte sind drei bis sechs Mal höher. Damit zeigt sich einmal mehr, dass die Zeitenwende „in den Köpfen“ von der wahrgenommenen Bedrohung durch Russland abhängt.

Die praktische NATO-Bündnissolidarität der Bürgerinnen und Bürger hängt von der wahrgenommenen Bedrohung durch Russland und von ihrem Vertrauen in den Bündnispartner USA ab.

Darüber hinaus steht die praktische Bündnissolidarität der Bürgerinnen und Bürger in einem starken Zusammenhang mit dem Vertrauen in den NATO-Bündnispartner USA: Jene Befragte, die davon überzeugt sind, dass die USA hinter ihren Verpflichtungen gegenüber anderen NATO-Staaten stehen, stimmen allen Aussagen zur Verteidigung der NATO-Ostflanke sehr viel stärker zu als jene Befragte, die kein oder wenig Vertrauen in den militärischen Bündnispartner USA haben (vgl. Tabelle 5.3). Der Zuspruch der Bürgerinnen und Bürger zur Verteidigung der Ostflanke hängt also auch davon ab, ob sie die USA als verlässlichen Bündnispartner wahrnehmen. Deutschland als eine militärische Führungsnation in der NATO kann sich nämlich nur ein Drittel der Befragten vorstellen (vgl. Abbildung 5.1).

Tabelle 5.3: Zustimmung zu Aussagen über die Sicherung der NATO-Ostflanke in Abhängigkeit von der wahrgenommenen Bedrohung durch Russland und vom Vertrauen in die USA als NATO-Partner

Bedrohungswahrnehmung Russland	<u>Zustimmung</u>			
	Bundeswehr-Mission EFP Litauen	Bundeswehr-Mission Baltic Air Policing	Stärkere NATO- Präsenz in Osteuropa	DEU sollte Baltikum militärisch unterstützen
Bedrohung	59	58	55	65
Keine Bedrohung	10	19	18	17
Die USA stehen hinter ihren Verpflichtungen gegenüber anderen NATO-Staaten.				
Zustimmung	56	56	53	61
Ablehnung	23	27	34	31

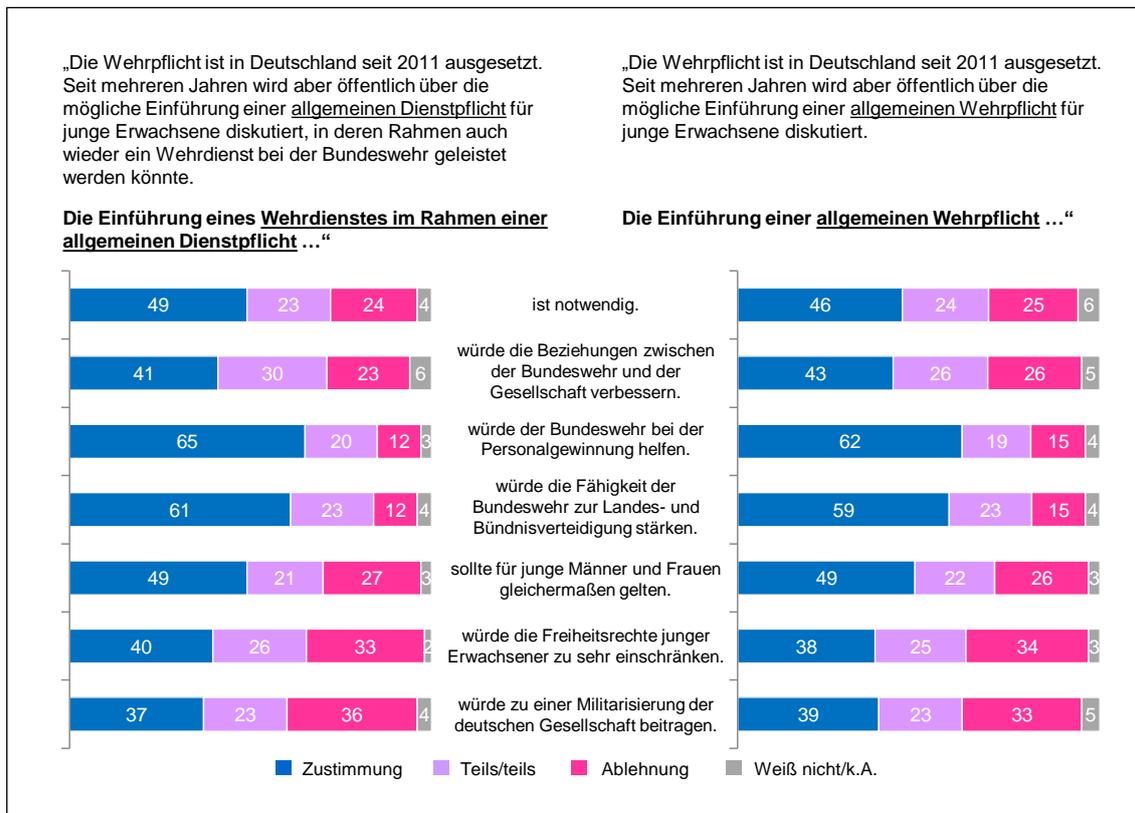
Anmerkungen: Angaben in Prozent. Die Antwortanteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ wurden jeweils zusammengefasst. Lesebeispiel: Von denjenigen, die Russland als Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands wahrnehmen, stimmen 59 Prozent der Bundeswehr-Mission EFP in Litauen zu.

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2024.

6 Wehrdienst und Verteidigungsbereitschaft

Die Wehrpflicht in Deutschland wurde 2011 ausgesetzt. Im Spannungs- oder Verteidigungsfall könnte die Wehrpflicht gemäß Artikel 12a des Grundgesetzes jedoch wieder aktiviert werden. Vor dem Hintergrund der veränderten Bedrohungslage durch Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine wird aktuell die mögliche Wiedereinführung eines Wehrdienstes diskutiert. Grundsätzlich denkbar ist die Einführung eines Wehrdienstes im Rahmen einer allgemeinen Dienstpflicht, d.h. der Dienst in den Streitkräften wäre dann nur eine von vielen Auswahlmöglichkeiten im Rahmen eines allgemeinen Pflichtdienstes. Alternativ könnte eine allgemeine Wehrpflicht eingeführt werden, die zunächst für alle tauglichen Wehrpflichtigen gelten würde, es sei denn, sie verweigern den Militärdienst aktiv. Darüber hinaus kann ein neuer Wehrdienst in vielen Teilaspekten variieren, z.B. hinsichtlich der Definition der Wehrpflichtigen, der Art der Musterung, der Länge der Dienstzeit und des Einsatzgebietes der Wehrdienstleistenden.

Abbildung 6.1: Aussagen zur möglichen Einführung eines Wehrdienstes



Anmerkungen: Angaben in Prozent. Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100, da die Einzelwerte gerundet wurden. Die Antwortanteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ sowie „Lehne völlig ab“ und „Lehne eher ab“ wurden jeweils zusammengefasst. Anzahl der Befragten: Wehrdienst im Rahmen einer allgemeinen Dienstpflicht (n = 961); allgemeine Wehrpflicht (n = 995).

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2024.

Die Bevölkerungsbefragung 2024 erfasste zunächst die Einstellung zu allgemeinen Aussagen über einen möglichen neuen Wehrdienst. Die Hälfte der Teilnehmerinnen und Teilnehmer wurde zur Einführung eines Wehrdienstes im Rahmen einer allgemeinen Dienstpflicht befragt und die andere Hälfte zur Einführung einer allgemeinen Wehrpflicht. Sprachlich variiert wurden nur die jeweiligen Einleitungssätze, während die Aussagen in beiden Fällen identisch sind. Der direkte Vergleich der Ergebnisse offenbart, dass sich die Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger zwischen den beiden abgefragten Modellen nicht wesentlich und auch nicht statistisch signifikant unterscheiden. Die Unterschiede in den Zustimmungswerten liegen im Bereich des statistischen Messfehlers.

Die Bürgerinnen und Bürger verbinden mit einem neuen Wehrdienst eine Reihe positiver Erwartungen, z.B. eine gestärkte Fähigkeit der Bundeswehr zur Landes- und Bündnisverteidigung.

Unabhängig vom Modell hält annähernd die Hälfte der Befragten die Einführung eines Wehrdienstes für notwendig, während ein Viertel keine Notwendigkeit dafür sieht und ein Viertel unentschieden ist (vgl. Abbildung 6.1). Eine relative oder absolute Mehrheit ist zudem der Auffassung, dass die Einführung eines Wehrdienstes die Beziehungen zwischen der Bundeswehr und der Gesellschaft verbessern, der Bundeswehr bei der Personalgewinnung helfen und die Fähigkeit der Bundeswehr zur Landes- und Bündnisverteidigung stärken würde. Uneins sind sich die Bürgerinnen und Bürger, ob ein Wehrdienst die Freiheitsrechte junger Erwachsener zu sehr einschränken und zu einer Militarisierung der deutschen Gesellschaft beitragen würde: Ablehnung und Zustimmung halten sich in etwa die Waage, während etwas weniger als ein Viertel unentschieden ist.

Unabhängig vom Wehrdienstmodell plädiert annähernd die Hälfte der Befragten (49 Prozent) dafür, dass ein neuer Wehrdienst für junge Männer und Frauen gleichermaßen gelten sollte, jeder Fünfte ist in dieser Frage unentschlossen und etwas mehr als ein Viertel lehnt dies ab. Männer sprechen sich stärker für einen Wehrdienst für beide Geschlechter aus (54 Prozent Zustimmung für beide Wehrdienstmodelle) als Frauen (44 Prozent Zustimmung für beide Wehrdienstmodelle; vgl. Tabelle 6.1). Dieser Unterschied bildet sich auch in der Gruppe der 16–29-Jährigen ab: 52 Prozent der jungen Männer und 38 Prozent der jungen Frauen wären für einen neuen Wehrdienst für beide Geschlechter. Auch hier sind die Zustimmungswerte innerhalb der Gruppen zu beiden Wehrdienstmodellen identisch.

Eine absolute Mehrheit der Männer und eine relative Mehrheit der Frauen spricht sich für einen neuen Wehrdienst aus, der für junge Männer und Frauen gleichermaßen gelten sollte.

Es wurde auch untersucht, ob sich die grundsätzlichen Einstellungen zu einem neuen Wehrdienst zwischen den soziodemografischen Gruppen und den Wählergruppen in der deutschen Bevölkerung unterscheiden. Da sich die Einstellungen zu den beiden abgefragten Wehrdienstmodellen (allgemeine Wehrpflicht und Wehrdienst im Rahmen einer allgemeinen Dienstpflicht, vgl. Abbildung 6.1) nicht signifikant unterscheiden, wird auf die Differenzierung nach Modell verzichtet.

In den meisten untersuchten Gruppen hält eine relative oder absolute Mehrheit die Einführung eines neuen Wehrdienstes für notwendig (vgl. Tabelle 6.1). Ausnahmen sind die Gruppe der jüngeren Frauen (16–29 Jahre) sowie die Wählerinnen und Wähler der Grünen, der Linken und des BSW. Die Zustimmung zur Notwendigkeit eines neuen Wehrdienstes nimmt mit dem Alter der Befragten zu. Umgekehrt bedeutet das: Je jünger die Befragten sind, umso kritischer stehen sie einem neuen Wehrdienst gegenüber. Insgesamt ist die Einstellung der jüngeren Befragten zur Aussage, ob ein neuer Wehrdienst notwendig ist oder nicht, ambivalent: 37 Prozent stimmen hier zu, 37 Prozent lehnen ab und 20 Prozent sind unentschieden. Ältere, Männer und Befragte mit einer Wahlpräferenz für die CDU/CSU, SPD oder die FDP sprechen sich am stärksten für die Wiedereinführung eines Wehrdienstes aus. Zwischen den Bildungs- und Einkommensgruppen sowie Befragten mit und ohne Migrationshintergrund bestehen keine statistisch signifikanten Unterschiede in der Bewertung der Notwendigkeit eines neuen Wehrdienstes.

Viele Bürgerinnen und Bürger verbinden mit der möglichen Einführung eines Wehrdienstes zudem eine Reihe positiver Erwartungen. Vor allem Männer, Ältere und Befragte mit einer Wahlpräferenz für die CDU/CSU, SPD oder FDP erwarten von einem Wehrdienst einen positiven Beitrag für die Beziehungen zwischen der Bundeswehr und der Gesellschaft, für die Personalgewinnung der Bundeswehr und die Verteidigungsfähigkeit im Rahmen der Landes- und Bündnisverteidigung.

In nahezu allen soziodemografischen Gruppen und Wählergruppen besteht eine mehrheitliche Zustimmung zu einem Wehrdienst, der gleichermaßen für junge Männer und Frauen gelten sollte. Auf die vergleichsweise geringste Zustimmung trifft diese Überlegung bei jungen Frauen sowie bei Wählerinnen und Wählern des BSW und der Linken. Die Ansicht, dass ein Wehrdienst die Freiheitsrechte junger Menschen zu sehr einschränken könnte, teilen vor allem jüngere Befragte (16–29 Jahre) und Befragte mit einer Wahlabsicht für die Grünen oder das BSW. Die Sorge, ein neuer Wehrdienst könnte zu einer Militarisierung der deutschen Gesellschaft beitragen, wird in keiner der untersuchten Gruppen von einer absoluten Mehrheit geteilt. Vergleichsweise am stärksten ist diese Sorge bei Befragten in Norddeutschland und Wählerinnen und Wählern des BSW ausgeprägt.

Tabelle 6.1: Zustimmung zu Aussagen über die mögliche Einführung eines Wehrdienstes in soziodemografischen Gruppen

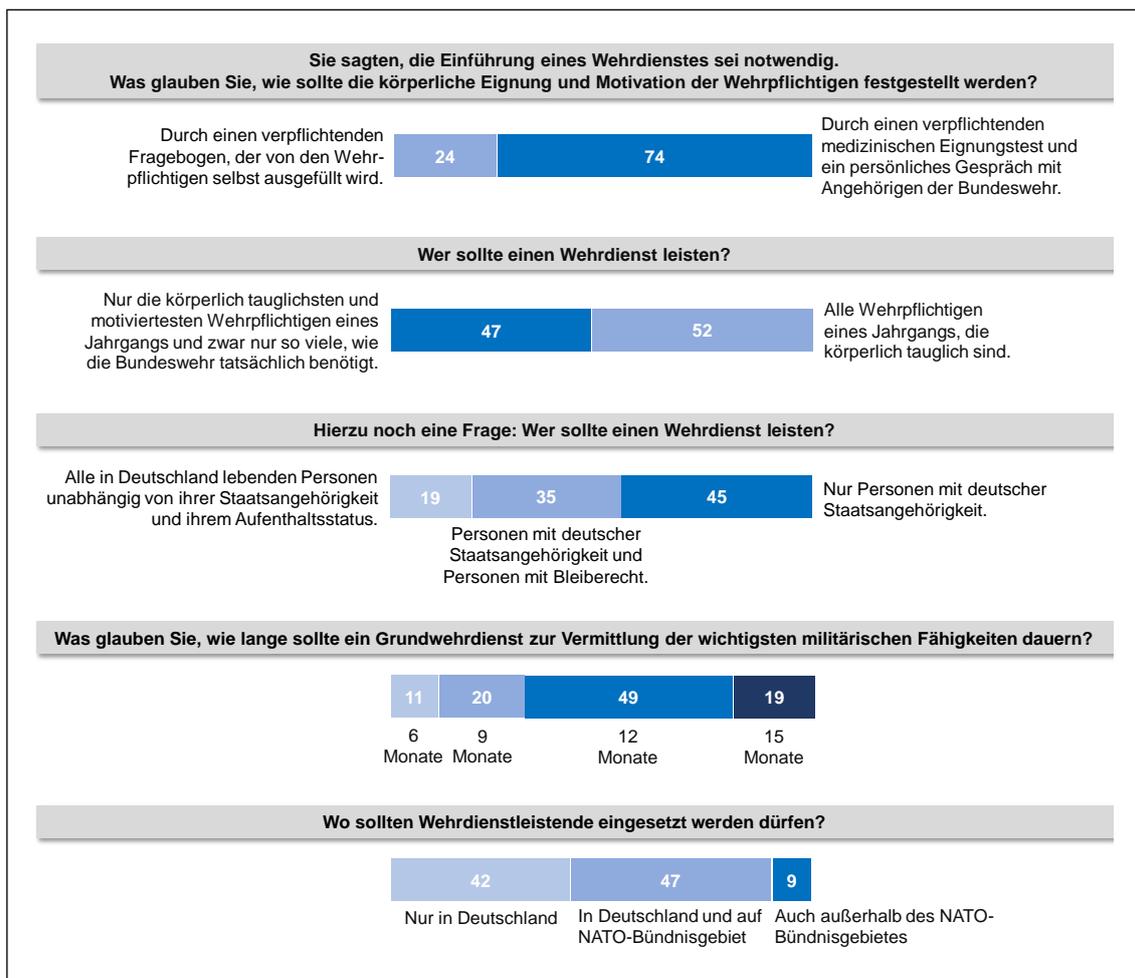
	Notwendig	Gesellschaft	Personal	LV/BV	Frauen	Freiheit	Militarisierung
„Die Einführung eines Wehrdienstes im Rahmen einer allgemeinen Dienstpflicht/einer allgemeinen Wehrpflicht ...							
... ist notwendig. [Notwendig]							
... würde die Beziehungen zwischen der Bundeswehr und der Gesellschaft verbessern. [Gesellschaft]							
... würde der Bundeswehr bei der Personalgewinnung helfen. [Personal]							
... würde die Fähigkeit der Bundeswehr zur Landes- und Bündnisverteidigung stärken. [LV/BV]							
... sollte für junge Männer und Frauen gleichermaßen gelten. [Frauen]							
... würde die Freiheitsrechte junger Erwachsener zu sehr einschränken. [Freiheit]							
... würde zu einer Militarisierung der deutschen Gesellschaft beitragen.“ [Militarisierung]							
Insgesamt	47	42	63	60	49	39	38
Geschlecht	***	*	***	***	***	n.s.	*
Männer (Insgesamt)	52	46	67	65	54	37	36
Männer (16–29 Jahre)	41	39	63	53	52	56	38
Frauen (Insgesamt)	43	39	60	55	44	41	40
Frauen (16–29 Jahre)	33	31	50	47	38	50	38
Alter	***	n.s.	**	***	n.s.	***	*
16 bis 29 Jahre	37	35	57	50	45	53	38
30 bis 49 Jahre	46	43	61	62	50	41	41
50 bis 69 Jahre	50	43	68	61	51	35	37
70 Jahre und älter	54	47	66	65	48	28	36
Bildungsniveau	n.s.	*	**	**	n.s.	**	**
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	46	43	61	59	49	39	39
Realschulabschluss	50	45	64	61	48	38	36
Hauptschulabschluss	48	41	67	62	51	37	39
Haushaltsnettoeinkommen pro Monat	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	**	*	n.s.
4.001 Euro und mehr	46	47	62	59	54	41	39
2.001 bis 4.000 Euro	48	42	64	62	50	41	40
Bis 2.000 Euro	49	41	67	60	45	33	35
Wahlabsicht Bundestagswahl	***	***	***	***	***	***	***
CDU/CSU	57	50	70	70	53	36	37
SPD	56	47	70	69	56	33	40
AfD	48	47	63	60	50	36	42
FDP	57	61	71	67	69	40	40
Die Linke	36	32	57	49	38	41	26
Bündnis 90/Die Grünen	37	33	65	49	50	51	38
Bündnis Sarah Wagenknecht	27	29	45	35	34	52	46
Keine Parteipräferenz, Nichtwähler, w.n./k.A.	42	36	61	58	44	37	30
Region	***	***	***	***	***	***	***
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	47	40	62	61	52	45	49
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	49	44	62	62	44	39	41
Süddeutschland (BW, BY)	49	50	69	61	56	36	37
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	46	36	60	58	45	38	32
Migrationshintergrund	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	***	n.s.	n.s.
Ja	43	40	69	65	41	39	30
Nein	48	43	63	59	50	39	39

Anmerkungen: Angaben in Prozent. Die Antwortanteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ wurden jeweils zusammengefasst. Analyseverfahren: Chi²-Unabhängigkeits-Test, Signifikanzniveau: *** p < 0,001; ** p < 0,01; * p < 0,05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ 0,05).

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2024.

Diejenigen Befragten, die angegeben hatten, die Einführung eines Wehrdienstes für notwendig zu erachten, erhielten weitere Fragen zur Ausgestaltung eines neuen Wehrdienstes (n = 923). Drei Viertel dieser Befragten (74 Prozent) sprechen sich dafür aus, die körperliche Eignung und Motivation der Wehrpflichtigen durch einen verpflichtenden medizinischen Eignungstest und ein persönliches Gespräch mit Angehörigen der Bundeswehr festzustellen (vgl. Abbildung 6.2). Ein Viertel (24 Prozent) empfindet dagegen eine Musterung mithilfe eines verpflichtenden Fragebogens, der von den Wehrpflichtigen selbst ausgefüllt wird, als ausreichend. Hinsichtlich der Frage, wer einen Wehrdienst leisten sollte, sind sich die Wehrdienst-Befürworter uneins: 52 Prozent sehen alle jungen Menschen eines Jahrgangs, die körperlich tauglich sind, in der Pflicht. 47 Prozent plädieren hingegen für eine Auswahlwehrrpflicht, bei der nur die körperlich tauglichsten und motiviertesten Wehrpflichtigen für den Dienst an der Waffe ausgewählt werden und dann auch nur so viele, wie die Bundeswehr tatsächlich benötigt.

Abbildung 6.2: Präferenzen zur Ausgestaltung eines neuen Wehrdienstes



Anmerkung: Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 entsprechen dem Antwortanteil „weiß nicht/keine Antwort.“

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2024.

Eindeutiger fällt das Votum zur Frage aus, welche Staatsangehörigkeit die Wehrpflichtigen haben sollten: Eine relative Mehrheit von 45 Prozent spricht sich dafür aus, dass nur deutsche Staatsangehörige einen Wehrdienst leisten sollten. Etwas mehr als ein Drittel (35 Prozent) würde darüber hinaus auch Personen mit einem Bleiberecht, d.h. ausländische Staatsangehörige mit einer unbefristeten Aufenthaltserlaubnis in Deutschland, in die Wehrpflicht einbeziehen wollen. Für jeden fünften Befragten (19 Prozent) spielt die Staatsangehörigkeit und der Aufenthaltsstatus keine Rolle. Annähernd die Hälfte der Befragten (49 Prozent) ist davon überzeugt, dass zur Vermittlung der wichtigsten militärischen Fähigkeiten ein Grundwehrdienst von 12 Monaten erforderlich ist. Etwas weniger als ein Drittel (31 Prozent) plädiert für kürzere Dienstzeiten, während sich ein Fünftel (19 Prozent) für einen 15-monatigen Wehrdienst ausspricht. Einen Einsatz der Wehrdienstleistenden außerhalb des NATO-Bündnisgebietes kann sich nur eine Minderheit der Wehrdienst-Befürworter vorstellen (9 Prozent). Auf deutlich mehr Akzeptanz stößt ein möglicher Einsatz auf NATO-Bündnisgebiet (47 Prozent). Ähnlich viele Befragte (42 Prozent) würden das mögliche Einsatzgebiet der Wehrpflichtigen auf Deutschland begrenzen wollen.

Wie sehen die Präferenzen der Bürgerinnen und Bürger im Alter von 16 bis 29 Jahren aus, die die Einführung eines neuen Wehrdienstes für notwendig halten? Zur Feststellung der körperlichen Eignung bevorzugen 71 Prozent dieser jüngeren Wehrdienst-Befürworter einen verpflichtenden medizinischen Eignungstest, während 27 Prozent eine Selbsteinschätzung mithilfe eines Fragebogens genügt. Eine knappe Mehrheit von 52 Prozent ist davon überzeugt, dass alle körperlich tauglichen jungen Menschen einen Wehrdienst leisten sollten, während 46 Prozent für eine Auswahlwehrpflicht plädieren. Ebenfalls 52 Prozent sehen nur deutsche Staatsangehörige in der Pflicht, einen Grundwehrdienst zu leisten (mit Bleiberecht: 33 Prozent; alle: 14 Prozent). Eine relative Mehrheit von 42 Prozent hält eine Dauer von 12 Monaten zur Vermittlung der wichtigsten militärischen Fähigkeiten für angemessen (6 Monate: 13 Prozent; 9 Monate: 23 Prozent; 15 Monate: 16 Prozent). Eine absolute Mehrheit von 53 Prozent könnte sich vorstellen, dass Wehrpflicht in Deutschland und auf NATO-Bündnisgebiet eingesetzt werden (nur in Deutschland: 36 Prozent; außerhalb des NATO-Bündnisgebietes: 9 Prozent). Zwischen jungen Männern und Frauen bestehen hinsichtlich dieser Präferenzen keine wesentlichen Unterschiede.

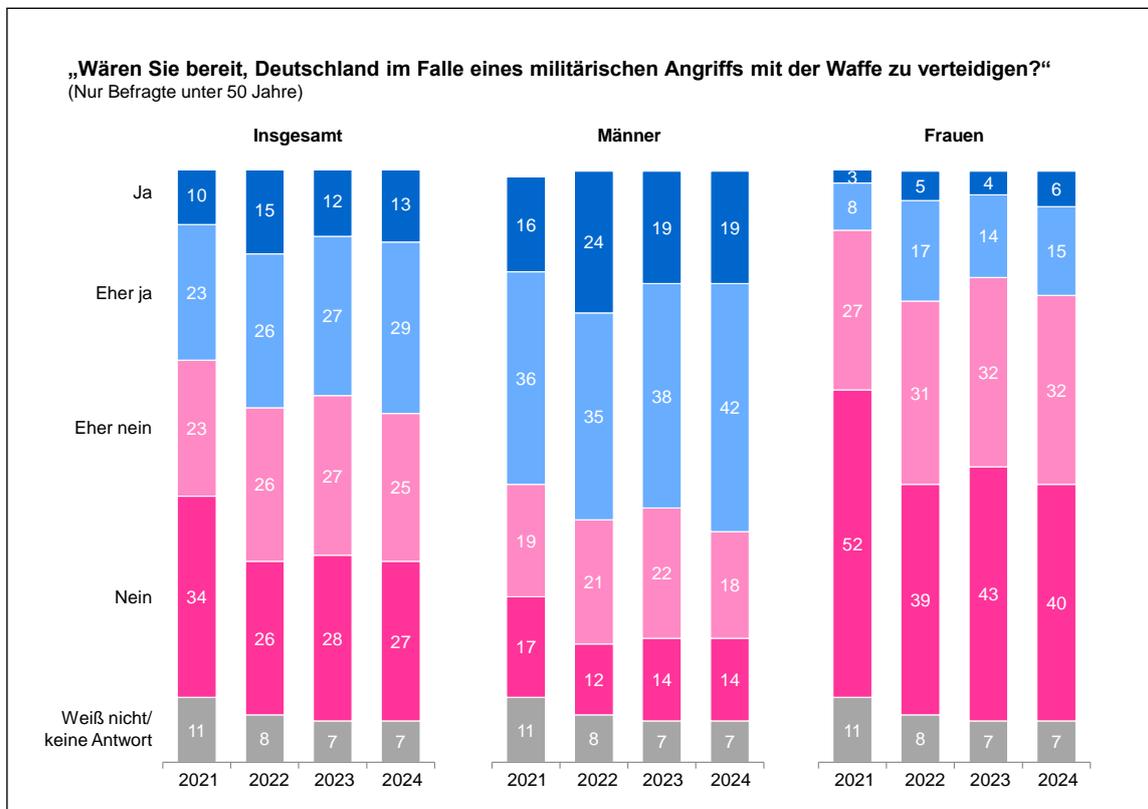
Persönliche Verteidigungsbereitschaft

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer unter 50 Jahren (n = 936) wurden gefragt, ob sie bereit wären, Deutschland im Falle eines militärischen Angriffs mit der Waffe zu verteidigen. Im Vergleich zum Vorjahr ist die persönliche Verteidigungsbereitschaft der Bürgerinnen und Bürger leicht gestiegen und erreicht das Niveau zu Beginn des Krieges in

der Ukraine im Jahr 2022 (vgl. Abbildung 6.3). Aktuell geben 42 Prozent (+3 Prozentpunkte im Vergleich zu 2023) der Befragten an, Deutschland im Falle eines militärischen Angriffs mit der Waffe verteidigen zu wollen, während 52 Prozent (-3 Prozentpunkte) dies ablehnen. 7 Prozent der Befragten wollten oder konnten diese Frage nicht beantworten. In allen Erhebungsjahren ist die persönliche Verteidigungsbereitschaft der Männer (52 bis 61 Prozent) deutlich stärker ausgeprägt als die der Frauen (11 bis 22 Prozent).

Eine absolute Mehrheit der Männer unter 50 Jahren wäre bereit, Deutschland im Falle eines militärischen Angriffs mit der Waffe zu verteidigen; bei den Frauen wäre nur jede Fünfte dazu bereit.

Abbildung 6.3: Persönliche Verteidigungsbereitschaft 2021–2024



Anmerkungen: Angaben in Prozent. Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100, da die Einzelwerte gerundet wurden. Die Frage wurde nur Befragten unter 50 Jahren gestellt (n = 936).

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2021–2024.

Tabelle 6.2: Persönliche Verteidigungsbereitschaft in soziodemografischen Gruppen

„Wären Sie bereit, Deutschland im Falle eines militärischen Angriffs mit der Waffe zu verteidigen?“			
	Ja ¹	Nein ²	Weiß nicht/ Keine Antwort
Insgesamt	42	52	7
Geschlecht ***			
Männer (unter 50 Jahre)	61	32	7
Männer (16 bis 29 Jahre)	60	33	7
Männer (30 bis 49 Jahre)	63	32	6
Frauen (unter 50 Jahre)	21	72	7
Frauen (16 bis 29 Jahre)	21	70	9
Frauen (30 bis 49 Jahre)	21	74	5
Bildungsniveau **			
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	46	48	6
Realschulabschluss	40	55	5
Hauptschulabschluss	32	62	7
Haushaltsnettoeinkommen pro Monat **			
4.001 Euro und mehr	45	49	6
2.001 bis 4.000 Euro	41	54	5
Bis 2.000 Euro	32	54	14
Wahlabsicht Bundestagswahl ***			
CDU/CSU	51	40	8
SPD	45	51	4
AfD	61	37	2
FDP	(73)	(26)	(1)
Die Linke	(32)	(55)	(14)
Bündnis 90/Die Grünen	22	70	8
Bündnis Sarah Wagenknecht	27	70	3
Keine Parteipräferenz, Nichtwähler, w.n./k.A.	38	53	10
Region **			
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	39	58	4
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	48	45	7
Süddeutschland (BW, BY)	36	53	11
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	44	52	4
Migrationshintergrund **			
Ja	39	58	3
Nein	42	51	7

Anmerkungen: Angaben in Prozent. 1) Anteile „Ja“ und „Eher ja“ zusammengefasst; 2) Anteile „Nein“ und „Eher nein“ zusammengefasst. Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100, da die Einzelwerte gerundet wurden. Die Frage wurde nur Befragten unter 50 Jahren gestellt (n = 936). Analyseverfahren: Chi²-Unabhängigkeits-Test, Signifikanzniveau: *** p < 0,001; ** p < 0,01; * p < 0,05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ 0,05); Werte in Klammern: n ≤ 50.

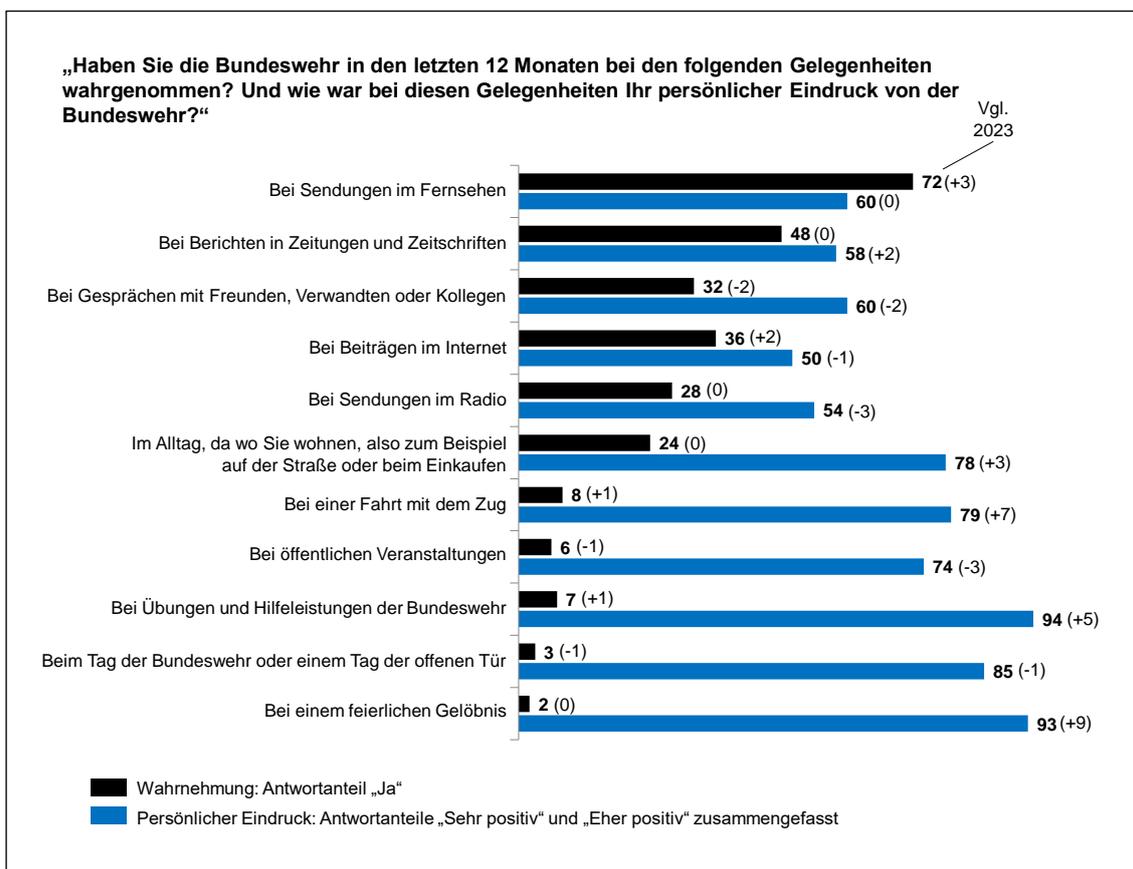
Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2024.

Die persönliche Verteidigungsbereitschaft unterscheidet sich zwischen den soziodemografischen Gruppen und den Wählergruppen (vgl. Tabelle 6.2): Männer im Alter von 30 bis 49 Jahren (63 Prozent) sowie Wählerinnen und Wähler der AfD (61 Prozent) und der FDP (73 Prozent) sind am ehesten bereit, Deutschland im Falle eines militärischen Angriffs mit der Waffe zu verteidigen. Im Vergleich der Regionen fällt die vergleichsweise hohe persönliche Verteidigungsbereitschaft in Ostdeutschland auf (48 Prozent). Die Verteidigungsbereitschaft der Befragten nimmt außerdem mit steigendem Haushaltseinkommen und höherem Bildungsniveau zu. Am schwächsten ausgeprägt ist die persönliche Verteidigungsbereitschaft unter Frauen (21 Prozent in allen Altersgruppen) sowie der Wählerschaft der Grünen (22 Prozent) und des BSW (27 Prozent).

7 Öffentliche Wahrnehmung und Akzeptanz der Bundeswehr

Die Bürgerinnen und Bürger nehmen die Bundeswehr bei verschiedenen Gelegenheiten wahr – persönlich wie medial. Dabei wird die Bundeswehr deutlich öfter in den Medien wahrgenommen als bei persönlichen Gelegenheiten (vgl. Abbildung 7.1). Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Häufigkeit der medialen Wahrnehmung der Bundeswehr und der persönlichen Kontakterfahrungen mit der Truppe kaum verändert. Am häufigsten wird die Bundeswehr bei Sendungen im Fernsehen (72 Prozent; +3 Prozentpunkte im Vergleich zu 2023) und bei Berichten in Zeitungen und Zeitschriften (48 Prozent; keine Veränderung) wahrgenommen.

Abbildung 7.1: Öffentliche Wahrnehmung der Bundeswehr



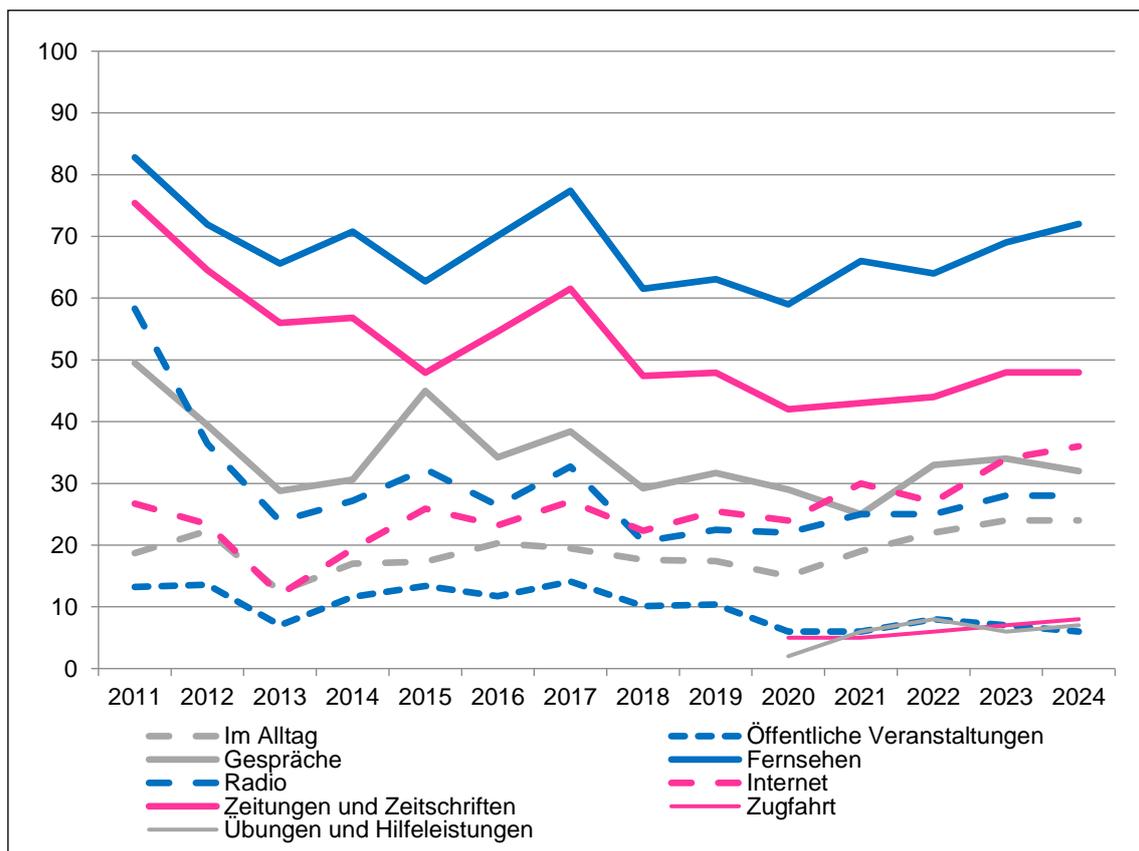
Anmerkung: Angaben in Prozent.

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2023 und 2024.

Die öffentliche Wahrnehmung der Bundeswehr fällt bei persönlichen Begegnungen sehr viel positiver aus als in medialen Berichten. Allerdings kommen die Bürgerinnen und Bürger auf dem persönlichen Weg seltener mit der Bundeswehr in Kontakt. Die Bundeswehr wird über die Medien zwar häufiger, aber nicht so positiv wahrgenommen wie bei persönlichen Begegnungen.

Während sich der subjektiv wahrgenommene Tenor der medialen Berichterstattung über die Bundeswehr im Vergleich zum Vorjahr kaum verändert hat, werden die persönlichen Begegnungen mit ihr sehr viel positiver beurteilt (vgl. Abbildung 7.1): insbesondere die Begegnungen bei einem feierlichen Gelöbnis (93 Prozent positiv; +9 Prozentpunkte), einer Fahrt mit dem Zug (79 Prozent positiv; +7 Prozentpunkte) und bei Übungen und Hilfeleistungen der Bundeswehr (94 Prozent positiv; + 5 Prozentpunkte).

Abbildung 7.2: Häufigkeit der Wahrnehmung der Bundeswehr bei verschiedenen Gelegenheiten im Zeitverlauf 2011–2024



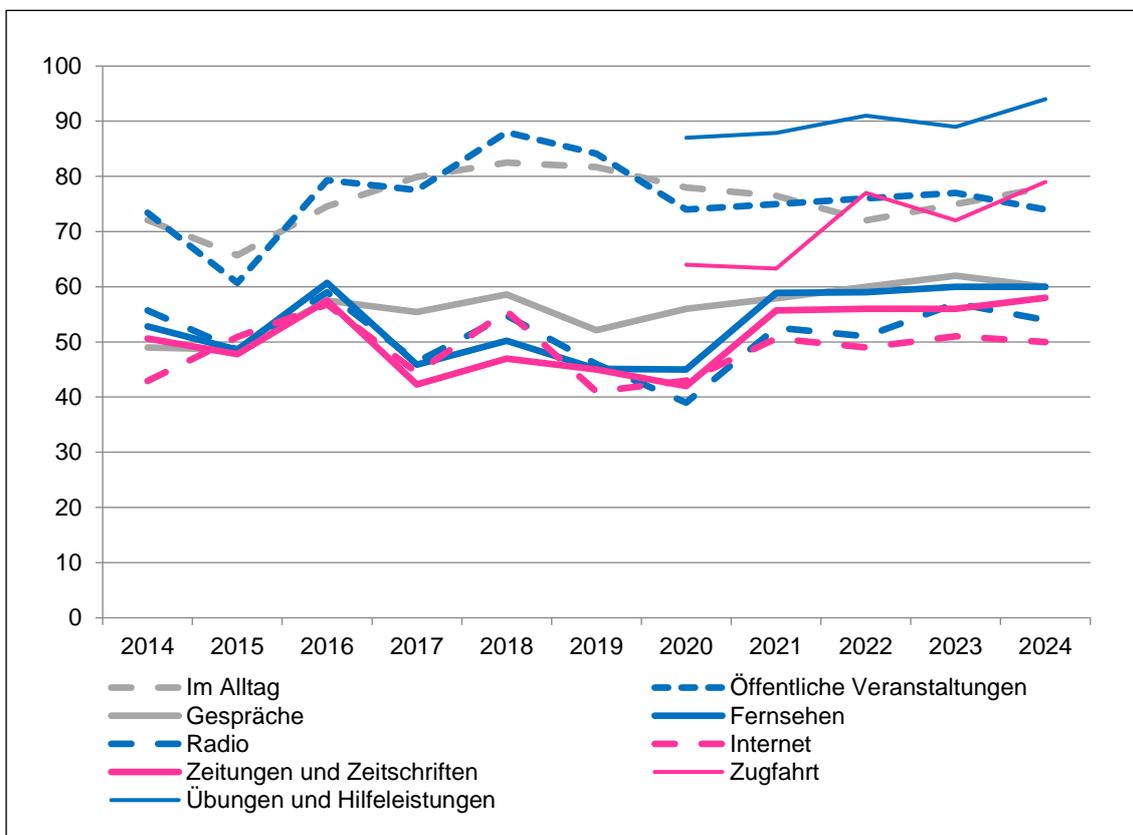
Anmerkungen: Angaben in Prozent. Antwortanteil „Ja“.

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2011–2024.

Bei einer längeren zeitlichen Perspektive auf die Wahrnehmung der Bundeswehr bei verschiedenen Gelegenheiten ist in den Jahren 2011 bis 2020 zu erkennen, dass die relativen Häufigkeiten von fast allen massenmedialen wie persönlichen Gelegenheiten abnehmen

(vgl. Abbildung 7.2). Seit 2021 nimmt die Häufigkeit der öffentlichen Wahrnehmung der Bundeswehr wieder leicht zu – medial wie persönlich. Der persönliche Eindruck, den die Bürgerinnen und Bürger von der Bundeswehr bei verschiedenen Gelegenheiten seit dem Jahr 2014¹ gewonnen haben, unterliegt teils deutlichen Schwankungen (vgl. Abbildung 7.3). Für den gesamten Betrachtungszeitraum lässt sich zwar kein einheitlicher Trend über alle Kontaktformen hinweg identifizieren, jedoch hat sich der Eindruck der Bürgerinnen und Bürger von der Bundeswehr im Zeitraum 2020–2023 für fast alle Kanäle kontinuierlich verbessert, wobei der größte Anstieg (insbesondere für die mediale Berichterstattung) im Jahr 2021 erfolgte.

Abbildung 7.3: Persönlicher Eindruck von der Bundeswehr bei verschiedenen Gelegenheiten im Zeitverlauf 2014–2024



Anmerkungen: Angaben in Prozent. Positiv: Anteile „Sehr positiv“ und „Eher positiv“ zusammengefasst.

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2014–2024.

Betrachtet man die massenmediale Wahrnehmung der Bundeswehr im Fernsehen, Radio, Internet und in den Printmedien nach soziodemografischen Gruppen und den Wählergruppen, so zeigt sich: Die Bundeswehr wird von allen Gruppen am häufigsten bei

¹ In den Jahren zuvor wurden diese Fragen mit anderen, nicht vergleichbaren Antwortskalen erhoben.

Berichten im Fernsehen wahrgenommen. Männer nehmen die Bundeswehr häufiger bei Beiträgen in allen vier Massenmedien wahr als Frauen. Frauen im Alter zwischen 16 und 29 Jahren nehmen die Bundeswehr im Internet allerdings häufiger wahr als die Männer dieser Altersgruppe.

Zwischen den Altersgruppen besteht eine Vielzahl von statistisch signifikanten Unterschieden in der massenmedialen Wahrnehmungshäufigkeit der Bundeswehr, was auf die grundsätzlichen Unterschiede in der Mediennutzung der Altersgruppen zurückzuführen sein dürfte. So nimmt mit steigendem Alter die Wahrnehmung der Bundeswehr im Internet ab, während die Wahrnehmung über traditionelle Massenmedien (Print, Fernsehen, Radio) zunimmt. Umgekehrt heißt das: Je jünger die Befragten sind, umso eher nehmen sie die Bundeswehr im Internet wahr. Auch mit steigendem Bildungsniveau und Haushaltseinkommen nimmt die Wahrnehmung der Bundeswehr im Internet kontinuierlich zu. Im Internet wird die Bundeswehr also häufiger von Jüngeren und Personen mit höherem Einkommen sowie höherem Bildungsniveau wahrgenommen als von den jeweiligen Vergleichsgruppen. Ungeachtet dessen nehmen *alle* Alters- und Bildungsgruppen die Bundeswehr am häufigsten bei Beiträgen im Fernsehen wahr.²

Der Vergleich der Regionen offenbart, dass Befragte in Norddeutschland die Bundeswehr bei Beiträgen im Fernsehen, im Internet und in Printmedien etwas häufiger wahrnehmen als Befragte in den anderen Regionen. Befragte mit und ohne Migrationshintergrund unterscheiden sich nur in der Wahrnehmung der Bundeswehr im Radio und in den Printmedien: Hier nehmen Befragte mit Migrationshintergrund die Bundeswehr etwas seltener wahr. Von allen Wählergruppen nehmen jene der FDP die Bundeswehr über alle Medien am häufigsten wahr. Am seltensten nimmt die Gruppe der Nichtwähler die Bundeswehr wahr.

² Unklar ist, ob es sich bei diesen Nennungen ggf. auch um klassische Fernsehformate im Internet handelt (z.B. Tagesschau auf Youtube).

Tabelle 7.1: Massenmediale Wahrnehmung der Bundeswehr in soziodemografischen Gruppen

„Haben Sie die Bundeswehr in den letzten 12 Monaten bei den folgenden Gelegenheiten wahrgenommen?“				
	Fernsehen	Radio	Internet	Printmedien
Insgesamt	72	28	36	48
Geschlecht	n.s.	**	n.s.	***
Männer	74	31	39	52
Frauen	71	24	34	43
Männer 16–29 Jahre	62	16	46	34
Frauen 16–29 Jahre	59	10	52	25
Alter	***	***	***	***
16 bis 29 Jahre	60	13	49	30
30 bis 49 Jahre	70	28	49	40
50 bis 69 Jahre	76	30	31	56
70 Jahre und älter	80	37	14	64
Bildungsniveau	n.s.	n.s.	***	n.s.
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	75	32	52	52
Realschulabschluss	72	25	33	47
Hauptschulabschluss	72	28	21	45
Haushaltsnettoeinkommen pro Monat	***	n.s.	***	*
4.001 Euro und mehr	69	32	51	49
2.001 bis 4.000 Euro	76	27	36	52
Bis 2.000 Euro	67	25	23	46
Wahlabsicht Bundestagswahl	***	***	***	***
CDU/CSU	81	34	35	57
SPD	76	33	26	63
AfD	72	30	47	42
FDP	77	45	59	65
Die Linke	68	32	19	31
Bündnis 90/Die Grünen	73	24	50	43
Bündnis Sarah Wagenknecht	63	16	40	38
Keine Parteipräferenz, Nichtwähler, w.n./k.A.	61	16	33	30
Region	**	n.s.	**	***
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	79	27	44	60
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	65	28	36	42
Süddeutschland (BW, BY)	72	29	38	48
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	74	27	32	45
Migrationshintergrund	*	***	n.s.	**
Ja	70	17	33	38
Nein	73	29	37	49

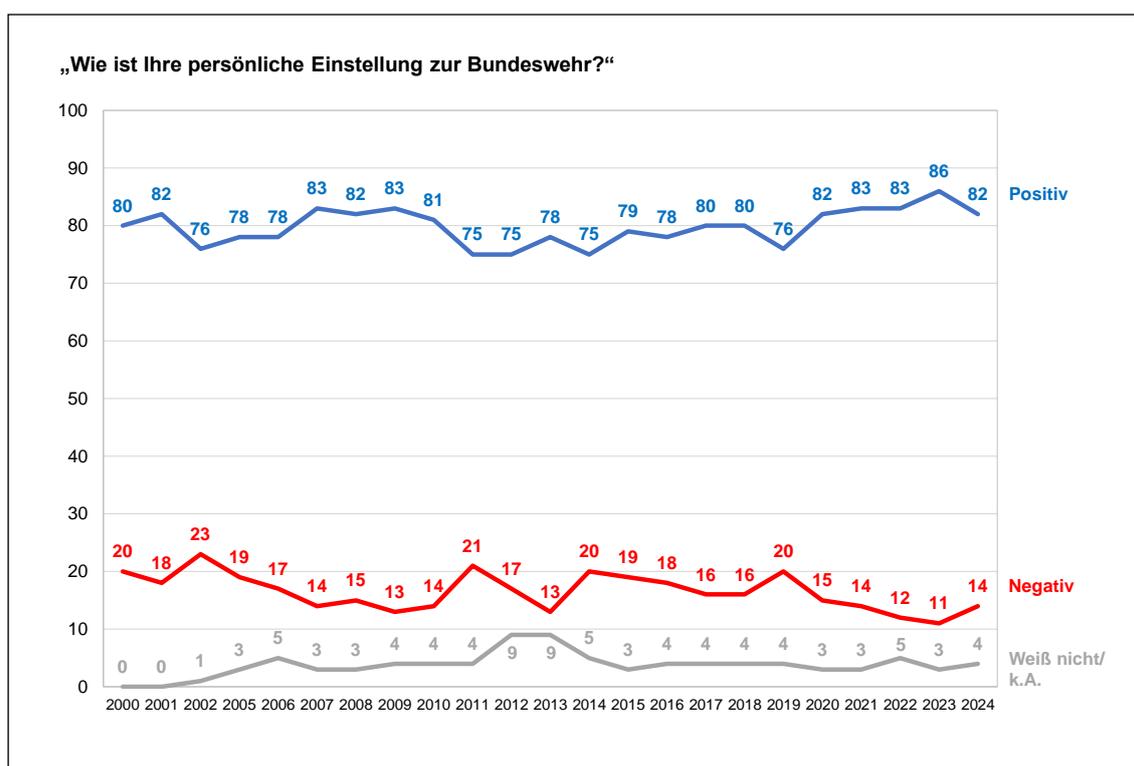
Anmerkungen: Angaben in Prozent. Antwortanteil „Ja“. Analyseverfahren: Chi²-Unabhängigkeits-Test, Signifikanzniveau: *** p < 0,001; ** p < 0,01; * p < 0,05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ 0,05).

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2024.

Einstellung und Vertrauen zur Bundeswehr sowie Ansehen der Bundeswehr

Die seit Jahrzehnten positive Grundeinstellung der Bürgerinnen und Bürger zur Bundeswehr erreichte im Jahr 2023 mit 86 Prozent einen historischen Höchstwert (vgl. Abbildung 7.4). Im Vergleich zu diesem Höchstwert liegt der aktuelle Wert mit 82 Prozent etwas niedriger (-4 Prozentpunkte), aber exakt im mehrjährigen Durchschnitt. Ebenso viele Befragte (85 Prozent; -2 Prozentpunkte) vertrauen der Bundeswehr (vgl. Abbildung 7.5). Die Gruppe der Bundeswehr-Skeptiker in der deutschen Bevölkerung ist also eine Minderheit: 14 Prozent (+3 Prozentpunkte) der Bürgerinnen und Bürger haben eine negative Einstellung zur Bundeswehr und 13 Prozent (+2 Prozentpunkte) vertrauen ihr nicht. Seit 2014 ist der Anteil der Bevölkerung mit einer positiven Einstellung zur Bundeswehr um 7 Prozentpunkte gewachsen, während die Gruppe der Bundeswehr-Kritiker um 6 Prozentpunkte geschrumpft ist.

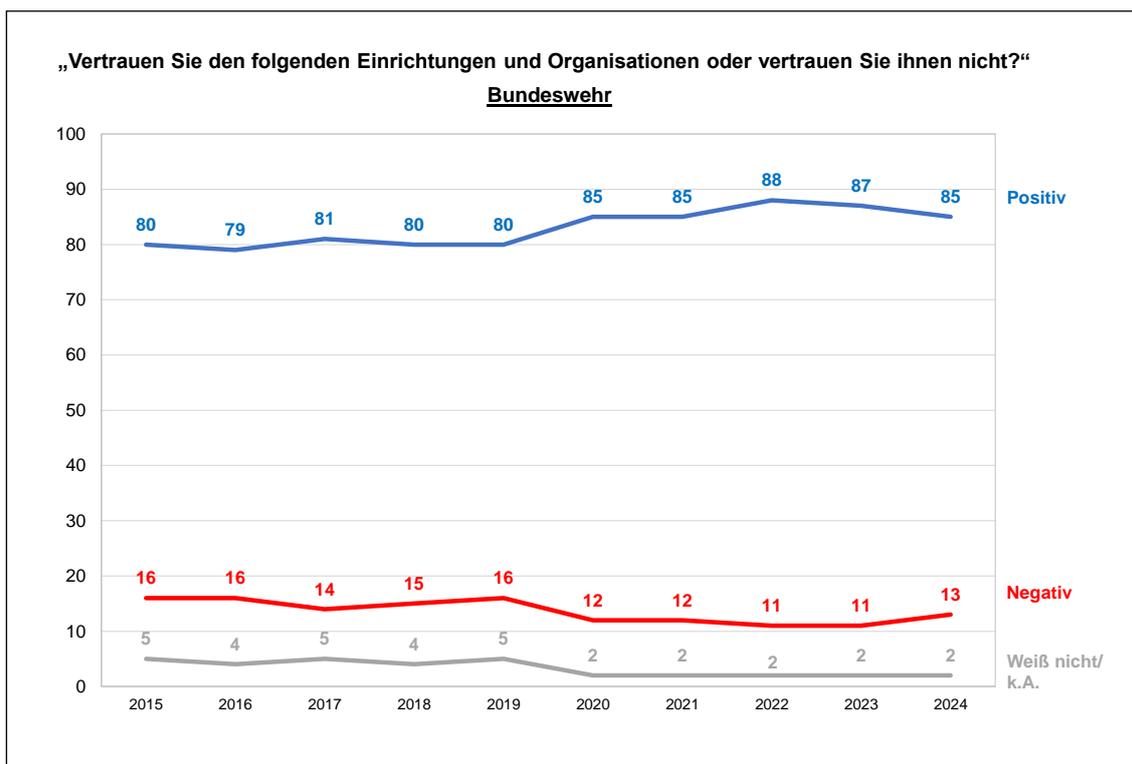
Abbildung 7.4: Einstellung zur Bundeswehr 2000–2024



Anmerkungen: Angaben in Prozent. Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100, da die Einzelwerte gerundet wurden. Die Antwortanteile „Sehr positiv“, „Positiv“ und „Eher positiv“ sowie „Sehr negativ“, „Negativ“ und „Eher negativ“ wurden jeweils zusammengefasst. In den Jahren 2000–2005, 2011 und 2014 wurden nur eingeschränkt vergleichbare Daten erhoben (unterschiedliche Bewertungsskala/Erhebungsmethode). 2003 und 2004 wurde die Frage nicht erhoben.

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2000–2024.

Abbildung 7.5: Vertrauen in die Bundeswehr 2015–2024



Anmerkungen: Angaben in Prozent. Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100, da die Einzelwerte gerundet wurden. Die Antwortanteile „Vertraue voll und ganz“, „Vertraue überwiegend“ und „Vertraue eher“ sowie „Vertraue eher nicht“, „Vertraue überwiegend nicht“ und „Vertraue überhaupt nicht“ wurden jeweils zusammengefasst.

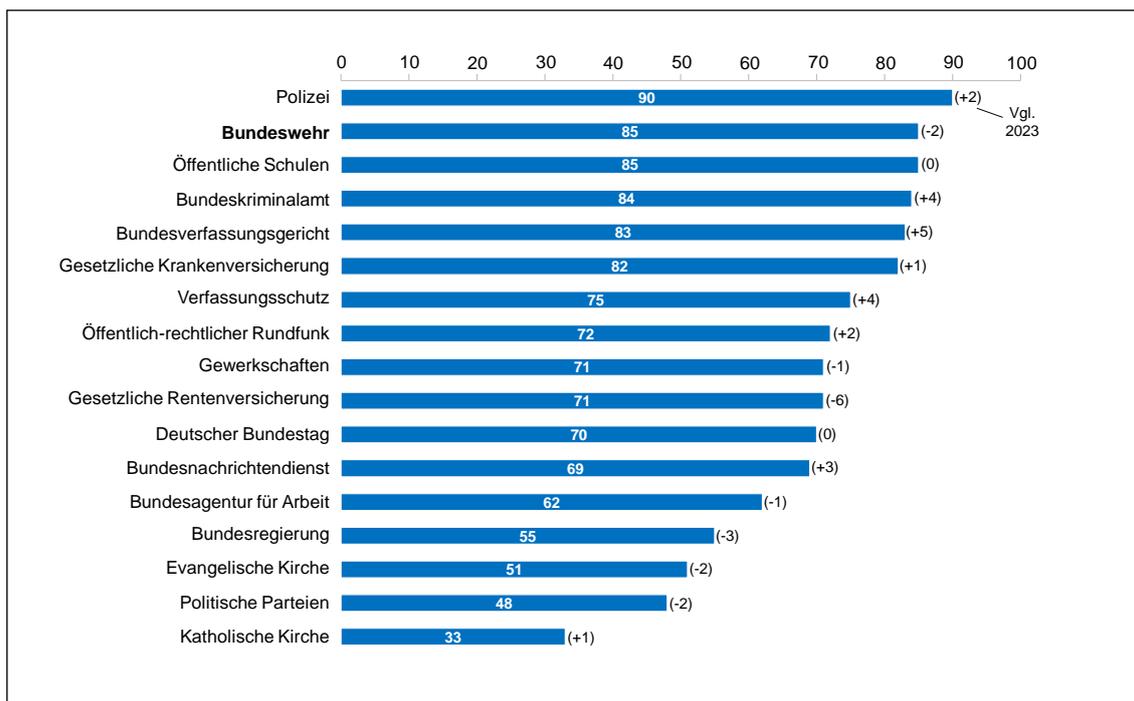
Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2015–2024.

Mit Blick auf den Zeitverlauf wird ebenfalls deutlich, wie stabil die positive Grundeinstellung und das große Vertrauen der deutschen Bevölkerung in die Bundeswehr ist (vgl. Abbildung 7.4 und Abbildung 7.5).

Unabhängig von der sicherheits- und verteidigungspolitischen Lage geben seit einem Vierteljahrhundert mindestens drei Viertel der Bürgerinnen und Bürger an, eine positive Einstellung zur Bundeswehr zu haben. Seit 2015 vertrauen stets mehr als drei Viertel der Befragten der Bundeswehr.

Der Vergleich mit anderen staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen und Organisationen zeigt, wie groß das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in ihre Streitkräfte ist (vgl. Abbildung 7.6): Das dritte Jahr in Folge kommt die Bundeswehr (85 Prozent) hinter der Polizei (90 Prozent) auf den zweiten Platz. Somit erweist sich das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger auch aktuell als äußerst robust.

Abbildung 7.6: Institutionenvertrauen im Vergleich



Anmerkungen: Angaben in Prozent. Die Antwortanteile „Vertraue voll und ganz“, „Vertraue überwiegend“ und „Vertraue eher“ wurden zusammengefasst.

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2023 und 2024.

Darüber hinaus genießt die Bundeswehr bei der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger ein hohes oder eher hohes Ansehen (59 Prozent; -2 Prozentpunkte im Vergleich zu 2023), bei 30 Prozent ein mittleres Ansehen und bei nur 9 Prozent ein geringes oder eher geringes Ansehen. 61 Prozent (-2 Prozentpunkte) der Befragten bringen dem Dienst der Soldatinnen und Soldaten volle oder hohe Anerkennung entgegen, 29 Prozent ein mittleres Maß an Anerkennung und 7 Prozent geringe oder gar keine Anerkennung. Eine große Mehrheit von 76 Prozent (keine Veränderung zu 2023) ist außerdem davon überzeugt, dass die Bundeswehr für Deutschland wichtig ist, 17 Prozent haben hierzu eine ambivalente Haltung und 6 Prozent halten die Bundeswehr für unwichtig.

Nachfolgend wird beschrieben, ob zwischen den soziodemografischen Gruppen und den Wählergruppen in der deutschen Bevölkerung statistisch signifikante Unterschiede in der Haltung zur Bundeswehr bestehen. Die persönliche Einstellung zur Bundeswehr, das Institutionenvertrauen in die Bundeswehr, das persönliche Ansehen der Bundeswehr, die den Soldatinnen und Soldaten entgegengebrachte Anerkennung und die wahrgenommene Wichtigkeit der Bundeswehr sind fünf erfasste Indikatoren, die sehr stark miteinander korrelieren und faktoranalytisch eine einzige Einstellungsdimension bilden. Dementsprechend wurden diese Einstellungsindikatoren in einer Indexvariable zusammengefasst, die einen Wertebereich von 0 (negative Haltung) bis 1 (positive Haltung) aufweist; d.h. ein

niedriger Mittelwert (minimal 0) steht für eine kritische Grundhaltung zur Bundeswehr, ein hoher Mittelwert (maximal 1) für eine positive Haltung und ein Mittelwert von 0,5 repräsentiert eine ambivalente Einstellung.

Tabelle 7.2: Grundhaltung zur Bundeswehr in soziodemografischen Gruppen

	Grundhaltung zur Bundeswehr
Insgesamt	0,71
Geschlecht *	
Männer	0,73
Frauen	0,70
Alter ***	
16 bis 29 Jahre	0,67
30 bis 49 Jahre	0,71
50 bis 69 Jahre	0,72
70 Jahre und älter	0,75
Bildungsniveau ^{n.s.}	
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	0,70
Realschulabschluss	0,73
Hauptschulabschluss	0,72
Haushaltsnettoeinkommen pro Monat ^{n.s.}	
4.001 Euro und mehr	0,71
2.001 bis 4.000 Euro	0,72
Bis 2.000 Euro	0,70
Wahlabsicht Bundestagswahl ***	
CDU/CSU	0,76
SPD	0,77
AfD	0,70
FDP	0,75
Die Linke	0,71
Bündnis 90/Die Grünen	0,63
Bündnis Sarah Wagenknecht	0,60
Keine Parteipräferenz, Nichtwähler, w.n./k.A.	0,72
Region *	
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	0,69
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	0,70
Süddeutschland (BW, BY)	0,73
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	0,72
Migrationshintergrund ***	
Ja	0,77
Nein	0,71

Anmerkungen: Ausgewiesen sind die Mittelwerte; Wertebereich [0 – negative Haltung; 1 – positive Haltung]. Analyseverfahren: Varianzanalysen, Signifikanzniveau: *** $p < 0,001$; ** $p < 0,01$; * $p < 0,05$; n.s. = nicht signifikant ($p \geq 0,05$). Der Signifikanztest für die Varianzanalyse gibt an, ob sich der Mittelwert mindestens einer Gruppe von dem Mittelwert mindestens einer anderen Gruppe unterscheidet. Die Indexvariable hat eine sehr gute Skalensreliabilität (Cronbachs alpha = 0,90).

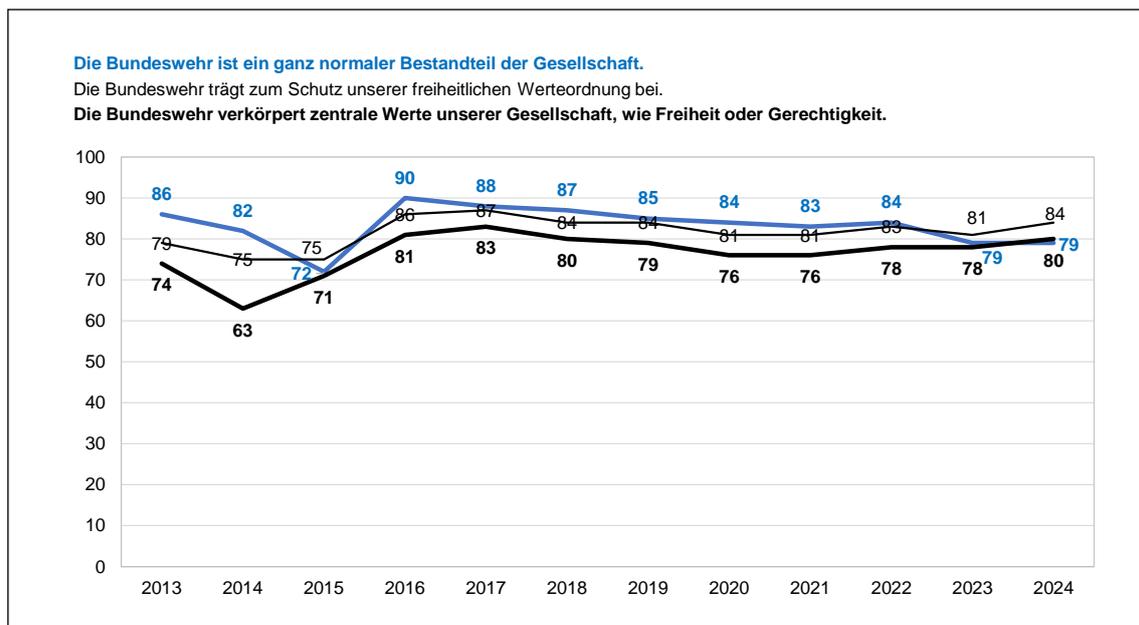
Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2024.

In allen untersuchten soziodemografischen Gruppen und Wählergruppen besteht eine im Durchschnitt positive Haltung zur Bundeswehr (vgl. Tabelle 7.2). Dennoch bestehen zwischen den Gruppen statistisch signifikante Unterschiede: Männer, Befragte mit Migrationshintergrund, die Bürgerinnen und Bürger in Süd- und Westdeutschland sowie die Wählerschaft der CDU/CSU, SPD und FDP haben eine im Durchschnitt positivere Haltung zur Bundeswehr als die entsprechenden Vergleichsgruppen. Darüber hinaus wird die Haltung zur Bundeswehr mit zunehmendem Alter der Befragten positiver.

Die hohe Akzeptanz der Bundeswehr quer durch alle Bevölkerungsschichten ist Beleg dafür, dass die Streitkräfte ein etablierter Bestandteil von Staat und Gesellschaft sind.

Ein klare Mehrheit der Bevölkerung bewertet das Verhältnis zwischen Bundeswehr und Gesellschaft positiv (vgl. Abbildung 7.7): 79 Prozent (keine Veränderung zu 2023) empfinden die Bundeswehr als einen ganz normalen Bestandteil der Gesellschaft; 84 Prozent (+3 Prozentpunkte) sind der Auffassung, dass die Bundeswehr zum Schutz unserer freiheitlichen Werteordnung beiträgt; 80 Prozent (+2 Prozentpunkte) sind davon überzeugt, dass die Bundeswehr zentrale Werte unserer Gesellschaft verkörpert. Während in den Jahren 2014 bis 2016 die Zustimmungswerte zum Teil deutlich schwankten (um fast 20 Prozentpunkte), zeigt sich das positive Meinungsbild zum Verhältnis zwischen Bundeswehr und Gesellschaft seit 2017 weitgehend gefestigt.

Abbildung 7.7: Zustimmung zu Aussagen über das Verhältnis zwischen Bundeswehr und Gesellschaft 2013–2024

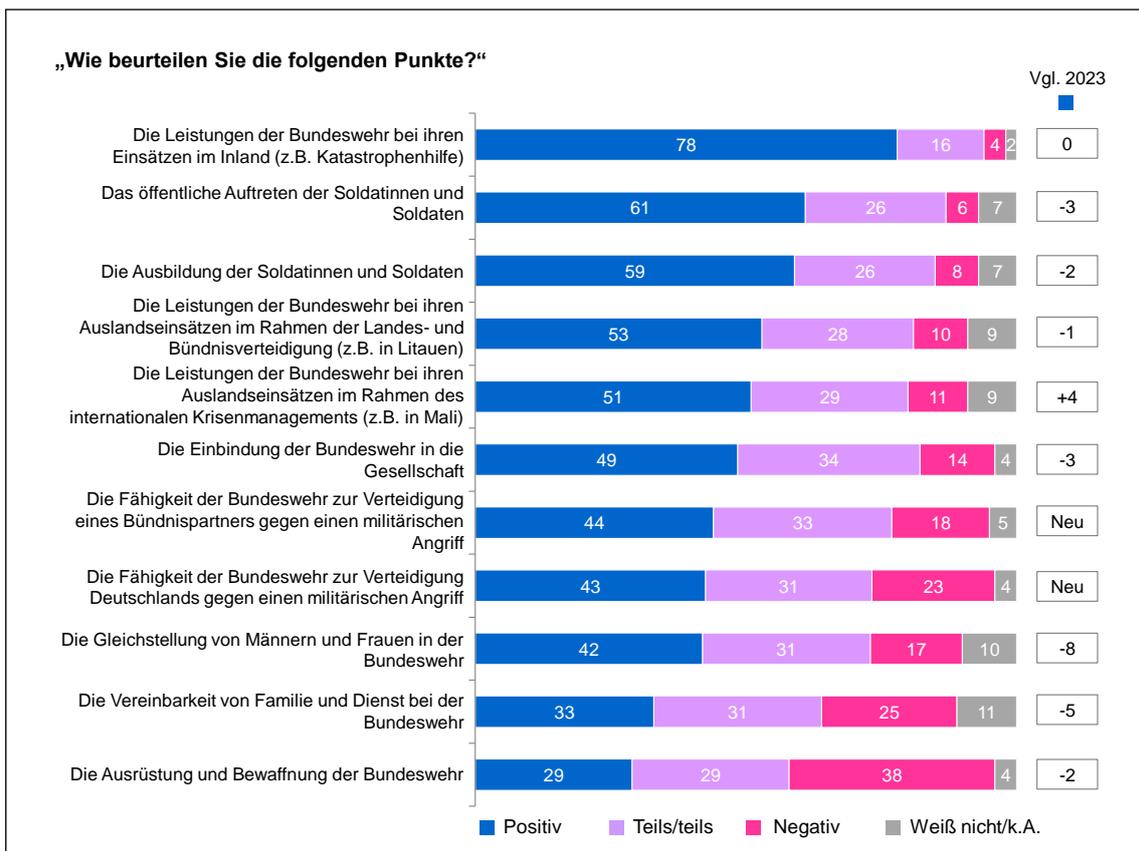


Anmerkungen: Angaben in Prozent. Die Antwortanteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ wurden jeweils zusammengefasst. Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2013–2024.

Gute Noten für die Leistungen der Truppe, schlechte Noten für die Ausrüstung

Viele Aspekte der Bundeswehr werden von den Bürgerinnen und Bürgern mehrheitlich positiv beurteilt (vgl. Abbildung 7.8): die Leistungen bei Einsätzen im Inland (78 Prozent; keine Veränderung zu 2023); das öffentliche Auftreten (61 Prozent; -3 Prozentpunkte) und die Ausbildung der Soldatinnen und Soldaten (59 Prozent; -2 Prozentpunkte); die Leistungen bei Einsätzen im Rahmen der Landes- und Bündnisverteidigung (53 Prozent; -1 Prozentpunkt) und des internationalen Krisenmanagements (51 Prozent; +4 Prozentpunkte). Eine relative Mehrheit (49 Prozent; -3 Prozentpunkte) bewertet die Einbindung der Bundeswehr in die Gesellschaft positiv, 44 bzw. 43 Prozent beurteilen die Fähigkeit der Bundeswehr zur Verteidigung eines Bündnispartners bzw. Deutschlands gegen einen militärischen Angriff positiv. Auch die Gleichstellung von Männern und Frauen in der Bundeswehr wird noch überwiegend positiv bewertet (42 Prozent), aber im Vergleich zum Vorjahr hat sich diese Einschätzung deutlich verschlechtert (-8 Prozentpunkte).

Abbildung 7.8: Beurteilung verschiedener Aspekte der Bundeswehr



Anmerkungen: Angaben in Prozent. Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100, da die Einzelwerte gerundet wurden. Die Antwortanteile „Sehr positiv“ und „Eher positiv“ sowie „Sehr negativ“ und „Eher negativ“ wurden jeweils zusammengefasst.

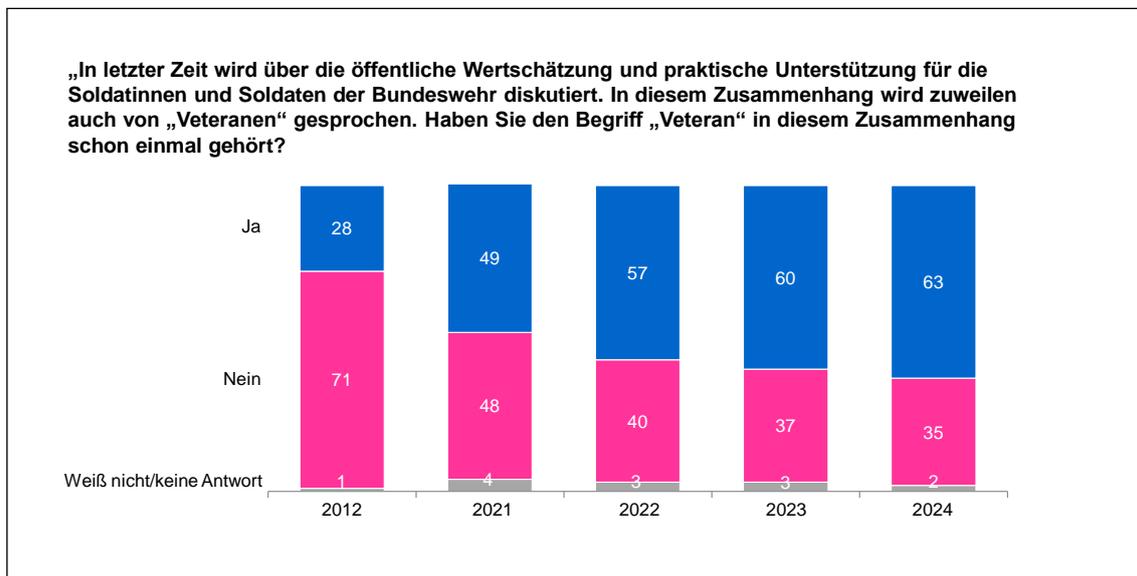
Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2023 und 2024.

Eher kritisch beurteilen die Bürgerinnen und Bürger die Vereinbarkeit von Familie und Dienst bei der Bundeswehr (33 Prozent positiv; -5 Prozentpunkte) sowie die Ausrüstung und Bewaffnung der Bundeswehr (29 Prozent positiv; -2 Prozentpunkte). Auffällig ist, dass sich vergleichsweise viele Befragte zu „internen“ Aspekten (z.B. Vereinbarkeit von Familie und Dienst) nicht äußern wollten oder konnten.

Unterstützungsmaßnahmen für Veteranen der Bundeswehr

Im Jahr 2018 hat die Bundeswehr den Begriff des Veteranen definiert. Als Veteranin oder Veteran der Bundeswehr gilt, wer als Soldatin oder Soldat der Bundeswehr im aktiven Dienst steht oder aus diesem Dienstverhältnis ehrenhaft ausgeschieden ist, also den Dienstgrad nicht verloren hat. Die Ergebnisse der ZMSBw-Bevölkerungsbefragung belegen die fortschreitende gesellschaftliche Etablierung des Begriffs: Gaben im Jahr 2012 nur 28 Prozent der Bevölkerung an, den Ausdruck „Veteran“ in einem aktuellen Kontext gehört zu haben, waren es 2021 bereits 49 Prozent und 2023 60 Prozent. 2024 ist der entsprechende Anteil auf 63 Prozent (+3 Prozentpunkte) gestiegen, während 35 Prozent der Befragten angeben, den Begriff noch nicht gehört zu haben (vgl. Abbildung 7.9).

Abbildung 7.9: Einstellungen zu Unterstützungsmaßnahmen für Veteranen der Bundeswehr



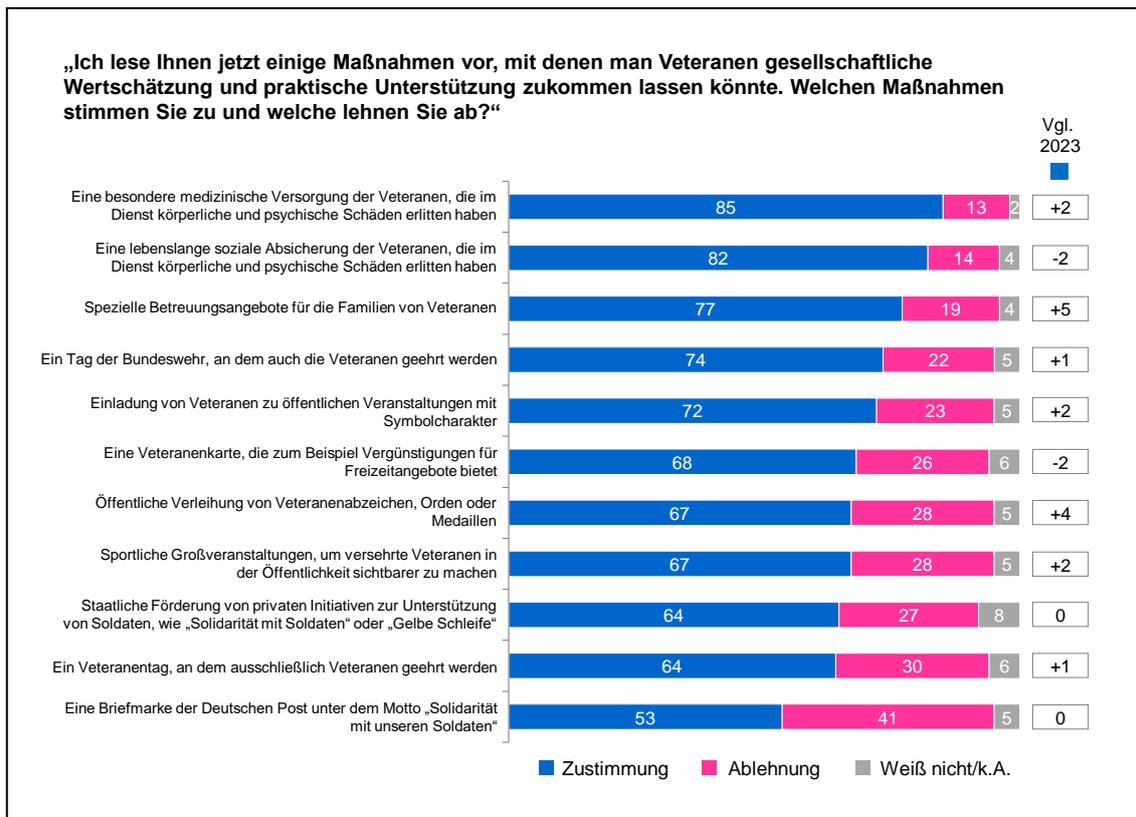
Anmerkungen: Angaben in Prozent. Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100, da die Einzelwerte gerundet wurden. Die Frage wurde nur der Hälfte der Befragten gestellt (n = 961).

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2012 und 2021–2024.

Die Wertschätzung der Bürgerinnen und Bürger für ihre Streitkräfte kommt auch darin zum Ausdruck, dass eine große Mehrheit viele Maßnahmen zur Unterstützung von Veteranen der Bundeswehr befürwortet.

Im Vergleich zum Vorjahr haben viele mögliche Unterstützungsmaßnahmen für die Veteranen der Bundeswehr an öffentlichem Zuspruch gewonnen (vgl. Abbildung 7.10). Mit Abstand am größten ist die Zustimmung zu praktischen Unterstützungsmaßnahmen für Veteranen, die im Dienst physische oder psychische Schäden erlitten haben: 85 Prozent der Befragten (+2 Prozentpunkte im Vergleich zu 2023) sprechen sich für eine besondere medizinische Versorgung aus und 82 Prozent (-2 Prozentpunkte) für eine lebenslange soziale Absicherung. Spezielle Betreuungsangebote für die Familien von Veteranen (77 Prozent; +5 Prozentpunkte), die Ehrung von Veteranen beim Tag der Bundeswehr (74 Prozent; +1 Prozentpunkt) und die Einladung von Veteranen zu öffentlichen Veranstaltungen mit Symbolcharakter (72 Prozent; +2 Prozentpunkte) erfahren ebenfalls viel öffentlichen Zuspruch. Im Vergleich dazu stoßen rein symbolische Maßnahmen, z.B. eine Briefmarke der Deutschen Post unter dem Motto „Solidarität mit unseren Soldaten“, auf weniger öffentliche Akzeptanz, werden aber immer noch von einer absoluten Mehrheit unterstützt (53 Prozent; keine Veränderung).

Abbildung 7.10: Einstellungen zu Unterstützungsmaßnahmen für Veteranen der Bundeswehr



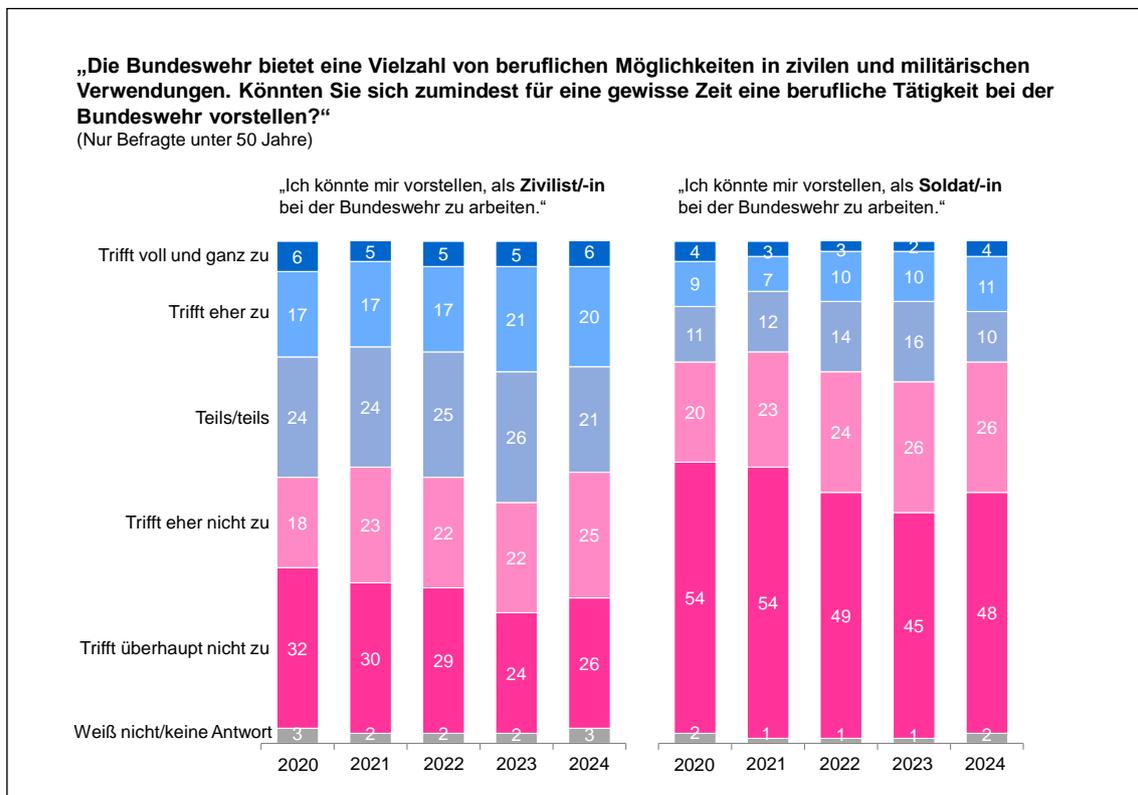
Anmerkungen: Angaben in Prozent. Die Antwortanteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ sowie „Lehne völlig ab“ und „Lehne eher ab“ wurden jeweils zusammengefasst. Die Frage wurde nur der Hälfte der Befragten gestellt (n = 961).

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2023 und 2024.

8 Arbeitgeberattraktivität der Bundeswehr

In diesem Abschnitt wird die Arbeitgeberattraktivität der Bundeswehr in der Bevölkerung anhand verschiedener Indikatoren untersucht. Da die Bundeswehr eine Vielzahl beruflicher Möglichkeiten im militärischen und zivilen Bereich bietet, wurden die Befragungs- teilnehmerinnen und -teilnehmer unter 50 Jahren zunächst gefragt, ob sie sich zumindest für eine gewisse Zeit eine Tätigkeit als Zivildienst/-in oder als Soldat/-in bei der Bundeswehr vorstellen könnten.³

Abbildung 8.1: Einstellung zu einer beruflichen Tätigkeit in der Bundeswehr – nur Befragte unter 50 Jahre



Anmerkungen: Angaben in Prozent. Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100, da die Einzelwerte gerundet wurden. Die Frage wurde nur Befragten unter 50 Jahren gestellt, die zum Zeitpunkt der Befragung noch nie in einem Dienstverhältnis mit der Bundeswehr gestanden haben (2024: n = 865).

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2020–2024.

³ Die Auswertung beschränkt sich auf Befragte, die angaben, noch nie in einem Dienstverhältnis mit der Bundeswehr gestanden zu haben. Die Gruppe der aktuellen und ehemaligen Zeit- und Berufssoldaten ist für eine belastbare statistische Auswertung zu klein. Von den Befragten unter 50 Jahren wurden folgende Angaben zu einem aktuellen oder ehemaligen Dienstverhältnis mit der Bundeswehr gemacht: Wehrpflichtige im Grundwehrdienst (48 Personen); Freiwillig Wehrdienstleistende (5 Personen); Soldat/-in auf Zeit (9 Personen); Berufssoldat/-in (5 Personen); zivile Beschäftigte (4 Personen).

Im gesamten Erhebungszeitraum 2020–2024 können sich deutlich mehr Befragte vorstellen, eine zivile Tätigkeit bei der Bundeswehr auszuüben (22 bis 26 Prozent), als Soldat/in zu werden (10 bis 15 Prozent) (vgl. Abbildung 8.1). Die Mehrheit der Befragten zieht jedoch weder eine zivile (46 bis 53 Prozent) noch eine militärische Verwendung (71 bis 77 Prozent) in der Bundeswehr in Betracht. In den Jahren 2021–2023 ist die explizite Abneigung gegenüber einer beruflichen Tätigkeit bei der Bundeswehr gesunken, ohne dass das explizite Interesse daran gestiegen wäre. Im Vergleich zu 2023 ist der Anteil derjenigen, die eine zeitweise Tätigkeit bei der Bundeswehr ablehnen, jedoch wieder leicht gestiegen – sowohl für zivile (+5 Prozentpunkte Ablehnung) als auch für militärische (+3 Prozentpunkte Ablehnung) Verwendungen. Allerdings ist im Vergleich zum Vorjahr auch das Interesse am Soldatenberuf leicht gestiegen (+3 Prozentpunkte), während der Anteil der Unentschlossenen („teils/teils“) um 6 Prozentpunkte kleiner geworden ist. Somit zeichnet sich beim Interesse am Soldatenberuf eine gewisse „Polarisierung“ ab: Interesse und Ablehnung sind im gleichen Maße gestiegen.

Im Vergleich zum Vorjahr ist das Interesse am Soldatenberuf bei Befragten unter 50 Jahren leicht gestiegen; die Ablehnung dagegen jedoch auch.

Die Einstellung zu einer beruflichen Tätigkeit in der Bundeswehr unterscheidet sich nach soziodemografischen Gruppen (vgl. Tabelle 8.1): Männer, Befragte in Norddeutschland sowie Personen mit Migrationshintergrund können sich eher eine zivile Tätigkeit bei der Bundeswehr vorstellen als die entsprechenden Vergleichsgruppen. Für den Soldatenberuf interessieren sich Männer, Befragte in der Altersgruppe der 16–29-Jährigen sowie Befragte in Norddeutschland stärker als die jeweiligen Referenzgruppen.

Betrachtet man die Zielgruppe der 16–29-Jährigen zudem differenziert nach Geschlecht, zeigt sich, dass sich mehr junge Männer als junge Frauen für eine zivile oder militärische Tätigkeit bei der Bundeswehr interessieren (vgl. Abbildung 8.2). Dabei ist die Lücke zwischen jungen Männern und Frauen bei einer militärischen Tätigkeit größer als bei einer zivilen Verwendung. Insgesamt ist das Interesse an einer zivilen Tätigkeit bei der Bundeswehr bei den jungen Menschen leicht gestiegen: bei den Männern seit 2020 um 8 Prozentpunkte und bei den Frauen seit 2021 um 4 Prozentpunkte. Allerdings war bei den jungen Frauen im Jahr 2021 im Vergleich zum Vorjahr ein Rückgang um 6 Prozentpunkte zu verzeichnen; das Interesse junger Frauen an einer zivilen Tätigkeit bei der Bundeswehr stagniert also eher im gesamten Betrachtungszeitraum 2020–2024.

Tabelle 8.1: Interesse an einer beruflichen Tätigkeit in der Bundeswehr – in soziodemografischen Gruppen, nur Befragte unter 50 Jahre, 2024

	Ich könnte mir vorstellen, als Zivilist/-in bei der Bundeswehr zu arbeiten.	Ich könnte mir vorstellen, als Soldat/-in bei der Bundeswehr zu arbeiten.
Insgesamt	26	15
Geschlecht	**	***
Männer	30	23
Frauen	23	7
Alter	n.s.	**
16 bis 29 Jahre	29	19
30 bis 49 Jahre	25	11
Bildungsniveau	n.s.	n.s.
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	26	15
Realschulabschluss	26	10
Hauptschulabschluss	31	13
Haushaltsnettoeinkommen pro Monat	n.s.	n.s.
4.001 Euro und mehr	21	12
2.001 bis 4.000 Euro	29	16
Bis 2.000 Euro	27	12
Region	*	*
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	35	22
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	27	13
Süddeutschland (BW, BY)	27	14
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	22	11
Migrationshintergrund	**	n.s.
Ja	33	13
Nein	25	15

Anmerkungen: Angaben in Prozent. Die Antwortanteile „Trifft voll und ganz zu“ und „Trifft eher zu“ wurden zusammengefasst. Die Frage wurde nur Befragten unter 50 Jahren gestellt, die noch nie in einem Dienstverhältnis mit der Bundeswehr gestanden haben (n = 865). Eine belastbare Auswertung der Wählergruppen ist nicht möglich, da die Fallzahlen für viele Gruppen zu gering sind. Analyseverfahren: Chi²-Unabhängigkeits-Test, Signifikanzniveau: *** p < 0,001; ** p < 0,01; * p < 0,05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ 0,05).

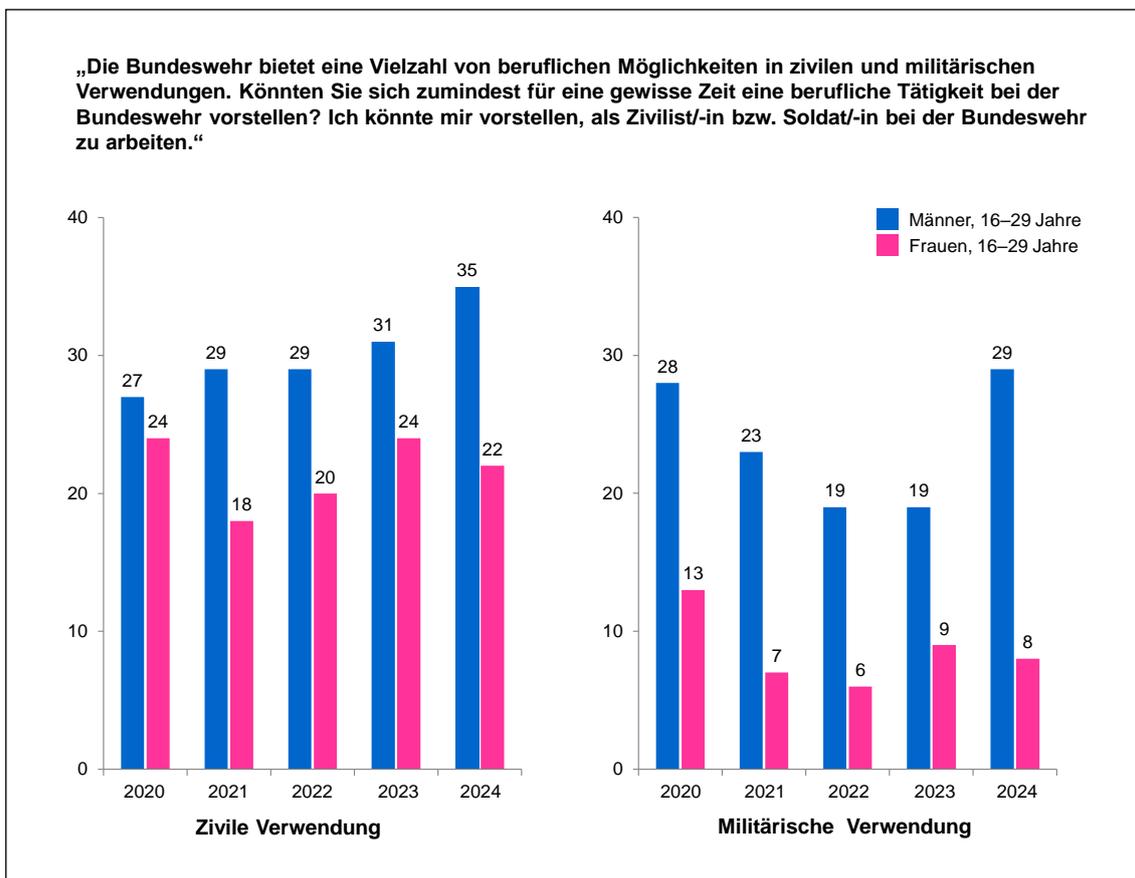
Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2024.

Bezüglich des Interesses an einer militärischen Verwendung in der Bundeswehr offenbart sich bis einschließlich 2022 ein eindeutig negativer Trend und zwar unabhängig vom Geschlecht: Immer weniger junge Männer und Frauen konnten sich vorstellen, Soldat bzw. Soldatin bei der Bundeswehr zu werden. Im Betrachtungszeitraum 2020–2022 ist dieser Anteil bei den jungen Männern von 28 auf 19 Prozent gesunken. Der Rückgang bei den jungen Frauen von 13 auf 6 Prozent bedeutet, dass sich die Zahl der Frauen, die sich vorstellen können, Soldatin zu werden, innerhalb von nur drei Jahren halbiert hat. Dieser Einbruch ist zum größten Teil im Jahr 2021 und damit *vor* dem Angriff Russlands auf die Ukraine am 24. Februar 2022 zu verzeichnen.

Mit Blick auf die aktuellen Zahlen ist dagegen festzustellen: Der negative Trend der letzten Jahre konnte vorerst gestoppt werden – zumindest bei den jungen Männern (16–29 Jahre), denn der Anteil der jungen männlichen Interessenten am Soldatenberuf ist im Vergleich zum Vorjahr auf 29 Prozent gestiegen (+10 Prozentpunkte). Bei den jungen Frauen stagniert das Interesse an einer militärischen Verwendung auf einem niedrigen Niveau (8 Prozent; -1 Prozentpunkt). Junge Frauen bleiben somit eine kritische Gruppe für die Personalwerbung der Bundeswehr.

Bei den jungen Männern ist das Interesse am Soldatenberuf stark gestiegen: Inzwischen kann sich mehr als ein Viertel von ihnen vorstellen, Soldat bei der Bundeswehr zu werden.

Abbildung 8.2: Interesse an einer beruflichen Tätigkeit in der Bundeswehr – nach Geschlecht, nur Befragte unter 30 Jahre, 2020–2024



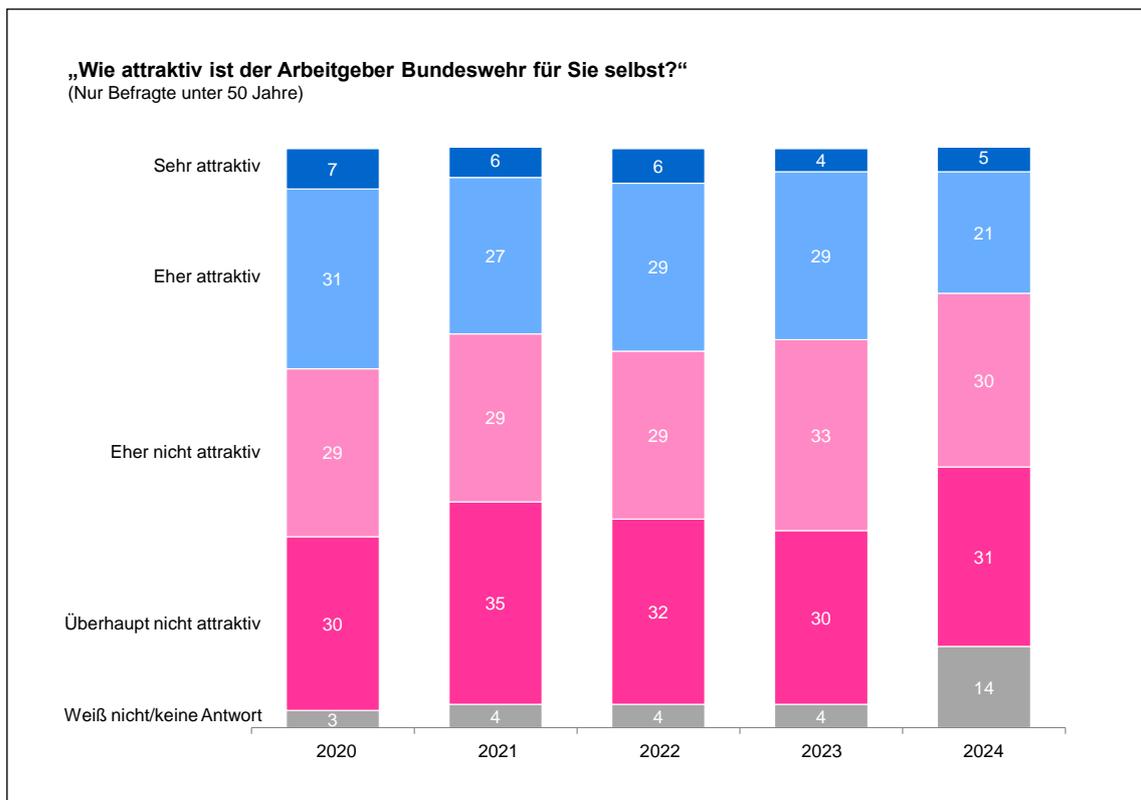
Anmerkungen: Angaben in Prozent. Die Antwortanteile „Trifft voll und ganz zu“ und „Trifft eher zu“ wurden zusammengefasst. Die Frage wurde nur Befragten unter 30 Jahren gestellt, die zum Zeitpunkt der Befragung noch nie in einem Dienstverhältnis mit der Bundeswehr gestanden haben (n = 352).

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2020–2024.

Grundsätzliche Arbeitgeberattraktivität der Bundeswehr für die Befragten selbst

Zusätzlich zum Interesse an einer beruflichen Tätigkeit bei der Bundeswehr wurden alle Befragten unter 50 Jahren auch grundsätzlich nach der Attraktivität der Bundeswehr als Arbeitgeber für sie selbst gefragt. Diese Betrachtungsgröße wird seit 2020 erhoben. Aktuell sieht etwas mehr als ein Viertel der unter 50-Jährigen in der Bundeswehr einen sehr attraktiven (5 Prozent; +1 Prozentpunkt im Vergleich zu 2023) oder eher attraktiven (21 Prozent; -8 Prozentpunkte) Arbeitgeber für sich selbst, während die Mehrheit der Befragten die Bundeswehr eher nicht (30 Prozent; -3 Prozentpunkte) oder überhaupt nicht (31 Prozent; +1 Prozentpunkt) als attraktiven Arbeitgeber für sich selbst betrachtet (vgl. Abbildung 8.3). Im Vergleich zum Vorjahr ist die Attraktivität des Arbeitgebers Bundeswehr bei den Befragten unter 50 Jahren also insgesamt zurückgegangen. Stark erhöht hat sich dagegen der Anteil derjenigen, die keine Antwort geben wollten oder konnten (+10 Prozentpunkte im Vergleich zu 2023). Im Vergleich zum Vorjahr nahezu unverändert ist der Anteil der unter 50-Jährigen, die die Bundeswehr nicht als attraktiven Arbeitgeber für sich selbst bewerten.

Abbildung 8.3: Attraktivität des Arbeitgebers Bundeswehr für die Befragten selbst – nur Befragte unter 50 Jahre



Anmerkungen: Angaben in Prozent. Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100, da die Einzelwerte gerundet wurden. Die Frage wurde nur Befragten unter 50 Jahren gestellt (n = 936).

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2020–2024.

Betrachtet man die Arbeitgeberattraktivität der Bundeswehr in soziodemografischen Gruppen, ergeben sich nur wenige statistisch signifikante Unterschiede: Männer und Befragte aus Nord- und Ostdeutschland empfinden die Bundeswehr als attraktiveren Arbeitgeber für sich selbst als die entsprechenden Vergleichsgruppen (vgl. Tabelle 8.2). Zudem nimmt die Arbeitgeberattraktivität mit steigendem Bildungsniveau leicht zu. Zwischen den Alters- und Einkommensgruppen sowie Befragten mit und ohne Migrationshintergrund bestehen keine statistisch signifikanten Unterschiede. Eine belastbare Auswertung der Wählergruppen ist nicht möglich, da die Fallzahlen für einige Gruppen zu gering sind.

Tabelle 8.2: Wahrgenommene Attraktivität des Arbeitgebers Bundeswehr für die Befragten selbst – in soziodemografischen Gruppen, nur Befragte unter 50 Jahre

„Wie attraktiv ist der Arbeitgeber Bundeswehr für Sie selbst?“			
	Attraktiv ¹	Unattraktiv ²	Weiß nicht/ Keine Antwort
Insgesamt	26	61	14
Geschlecht ***			
Männer	35	55	10
Frauen	16	66	18
Alter n.s.			
16 bis 29 Jahre	28	58	14
30 bis 49 Jahre	24	62	14
Bildungsniveau **			
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	26	63	11
Realschulabschluss	24	58	18
Hauptschulabschluss	23	64	13
Haushaltsnettoeinkommen pro Monat n.s.			
4.001 Euro und mehr	23	63	14
2.001 bis 4.000 Euro	28	61	12
Bis 2.000 Euro	25	54	22
Region ***			
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	31	59	10
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	30	56	14
Süddeutschland (BW, BY)	25	54	21
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	22	69	10
Migrationshintergrund n.s.			
Ja	30	54	16
Nein	25	62	13

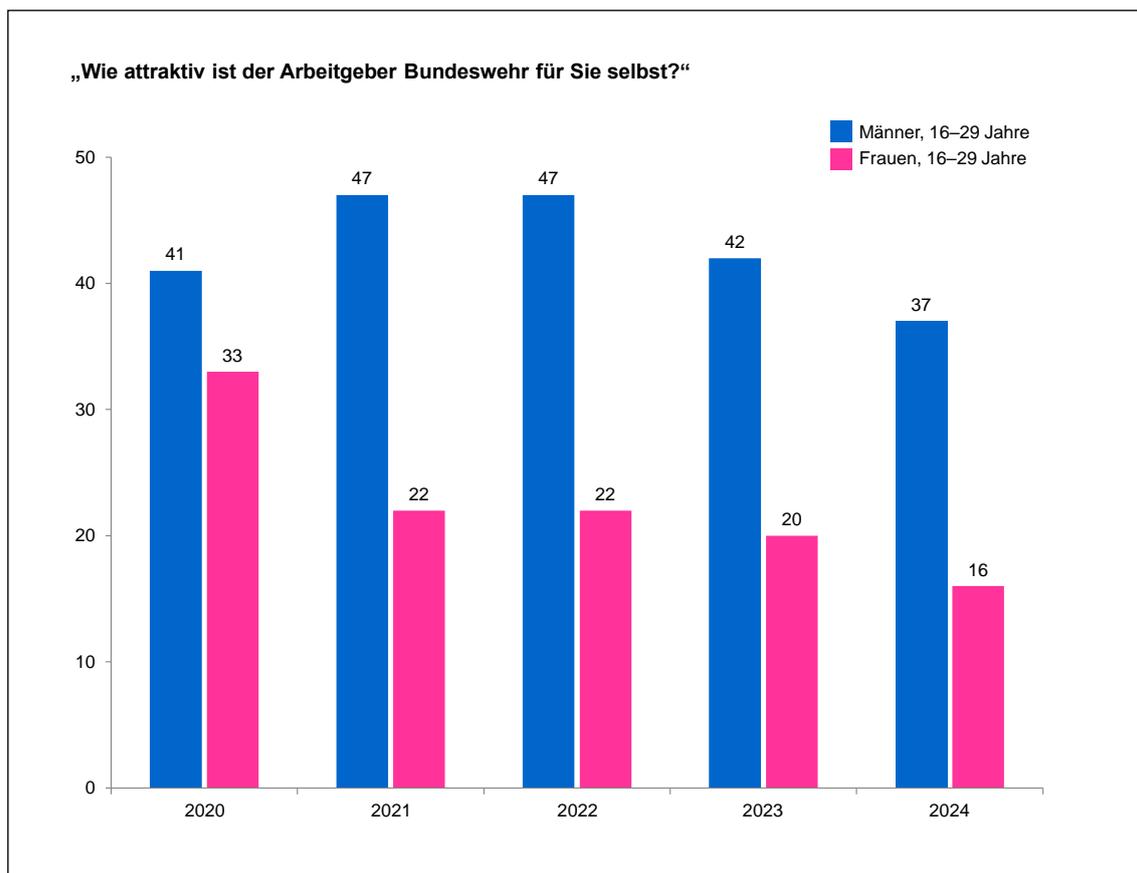
Anmerkungen: Angaben in Prozent. 1) Anteile „Sehr attraktiv“ und „Eher attraktiv“ zusammengefasst; 2) Anteile „Überhaupt nicht attraktiv“ und „Eher nicht attraktiv“ zusammengefasst. Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100, da die Einzelwerte gerundet wurden. Die Frage wurde nur Befragten unter 50 Jahren gestellt (n = 936). Eine belastbare Auswertung der Wählergruppen ist nicht möglich, da die Fallzahlen für viele Gruppen zu gering sind. Analyseverfahren: Chi²-Unabhängigkeits-Test, Signifikanzniveau: *** p < 0,001; ** p < 0,01; * p < 0,05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ 0,05).

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2024.

Wird die Gruppe der 16–29-Jährigen nach Geschlecht differenziert betrachtet, zeigt sich, dass die Arbeitgeberattraktivität der Bundeswehr bei den Frauen im Jahr 2021 stark zurückging (-11 Prozentpunkte im Vergleich zu 2020) und in den Jahren 2022–2024 weiter gesunken ist (-6 Prozentpunkte; vgl. Abbildung 8.4). Bei den jungen Männern folgte auf einen leichten Anstieg im Jahr 2021 (+6 Prozentpunkte im Vergleich zu 2020) ein gleichbleibendes Niveau im Jahr 2022, seitdem ist ein Rückgang um 10 Prozentpunkte zu verzeichnen. Aktuell sehen 37 Prozent der jungen Männer und 16 Prozent der jungen Frauen die Bundeswehr als einen attraktiven Arbeitgeber für sich selbst.

Die Attraktivität der Bundeswehr als Arbeitgeber ist bei jungen Männern und jungen Frauen seit 2022 rückläufig.

Abbildung 8.4: Attraktivität des Arbeitgebers Bundeswehr für die Befragten selbst – nach Geschlecht, nur 16–29-Jährige, Anteil „attraktiv“



Anmerkungen: Angaben in Prozent. Die Antwortanteile „Sehr attraktiv“ und „Eher attraktiv“ wurden zusammengefasst. Die Frage wurde nur Befragten gestellt, die zum Zeitpunkt der Befragung noch nie in einem Dienstverhältnis mit der Bundeswehr gestanden haben (n = 352).

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2020–2024.

Mit einer zusätzlichen Nachfrage wurden die Befragten (unter 50 Jahren) aufgefordert, Gründe zu benennen, warum die Bundeswehr für sie selbst ein attraktiver oder eben kein attraktiver Arbeitgeber ist. Die Abfrage erfolgte ohne vorgegebene Antwortoptionen, d.h. die Antworten wurden von den Befragten frei formuliert. Mehrfachnennungen waren möglich. Die Antworten wurden mithilfe eines KI-Tools vom Meinungsforschungsinstitut Ipsos ausgelesen und kategorisiert. Die Ergebnisdarstellung beschränkt sich auf Themenbereiche mit mindestens 10 Nennungen.

Viele Befragte, welche die Bundeswehr als einen attraktiven Arbeitgeber für sich selbst betrachten, tun dies, weil sie das Gehalt als „gut“ und eine berufliche Tätigkeit bei der Bundeswehr als einen „sicheren Arbeitsplatz“ empfinden (vgl. Tabelle 8.3). Weitere Gründe sind die Vielfalt der möglichen Tätigkeiten bei der Bundeswehr, Karriere- und Aufstiegschancen sowie Möglichkeiten zur Aus- und Weiterbildung durch einen Dienst bei der Bundeswehr.

Tabelle 8.3: Gründe, warum die Bundeswehr für die Befragten (k)ein attraktiver Arbeitgeber ist

„Warum ist die Bundeswehr für Sie selbst ein attraktiver Arbeitgeber?“		„Warum ist die Bundeswehr für Sie selbst <u>kein</u> attraktiver Arbeitgeber?“	
Nennung	Anzahl	Nennung	Anzahl
Gutes Gehalt	63	Ablehnung von Militär und Krieg	138
Sicherer Arbeitsplatz	37	Ich bin zu alt/es ist zu spät	62
Vielfältige und interessante Tätigkeiten	32	Zufriedenheit mit dem aktuellen Beruf	55
Ausbildung und Weiterbildung	21	Fehlende persönliche Eignung	40
Sozialleistungen	14	Entfernung von Freunden und Familie	39
Deutschland dienen	13	Familiäre Verpflichtungen	37
Karriere- und Aufstiegschancen	12	Ablehnung von Hierarchie und strengen Regeln	34
Zivile Verwendungen	11	Nicht familienfreundlich	25
		Besonders unattraktiv für Frauen	24
		Gehalt zu gering	13

Anmerkungen: Aspekte mit weniger als 10 Nennungen werden nicht dargestellt. Nur Befragte unter 50 Jahren.

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2024.

Ein Großteil der Befragten, der die Bundeswehr als *keinen* attraktiven Arbeitgeber für sich selbst empfindet, gibt die Ablehnung von Militär und Krieg als Grund an. Auch werden von einigen Befragten die strengen Regeln und die hierarchische Organisation der Bundeswehr abgelehnt. Persönliche Gründe, wie die Zufriedenheit mit dem aktuellen Beruf, eine vermutete fehlende persönliche Eignung, ein als zu hoch eingeschätztes eigenes Lebensalter sowie familiäre Verpflichtungen sind weitere Gründe, warum die Bundeswehr einigen Befragten als wenig attraktiver Arbeitgeber erscheint. Die Trennung von Freunden und Familie sowie die als mangelhaft empfundene Vereinbarkeit von Familie und Dienst werden ebenfalls als Gründe genannt.

Mit welchen Faktoren hängt das Interesse am Soldatenberuf und die Arbeitgeberattraktivität der Bundeswehr bei den 16–29-Jährigen zusammen? Wie die Untersuchungsergebnisse in Tabelle 8.4 zeigen, steigt das Interesse am Soldatenberuf und die Arbeitgeberattraktivität der Bundeswehr, je positiver die Vereinbarkeit von Familie und Dienst sowie die Gleichstellung von Männern und Frauen in der Bundeswehr und die gesellschaftliche Einbindung der Bundeswehr bewertet werden. Bei den jungen Männern ist zudem die wahrgenommene „Kriegstauglichkeit“ der Bundeswehr ein Einflussfaktor: Das Interesse am Soldatenberuf und die Arbeitgeberattraktivität steigen, je positiver die Ausrüstung und Bewaffnung der Bundeswehr sowie ihre Fähigkeit zur Landesverteidigung bewertet werden. Die drei Indikatoren für „Kriegsangst“ weisen dagegen keine statistisch signifikanten Zusammenhänge mit dem Interesse am Soldatenberuf und der Arbeitgeberattraktivität der Bundeswehr auf. Einzige Ausnahme: Je mehr sich junge Frauen durch Krieg in Europa *persönlich* bedroht fühlen, desto attraktiver ist für sie die Bundeswehr als Arbeitgeber.

Das Interesse der 16–29-Jährigen am Soldatenberuf hängt auch von der Bewertung „weicher“ Faktoren ab, z.B. der Vereinbarkeit von Dienst und Familie oder der Gleichstellung von Männern und Frauen in der Bundeswehr. Die wahrgenommene „Kriegstauglichkeit“ der Bundeswehr ist vor allem für die Männer wichtig. „Kriegsangst“ spielt dagegen kaum eine Rolle.

Tabelle 8.4: Bivariate Korrelationen zum Interesse am Soldatenberuf und zur Arbeitgeberattraktivität der Bundeswehr bei den 16–29-Jährigen

	Könnte mir vorstellen, Soldat/-in bei der Bw zu werden („ja“)		Arbeitgeberattraktivität Bw für einen selbst („attraktiv“)	
	Männer (16–29 Jahre)	Frauen (16–29 Jahre)	Männer (16–29 Jahre)	Frauen (16–29 Jahre)
Bewertung: Vereinbarkeit von Familie und Dienst bei der Bw	.36***	.32***	.30***	.40***
Bewertung: Gleichstellung von Männern und Frauen in der Bw	.20**	.34***	.15*	.36***
Bewertung: Einbindung der Bw in die Gesellschaft	.27***	.17*	.26***	.23**
Bewertung: Ausrüstung und Bewaffnung der Bw	.29***	.17*	.22**	.04 ^{n.s.}
Bewertung: Fähigkeit der Bw zur Verteidigung Deutschlands	.32***	.16*	.25***	.08 ^{n.s.}
Bedrohung der persönlichen Sicherheit: Krieg in Europa	.01 ^{n.s.}	.12 ^{n.s.}	.01 ^{n.s.}	.28***
Bedrohung der persönlichen Sicherheit: Spannungen zwischen dem Westen und Russland	-.04 ^{n.s.}	.06 ^{n.s.}	-.02 ^{n.s.}	.11 ^{n.s.}
Wahrnehmung Russlands als Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands	.04 ^{n.s.}	-.07 ^{n.s.}	-.07 ^{n.s.}	-.13 ^{n.s.}

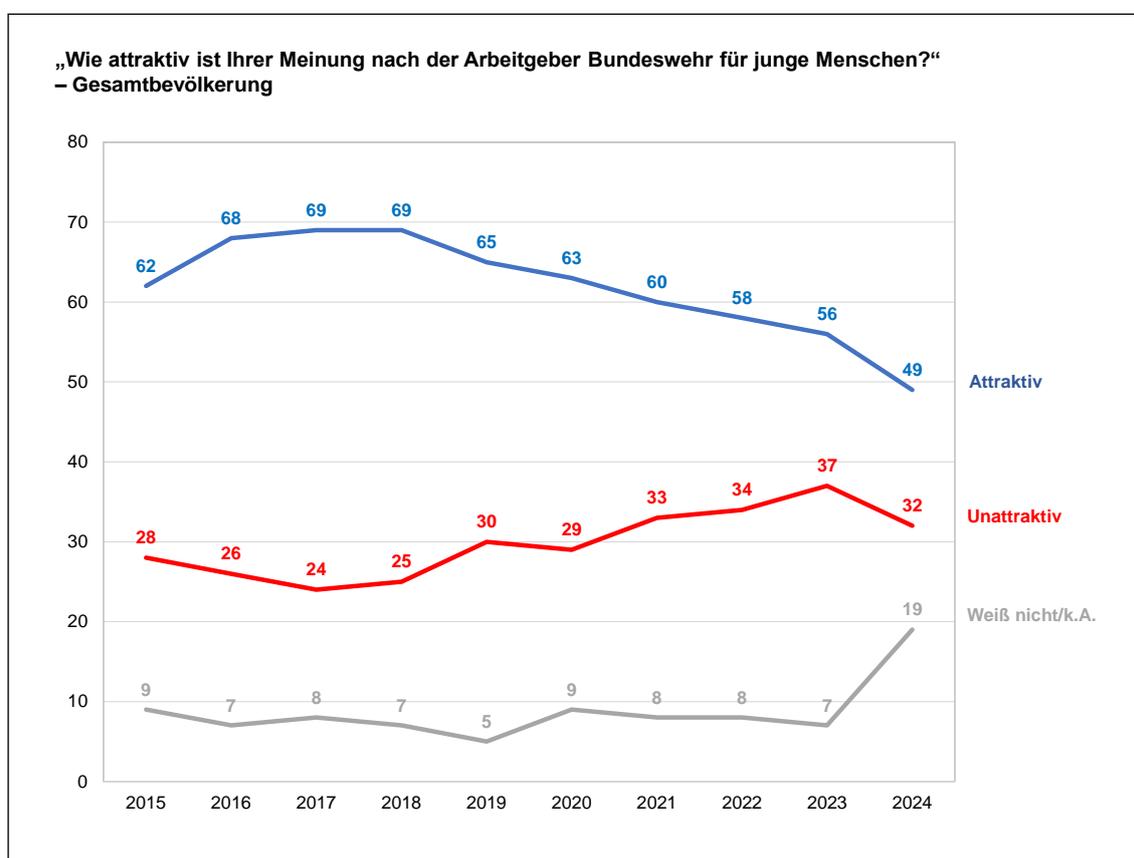
Anmerkungen: Bivariate Korrelationen nach Pearson. Ausgewiesen sind die Korrelationskoeffizienten. Signifikanzniveau: *** $p < 0,001$; ** $p < 0,01$; * $p < 0,05$; n.s. = nicht signifikant ($p \geq 0,05$).

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2024.

Arbeitgeberattraktivität der Bundeswehr in der Gesamtbevölkerung

Seit 2015 werden alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer der ZMSBw-Bevölkerungsbefragung gefragt, wie attraktiv ihrer Meinung nach der Arbeitgeber Bundeswehr für junge Menschen ist. Diese Frage wurde allen Befragten gestellt, also auch Personen, die selbst nicht mehr zur Gruppe der „jungen Menschen“ gehören. Der Grund für die Einbeziehung der älteren Befragten ist, dass diese in ihrer Rolle als Kolleginnen und Kollegen, Familienangehörige oder Erziehungsberechtigte potenzielle Bewerbungsinteressenten beeinflussen könnten. In der einschlägigen Forschungsliteratur zum Themenkomplex Arbeitgeberattraktivität und Personalgewinnung wird dem sozialen Umfeld ebenfalls eine große Bedeutung beigemessen.

Abbildung 8.5: Wahrgenommene Attraktivität der Bundeswehr als Arbeitgeber für junge Menschen 2015–2024



Anmerkungen: Angaben in Prozent. Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100, da die Einzelwerte gerundet wurden. Die Antwortanteile „Sehr attraktiv“ und „Eher attraktiv“ sowie „Überhaupt nicht attraktiv“ und „Eher nicht attraktiv“ wurden jeweils zusammengefasst. Anzahl der Befragten (n = 1.956).

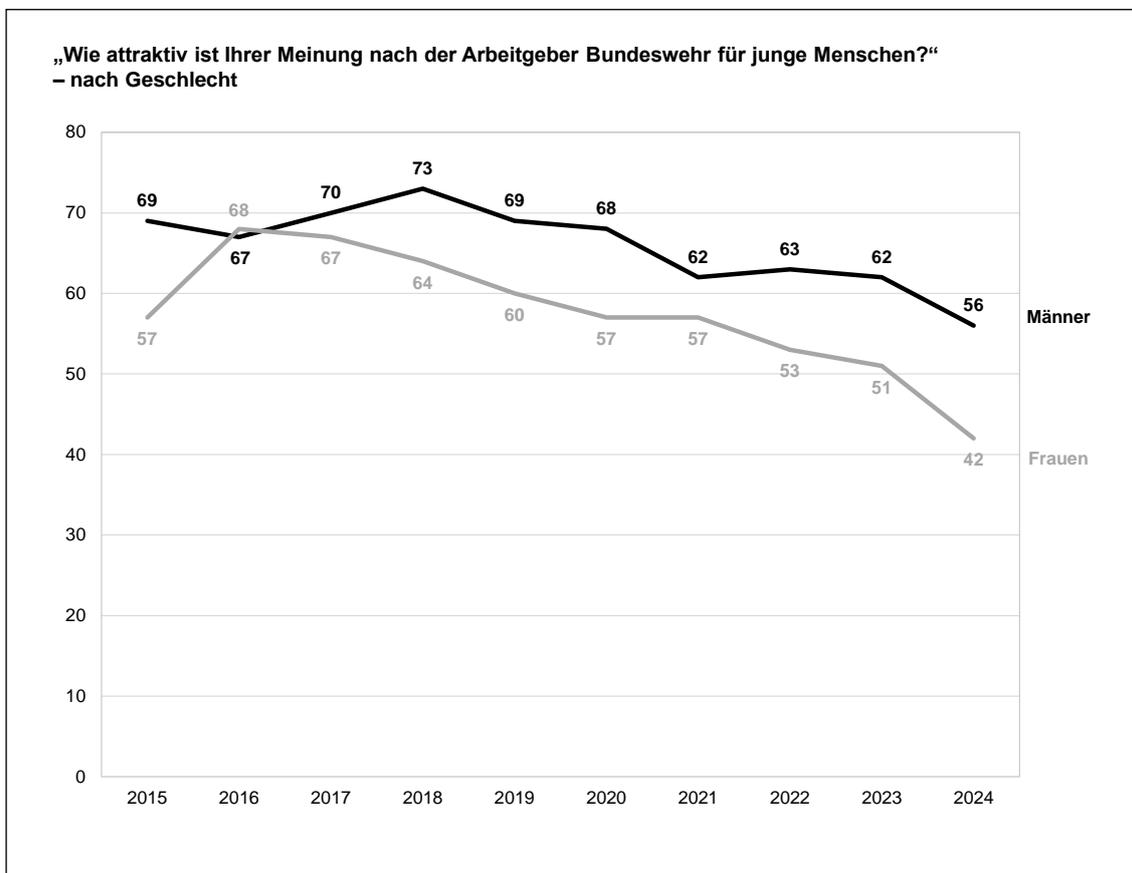
Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2015–2024.

Eine relative Mehrheit der Befragten (49 Prozent; -7 Prozentpunkte im Vergleich zu 2023) ist aktuell der Auffassung, dass die Bundeswehr für junge Menschen ein sehr oder eher attraktiver Arbeitgeber ist, während 32 Prozent gegenteiliger Meinung sind (-5 Prozent-

punkte). Seit 2018 nimmt der Anteil derjenigen, welche die Bundeswehr für einen attraktiven Arbeitgeber für junge Menschen halten, kontinuierlich ab (vgl. Abbildung 8.5). Auffällig ist der aktuell starke Anstieg der verweigten bzw. nicht gegebenen Antworten (+12 Prozentpunkte im Vergleich zu 2023). Diese Beobachtung deckt sich mit dem ebenfalls deutlichen Anstieg der nicht gegebenen Antworten auf die Frage nach der Arbeitgeberattraktivität der Bundeswehr für die Befragten selbst (vgl. Abbildung 8.3).

Im Vergleich zum Vorjahr trauen sich deutlich weniger Befragte zu, die Arbeitgeberattraktivität der Bundeswehr zu bewerten. In diesem Punkt scheint unter den Bürgerinnen und Bürgern die Unsicherheit gewachsen zu sein.

Abbildung 8.6: Wahrgenommene Attraktivität der Bundeswehr als Arbeitgeber für junge Menschen 2015–2024 – nach Geschlecht, Anteil „attraktiv“



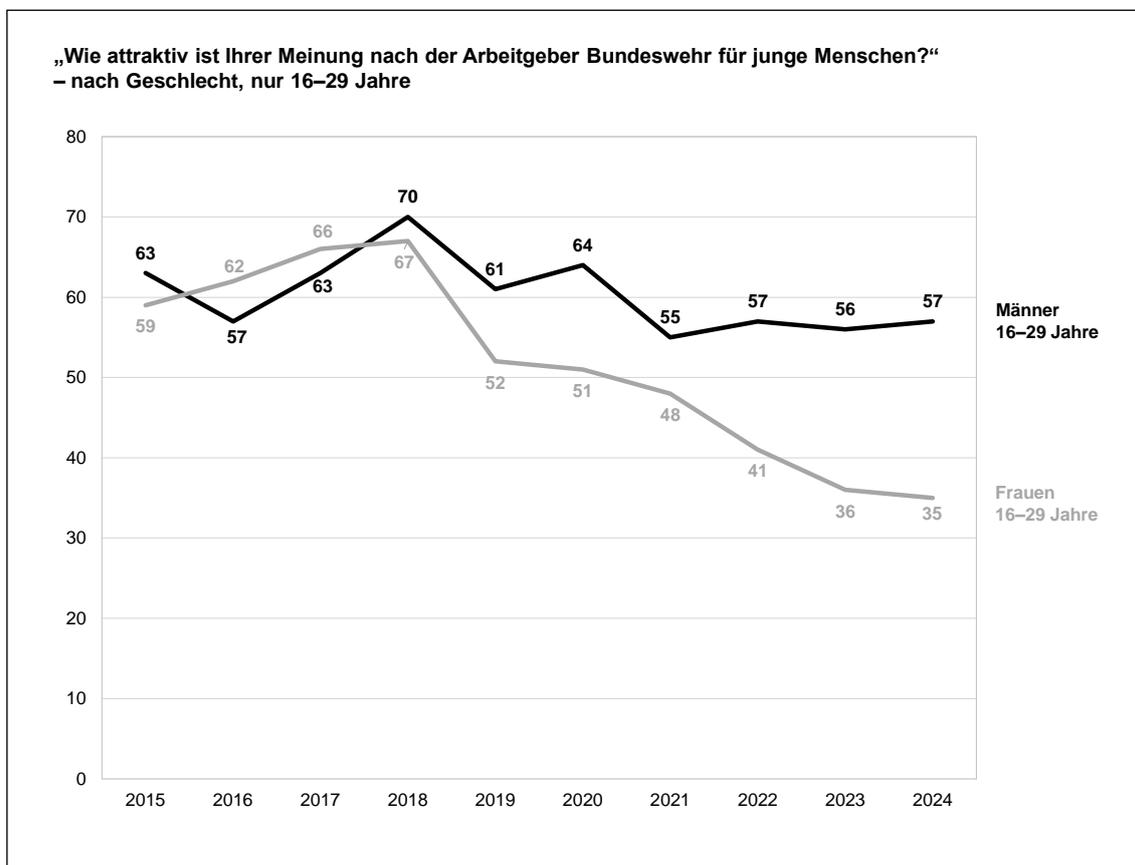
Anmerkungen: Angaben in Prozent. Die Antwortanteile „Sehr attraktiv“ und „Eher attraktiv“ wurden zusammengefasst.
Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2015–2024.

Eine nach Geschlecht getrennte Auswertung der Daten offenbart: Mit Ausnahme des Erhebungsjahres 2016 bewerten Frauen in allen Erhebungsjahren die Attraktivität des Arbeitgebers Bundeswehr für junge Menschen schlechter als Männer (vgl. Abbildung 8.6). Die Arbeitgeberattraktivität der Bundeswehr für Jüngere ist bei den Frauen bereits seit

2016 rückläufig, während dies bei den Männern erst ab 2018 zu beobachten ist. Abschließend ist festzustellen, dass im Vergleich zu den jeweiligen Höchstwerten der Rückgang bei den Frauen (-26 Prozentpunkte von 2016 zu 2024) insgesamt größer ist als bei den Männern (-17 Prozentpunkte von 2018 zu 2024).

Der seit Jahren negative Trend in der allgemeinen Wahrnehmung der Attraktivität der Bundeswehr als Arbeitgeber für junge Menschen setzt sich aktuell fort und beschleunigt sich sogar.

Abbildung 8.7: Wahrgenommene Attraktivität der Bundeswehr als Arbeitgeber für junge Menschen 2015–2024 – nach Geschlecht, nur 16–29-Jährige, Anteil „attraktiv“



Anmerkungen: Angaben in Prozent. Die Antwortanteile „Sehr attraktiv“ und „Eher attraktiv“ wurden zusammengefasst.

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2015–2024.

Besonders stark fällt der Rückgang in der Bewertung der Arbeitgeberattraktivität für Jüngere bei jungen Frauen (16–29 Jahre) aus (vgl. Abbildung 8.7): Während sich die Arbeitgeberattraktivität der Bundeswehr in dieser Gruppe im Zeitraum 2015–2018 kontinuierlich verbesserte, ist von 2018 bis 2024 ein Rückgang um 32 Prozentpunkte zu verzeichnen. Bei den jungen Männern ist in den Jahren 2018–2021 ebenfalls ein deutlicher Rückgang zu beobachten (-15 Prozentpunkte), seit 2021 bleibt die überwiegend positive

Wahrnehmung der Arbeitgeberattraktivität der Bundeswehr in dieser Gruppe jedoch auf einem ähnlichen Niveau (vgl. Abbildung 8.7).

Tabelle 8.5: Wahrgenommene Attraktivität des Arbeitgebers Bundeswehr für junge Menschen – in soziodemografischen Gruppen

„Wie attraktiv ist Ihrer Meinung nach der Arbeitgeber Bundeswehr für junge Menschen?“			
	Attraktiv ¹	Unattraktiv ²	Weiß nicht/ Keine Antwort
Insgesamt	49	32	19
Geschlecht ***			
Männer	56	29	15
Frauen	42	35	23
Alter ***			
16 bis 29 Jahre	46	37	17
30 bis 49 Jahre	50	33	18
50 bis 69 Jahre	50	32	18
70 Jahre und älter	50	26	24
Bildungsniveau ***			
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	52	33	15
Realschulabschluss	51	32	18
Hauptschulabschluss	47	31	23
Haushaltsnettoeinkommen pro Monat ***			
4.001 Euro und mehr	53	33	15
2.001 bis 4.000 Euro	51	35	15
Bis 2.000 Euro	47	29	24
Wahlabsicht Bundestagswahl ***			
CDU/CSU	51	33	16
SPD	56	28	16
AfD	62	28	16
FDP	75	19	7
Die Linke	57	27	17
Bündnis 90/Die Grünen	37	42	21
Bündnis Sarah Wagenknecht	45	40	15
Keine Parteipräferenz, Nichtwähler, w.n./k.A.	39	29	32
Region ***			
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	56	32	12
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	56	25	19
Süddeutschland (BW, BY)	42	31	27
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	48	37	15
Migrationshintergrund *			
Ja	57	24	20
Nein	48	33	19

Anmerkungen: Angaben in Prozent. 1) Anteile „Sehr attraktiv“ und „Eher attraktiv“ zusammengefasst; 2) Anteile „Überhaupt nicht attraktiv“ und „Eher nicht attraktiv“ zusammengefasst. Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100, da die Einzelwerte gerundet wurden. Analyseverfahren: Chi²-Unabhängigkeits-Test, Signifikanzniveau: *** p < 0,001; ** p < 0,01; * p < 0,05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ 0,05).

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2024.

Die Auswertung der wahrgenommenen Attraktivität des Arbeitgebers Bundeswehr in soziodemografischen Gruppen und den Wählergruppen offenbart eine Reihe statistisch signifikanter Unterschiede (vgl. Tabelle 8.5): Männer, Befragte mit Migrationshintergrund, Wählerinnen und Wähler der FDP oder AfD sowie Befragte in Nord- und Ostdeutschland nehmen die Bundeswehr stärker als attraktiven Arbeitgeber für junge Menschen wahr als Befragte in den entsprechenden Vergleichsgruppen. Zudem wird die Arbeitgeberattraktivität mit steigendem Bildungs- und Einkommensniveau zunehmend positiv bewertet. In der jüngsten Altersgruppe (16–29 Jahre) wird die Attraktivität der Bundeswehr als Arbeitgeber für junge Menschen geringfügig kritischer bewertet als in den übrigen Altersgruppen. Am wenigsten positiv schätzen die Arbeitgeberattraktivität Frauen, Wählerinnen und Wähler der Grünen, die Gruppe der Nichtwähler und Befragte in Süddeutschland ein.

Mit einer offenen Nachfrage wurden die Befragten aufgefordert, Gründe zu benennen, warum die Bundeswehr ihrer Meinung nach entweder ein attraktiver oder kein attraktiver Arbeitgeber für junge Menschen ist. Die Antworten wurden von den Befragten frei formuliert. Mehrfachnennungen waren möglich. Die Antworten wurden mithilfe eines KI-Tools vom Meinungsforschungsinstitut Ipsos ausgelesen und kategorisiert. Die Ergebnisdarstellung beschränkt sich auf Themenbereiche mit mindestens 10 Nennungen.

Tabelle 8.6: Gründe, warum die Bundeswehr (k)ein attraktiver Arbeitgeber für junge Menschen ist

„Warum ist die Bundeswehr Ihrer Meinung nach ein attraktiver Arbeitgeber für junge Menschen?“		„Warum ist die Bundeswehr Ihrer Meinung nach <u>kein</u> attraktiver Arbeitgeber für junge Menschen?“	
Nennung	Anzahl	Nennung	Anzahl
Berufliche Ausbildungs- und Entwicklungsmöglichkeiten	460	Gefahr für Leib und Leben	78
Gutes Gehalt	254	Schlechtes Gehalt	70
(Krisen-)Sicherer Arbeitsplatz	232	Entfernte Standorte	54
Interessante und vielfältige Tätigkeiten	56	Auslandseinsätze	51
Dienst für die Gemeinschaft/das Land	56	Strenge Regeln und harter Drill	50
Persönliche Entwicklung und für das Leben lernen	51	Kriegsangst	42
Disziplin und Ordnung	50	Freiheits- und Freizeiteinschränkungen	35
Soziale Absicherung	41	Hierarchische und veraltete Organisationsstrukturen	29
Zusammenhalt und Kameradschaft	36	Schlechte Ausrüstung	29
Studium	30	Mangelnde Vereinbarkeit von Dienst und Familie	23
Arbeitsplatz mit (Zukunfts-)Perspektive	24	Schlechter Ruf	23
Moderne Technik und Ausrüstung	15	Lange Arbeitszeiten	17
Gesellschaftliche Anerkennung und Ansehen	13	Rechtes Gedankengut	16

Anmerkungen: Aspekte mit weniger als 10 Nennungen werden nicht dargestellt.

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2024.

Zu den mit großem Abstand am häufigsten genannten Gründen, warum die Bundeswehr aus Sicht der Befragten ein attraktiver Arbeitgeber für junge Menschen ist, zählen berufliche Ausbildungs- und Entwicklungsmöglichkeiten, gutes Gehalt und ein als sicher empfundener Arbeitsplatz (vgl. Tabelle 8.6). Diese drei Gründe gehörten auch zu den am häufigsten genannten Gründen für die persönliche Arbeitgeberattraktivität der Bundeswehr (vgl. Tabelle 8.3). Aspekte wie der Dienst für die Gemeinschaft, Zusammenhalt und Kameradschaft oder gesellschaftliche Anerkennung werden dagegen deutlich seltener genannt. Im Vergleich zu den „positiven“ Gründen nannten die Befragten deutlich weniger Gründe, warum die Bundeswehr aus ihrer Sicht kein attraktiver Arbeitgeber für junge Menschen ist. Zu den am häufigsten genannten „negativen“ Gründen zählen die Gefahr für Leib und Leben, ein als schlecht bzw. zu gering empfundenes Gehalt, abgelegene bzw. weit entfernte Standorte, Auslandseinsätze, strenge Regeln und harter Drill sowie Kriegsangst.

9 Aufgaben und Einsätze der Bundeswehr

Die Bundeswehr hat ein breites Aufgabenspektrum, das im Weißbuch der Bundesregierung definiert wird. Die Bürgerinnen und Bürger wurden demgemäß gefragt, welche Aufgaben die Bundeswehr aus ihrer Sicht übernehmen sollte (vgl. Abbildung 9.1).

Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger befürwortet den Einsatz der Bundeswehr im kompletten Aufgabenspektrum.

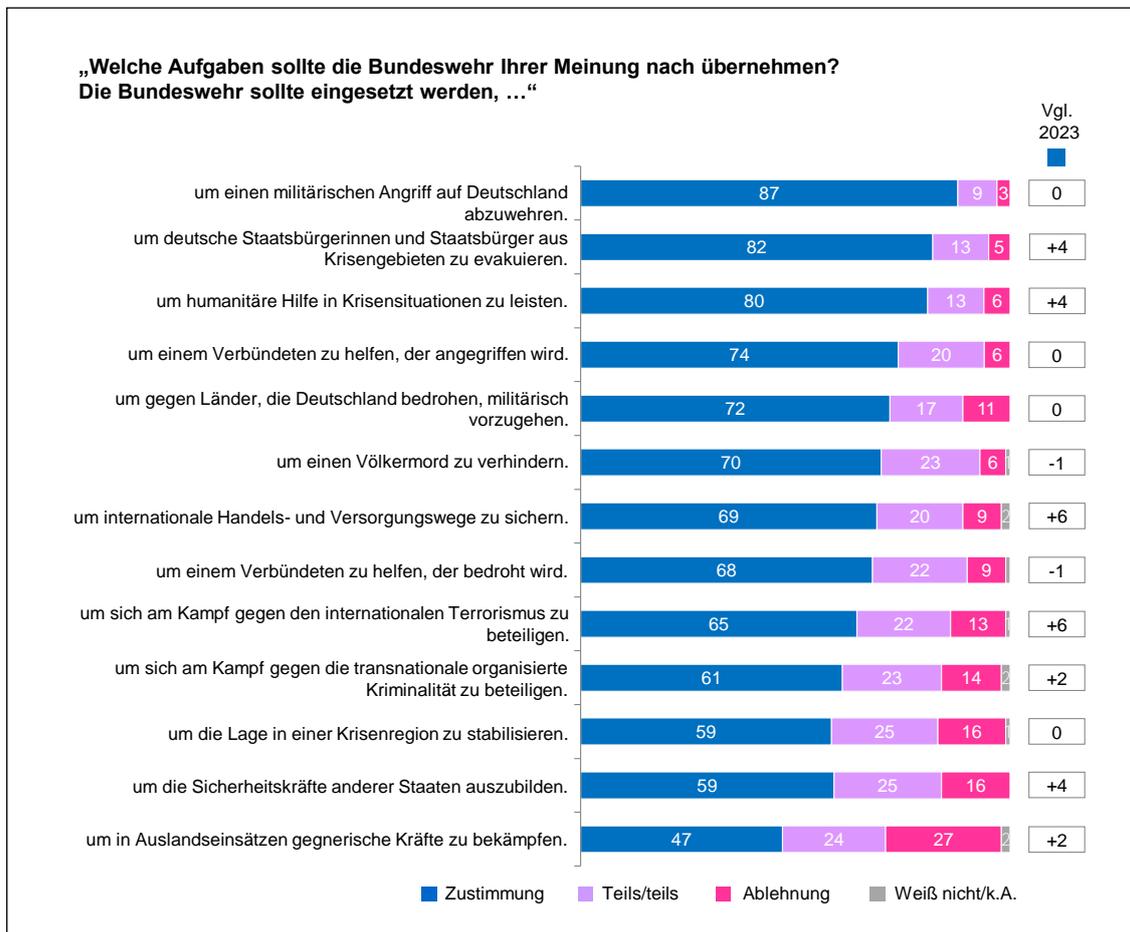
Den größten Zuspruch der Bürgerinnen und Bürger erfahren die Abwehr eines militärischen Angriffs auf Deutschland (87 Prozent; keine Veränderung im Vergleich zu 2023) und die Evakuierung von deutschen Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern aus Krisengebieten (82 Prozent; +4 Prozentpunkte). Ein militärisches Vorgehen gegen Länder, die Deutschland bedrohen, wird ebenfalls von einer klaren Mehrheit unterstützt (72 Prozent; keine Veränderung). Humanitäre Nothilfe in Krisensituationen (80 Prozent; +4 Prozentpunkte), die Verhinderung eines Völkermords (70 Prozent; -1 Prozentpunkt), die Sicherung internationaler Handels- und Versorgungswege (69 Prozent; +6 Prozentpunkte) sowie der militärische Beistand für Verbündete, die angegriffen (74 Prozent; keine Veränderung) oder bedroht (68 Prozent; -1 Prozentpunkt) werden, stoßen ebenfalls auf die Zustimmung einer großen Mehrheit. Weitere Aufgaben im Rahmen des internationalen Krisenmanagements, wie die Beteiligung am Kampf gegen den internationalen Terrorismus (65 Prozent; +6 Prozentpunkte) und die transnationale organisierte Kriminalität (61 Prozent; +2 Prozentpunkte), liegen im mittleren Feld der Zustimmungswerte. Etwas weniger Zuspruch erfahren die Stabilisierung der Lage in Krisenregionen im Ausland (59 Prozent; keine Veränderung), die Ausbildung ausländischer Sicherheitskräfte (59 Prozent; +4 Prozentpunkte) und die Bekämpfung gegnerischer Kräfte bei Auslandseinsätzen (47 Prozent; +2 Prozentpunkte).

Die Landes- und Bündnisverteidigung als Aufgabe der Bundeswehr erfährt in der Bevölkerung mehr Unterstützung als das internationale Krisenmanagement.

Im Vergleich zum Vorjahr ist der öffentliche Zuspruch zu fast allen Aufgaben der Bundeswehr gleich geblieben oder leicht gestiegen. In der Gesamtschau fällt auf, dass der Kernauftrag der Bundeswehr, die Landes- und Bündnisverteidigung (LV/BV), mehr Unterstützung erfährt als Aufgaben im Rahmen des internationalen Krisenmanagements. Dieser grundsätzlichen Präferenz entsprechend werden auch die konkreten LV/BV-Missionen

der Bundeswehr deutlich positiver bewertet als die Auslandseinsätze im Rahmen des internationalen Krisenmanagements (vgl. Abbildung 9.2).

Abbildung 9.1: Einstellungen zu den Aufgaben der Bundeswehr



Anmerkungen: Angaben in Prozent. Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100, da die Einzelwerte gerundet wurden. Die Antwortanteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ sowie „Lehne völlig ab“ und „Lehne eher ab“ wurden jeweils zusammengefasst. Die Frage wurde nur der Hälfte der Befragten gestellt (n = 996).

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2023 und 2024.

Einstellungen und Kenntnisstand zu den Einsätzen der Bundeswehr im Ausland

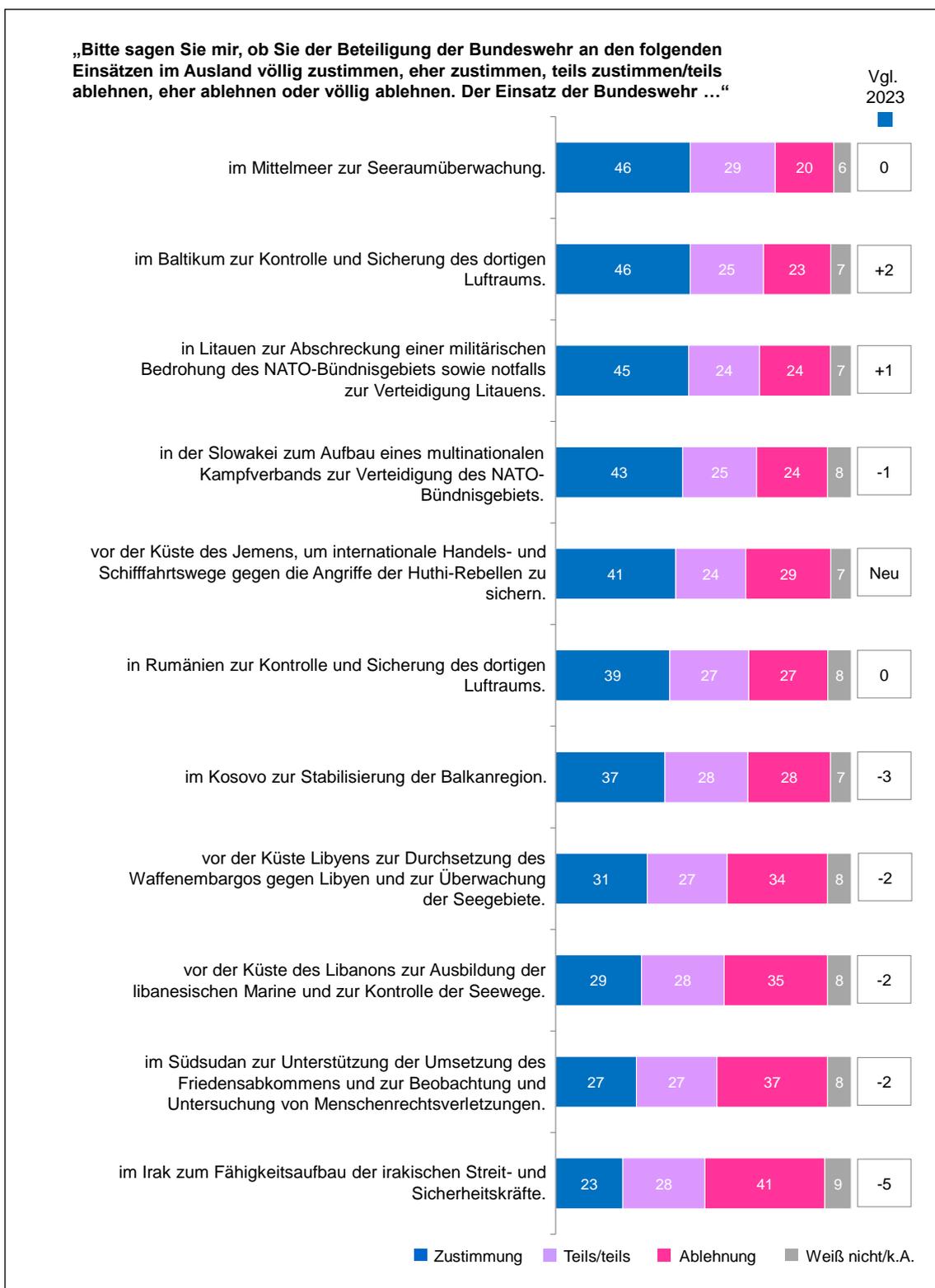
Grundsätzlich lassen sich die Einsätze der Bundeswehr im Ausland zwei Kategorien zuzuordnen: Die Auslandseinsätze im Rahmen des internationalen Krisenmanagements (IKM) bedürfen der Zustimmung des Deutschen Bundestags (z.B. Schutz der Seewege vor Angriffen der Huthi-Rebellen im Jemen). Für die Beteiligung der Bundeswehr an Missionen zur Landes- und Bündnisverteidigung in anderen NATO-Staaten (sogenannte anerkannte Missionen) ist dagegen kein Mandat des Bundestags erforderlich (z.B. Sicherung des Luftraums im Baltikum). Im Vergleich zum Vorjahr hat sich das Meinungsbild über die Einsätze der Bundeswehr im Ausland insgesamt nur geringfügig verändert.

Die *Beteiligung der Bundeswehr an den Missionen zur Landes- und Bündnisverteidigung* erfährt in der Bevölkerung im Durchschnitt mehr Zustimmung als die Auslandseinsätze im Rahmen des internationalen Krisenmanagements (vgl. Abbildung 9.2). Im Vergleich zum Vorjahr ist die Zustimmung zu den Missionen zur Bündnisverteidigung an der NATO-Ostflanke insgesamt leicht gestiegen (Ausnahme: Slowakei) und hält sich damit deutlich über dem Niveau vor dem Angriff Russlands auf die Ukraine im Februar 2022 (vgl. Abschnitt 5, Abbildung 5.2). Die *Auslandseinsätze der Bundeswehr im Rahmen des internationalen Krisenmanagements* werden insgesamt eher kritisch bewertet – wie bereits in den Vorjahren. Ausnahmen sind dabei die Seeraumüberwachung im Mittelmeer (Operation Sea Guardian: 46 Prozent Zustimmung; keine Veränderung im Vergleich zu 2023) und der Einsatz vor der Küste des Jemens zur Sicherung internationaler See- und Handelswege gegen Angriffe der Huthi-Rebellen (41 Prozent; neu abgefragt). Die vergleichsweise große Zustimmung zum Einsatz gegen die Huthi-Rebellen könnte auch erklären, warum der öffentliche Zuspruch zur Sicherung internationaler Handels- und Versorgungswege als Aufgabe der Bundeswehr im Vergleich zum Vorjahr deutlich größer ausfällt (vgl. Abbildung 9.1). Die übrigen Einsätze des internationalen Krisenmanagements stoßen dagegen entweder auf ein geteiltes Stimmungsbild in der Bevölkerung (Kosovo, Libyen und Libanon) oder werden sogar überwiegend abgelehnt (Südsudan und Irak).

Die Bundeswehrein-sätze im Ausland, die einen klaren Bezug zu Europa erkennen lassen, werden überwiegend positiv bewertet, während die Einsätze, die außerhalb Europas stattfinden, auf ein ambivalentes oder überwiegend ablehnendes Meinungsbild stoßen – unabhängig davon, ob es sich um Einsätze im Rahmen der Landes- und Bündnisverteidigung oder des internationalen Krisenmanagements handelt.

Der Wissensstand in der deutschen Bevölkerung über die konkreten Einsätze der Bundeswehr im Ausland bleibt auch im Jahr 2024 im Durchschnitt eher gering und ist im Vergleich zum Vorjahr sogar noch gesunken, teilweise recht deutlich (vgl. Abbildung 9.3).

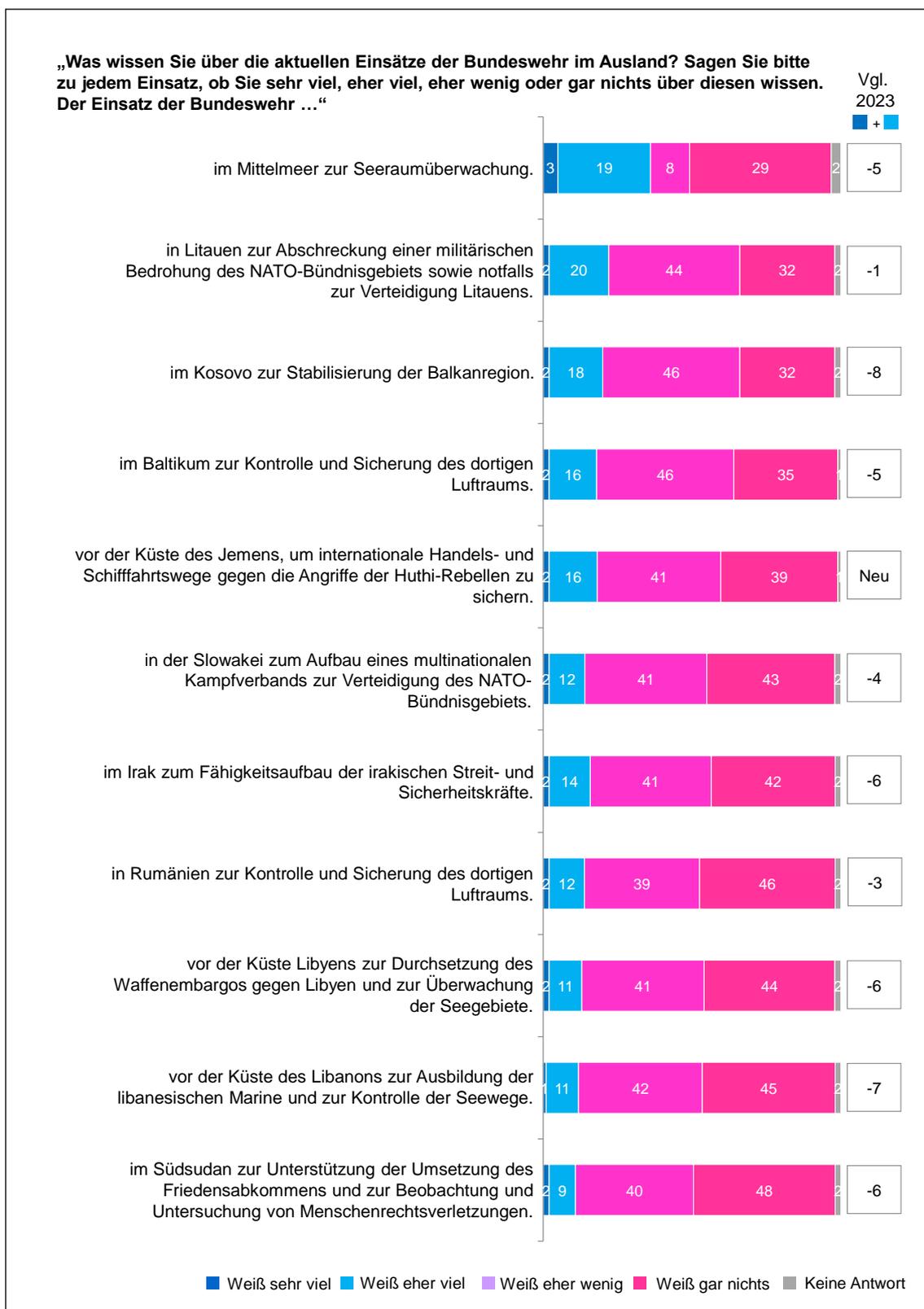
Abbildung 9.2: Einstellungen zu den Einsätzen der Bundeswehr im Ausland



Anmerkungen: Angaben in Prozent. Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100, da die Einzelwerte gerundet wurden. Die Antwortanteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ sowie „Lehne völlig ab“ und „Lehne eher ab“ wurden jeweils zusammengefasst.

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2023 und 2024.

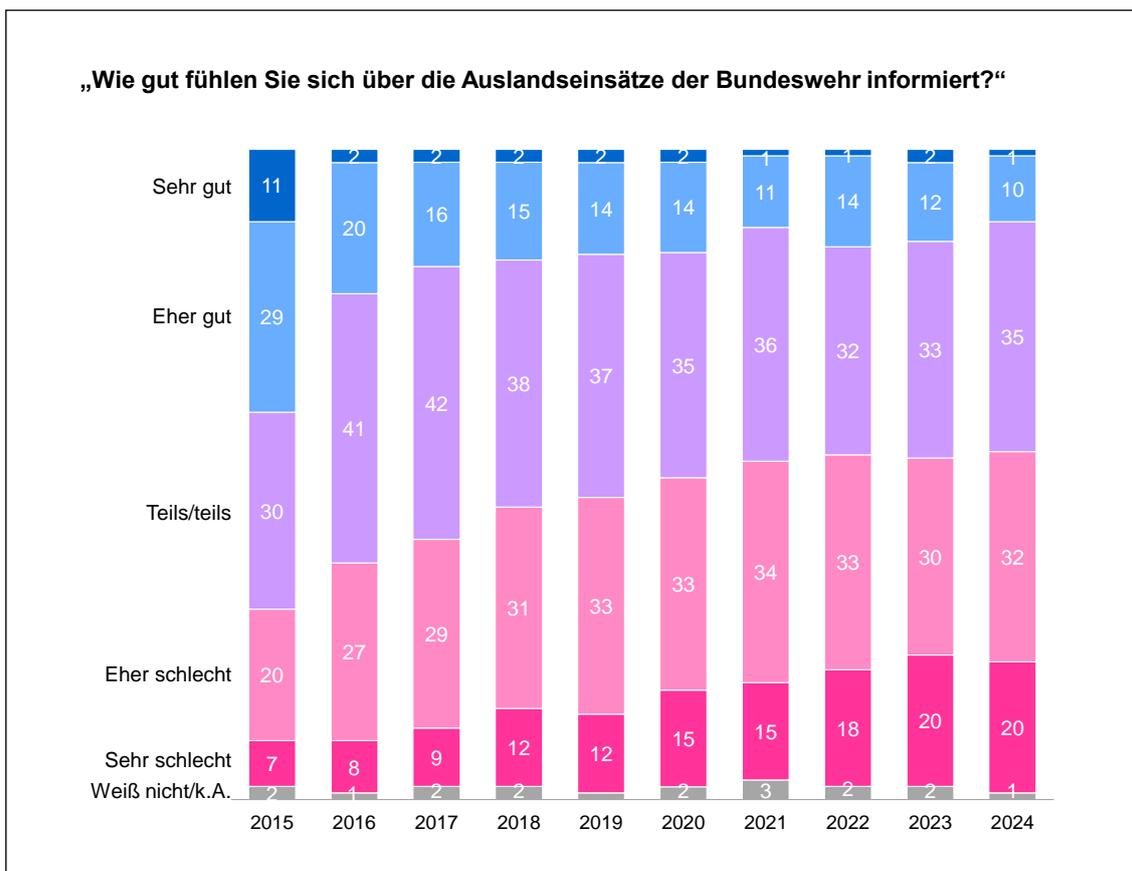
Abbildung 9.3: Kenntnisstand zu den Einsätzen der Bundeswehr im Ausland



Anmerkungen: Angaben in Prozent. Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100, da die Einzelwerte gerundet wurden.

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2023 und 2024.

Abbildung 9.4: Informiertheit über die Einsätze der Bundeswehr im Ausland 2015–2024



Anmerkungen: Angaben in Prozent. Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100, da die Einzelwerte gerundet wurden.

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2015–2024.

Die Missionen der Landes- und Bündnisverteidigung sind durchschnittlich nicht viel bekannter als die Auslandseinsätze des internationalen Krisenmanagements. Die Hälfte der Bürgerinnen und Bürger fühlt sich zudem schlecht über die Auslandseinsätze der Bundeswehr informiert.

Beim gefühlten Grad der Informiertheit ist keine Trendwende in der negativen Entwicklung der vergangenen Jahre erkennbar: Der Anteil derjenigen, die sich sehr schlecht oder eher schlecht informiert fühlen, ist von 27 Prozent im Jahr 2015 kontinuierlich auf 52 Prozent im Jahr 2024 gestiegen, während im gleichen Zeitraum der Anteil derjenigen, die sich gut informiert fühlen, von 40 Prozent auf aktuell 11 Prozent gesunken ist (vgl. Abbildung 9.4).

Wissen über die Auslandseinsätze der Bundeswehr schafft Zustimmung, während Nichtwissen zu Vorbehalten führt.

Der in der Bevölkerung geringe Wissensstand über die Einsätze der Bundeswehr im Ausland und der große Anteil Befragter, die sich grundsätzlich schlecht über die Auslandseinsätze informiert fühlen, ist auch deshalb bedenklich, weil die Zustimmung zu diesen Einsätzen stark vom Wissen über sie abhängt. Tabelle 9.1 dokumentiert diese Zusammenhänge.

Tabelle 9.1: Einstellungen zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr in Abhängigkeit vom Kenntnisstand

„Bitte sagen Sie mir, ob Sie der Beteiligung der Bundeswehr an den folgenden Einsätzen im Ausland völlig zustimmen, eher zustimmen, teils zustimmen/teils ablehnen, eher ablehnen oder völlig ablehnen. Der Einsatz der Bundeswehr ...“				
	Stimme zu ¹	Teils/teils	Lehne ab ²	Weiß nicht/k.A.
Litauen (enhanced Forward Presence) ***				
Wissen vorhanden ³	69	18	13	0
Wissen nicht vorhanden ⁴	39	26	27	8
Baltikum (Air Policing Baltikum) ***				
Wissen vorhanden	70	21	9	0
Wissen nicht vorhanden	41	26	27	7
Slowakei (enhanced Vigilance Activities) ***				
Wissen vorhanden	60	27	13	0
Wissen nicht vorhanden	40	26	26	8
Rumänien (enhanced Air Policing South) ***				
Wissen vorhanden	61	19	20	0
Wissen nicht vorhanden	35	28	29	8
Mittelmeer (Operation Sea Guardian) ***				
Wissen vorhanden	71	20	8	1
Wissen nicht vorhanden	40	31	23	6
Kosovo (KFOR) ***				
Wissen vorhanden	58	25	18	0
Wissen nicht vorhanden	33	29	31	8
Libanon (UNIFIL) ***				
Wissen vorhanden	52	27	21	0
Wissen nicht vorhanden	26	29	40	8
Libyen (EUNAVFOR Med Irini) ***				
Wissen vorhanden	53	28	20	0
Wissen nicht vorhanden	28	27	37	8
Südsudan (UNMISS) ***				
Wissen vorhanden	48	32	20	0
Wissen nicht vorhanden	25	27	40	8
Irak (Capacity Building Irak) ***				
Wissen vorhanden	49	32	19	0
Wissen nicht vorhanden	18	27	46	9
Jemen (EUNAVFOR Aspides) ***				
Wissen vorhanden	68	19	13	0
Wissen nicht vorhanden	35	25	33	7

Anmerkungen: Angaben in Prozent. 1) Antwortanteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ zusammengefasst; 2) Antwortanteile „Lehne völlig ab“ und „Lehne eher ab“ zusammengefasst; 3) Antwortanteile „Weiß sehr viel“ und „Weiß eher viel“ zusammengefasst; 4) Antwortanteile „Weiß eher wenig“ und „Weiß gar nichts“ zusammengefasst. Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100, da die Einzelwerte gerundet wurden. Analyseverfahren: Chi²-Unabhängigkeits-Test, Signifikanzniveau: *** p < 0,001; ** p < 0,01; * p < 0,05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ 0,05).

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2024.

Abschließend soll berichtet werden, ob zwischen den soziodemografischen Gruppen und den Wählergruppen in der deutschen Bevölkerung Unterschiede in der Einstellung und im Kenntnisstand zu den Einsätzen der Bundeswehr im Ausland bestehen. Zur besseren Vergleichbarkeit wurden die Einstellungen und der Kenntnisstand zu den sieben Einsätzen im Bereich des internationalen Krisenmanagements (IKM) und zu den vier Missionen der Landes- und Bündnisverteidigung (LV/BV) jeweils in Indexvariablen zusammengefasst. Die Indexvariablen haben einen Wertebereich von 0 (völlige Ablehnung bzw. niedriger Kenntnisstand) bis 1 (völlige Zustimmung bzw. hoher Kenntnisstand). Ein Mittelwert von 0,5 repräsentiert eine ambivalente Einstellung bzw. einen mittleren Kenntnisstand.

Obleich zwischen den untersuchten Gruppen statistisch signifikante Unterschiede bestehen, unterscheiden sich die Mittelwerte der Gruppen nicht substantiell. Mit einigen wenigen Ausnahmen ist die Einstellung zu den LV/BV-Missionen in allen Gruppen im Durchschnitt eher positiv, während die IKM-Einsätze auf ein geteiltes Echo stoßen. Einzig die Wählerinnen und Wähler der AfD, der Linken, der Grünen oder des BSW haben eine im Durchschnitt ambivalente Einstellung zu den LV/BV-Missionen. Der Kenntnisstand zu den LV/BV- und den IKM-Einsätzen ist in allen Gruppen ähnlich gering. Folgende statistisch signifikante Unterschiede sind dennoch bemerkenswert: Frauen haben zu beiden Einsatzarten eine kritischere Haltung und sind – nach eigenen Angaben – über diese weniger informiert als Männer. Während sich die Einstellung zu den IKM-Einsätzen zwischen den Altersgruppen nicht unterscheidet, offenbart der Gruppenvergleich, dass die Einstellung zu den Missionen zur Landes- und Bündnisverteidigung sowie der Kenntnisstand zu beiden Einsatzarten mit dem Alter der Befragten positiver wird bzw. zunimmt. Zwischen den Bildungs- und Einkommensgruppen bestehen keine größeren Unterschiede in der Einstellung zu den Einsätzen, jedoch wächst die Kenntnis über beide Einsatzarten mit steigendem Haushaltseinkommen und höherer Bildung.

Der Vergleich der Regionen offenbart: Befragte in Ostdeutschland haben die im Durchschnitt kritischste Haltung zu den Einsätzen der Bundeswehr im Ausland und das geringste Wissen darüber.

Darüber hinaus zeigt sich, dass die Einstellung zu den Missionen im Bereich der Landes- und Bündnisverteidigung bei Befragten mit Migrationshintergrund im Durchschnitt positiver ist als bei Befragten ohne Migrationshintergrund. Dafür ist bei Letzteren der Kenntnisstand zu den IKM-Einsätzen etwas größer. Mit Blick auf die Wählergruppen fällt auf: Wählerinnen und Wähler der AfD, der Linken, der Grünen oder des BSW haben die kritischste Haltung zu beiden Einsatzarten und im Vergleich mit den anderen Wählergruppen einen im Durchschnitt niedrigeren Kenntnisstand. Auch unter den Nichtwählern ist das Wissen über die Auslandseinsätze der Bundeswehr sehr schwach ausgeprägt.

Tabelle 9.2: Einstellung und Kenntnisstand zu den Einsätzen der Bundeswehr im Ausland in soziodemografischen Gruppen

	Einstellung		Kenntnisstand	
	LV/BV	IKM	LV/BV	IKM
Insgesamt	0,57	0,49	0,27	0,26
Geschlecht	***	***	***	***
Männer	0,61	0,53	0,32	0,32
Frauen	0,54	0,46	0,21	0,20
Alter	*	n.s.	***	***
16 bis 29 Jahre	0,53	0,47	0,21	0,22
30 bis 49 Jahre	0,57	0,50	0,29	0,28
50 bis 69 Jahre	0,58	0,51	0,27	0,26
70 Jahre und älter	0,60	0,50	0,27	0,27
Bildungsniveau	n.s.	*	***	***
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	0,58	0,51	0,29	0,29
Realschulabschluss	0,57	0,51	0,27	0,26
Hauptschulabschluss	0,57	0,47	0,24	0,23
Haushaltsnettoeinkommen pro Monat	n.s.	n.s.	***	***
4.001 Euro und mehr	0,58	0,51	0,30	0,29
2.001 bis 4.000 Euro	0,57	0,50	0,27	0,27
Bis 2.000 Euro	0,57	0,49	0,23	0,23
Wahlabsicht Bundestagswahl	***	***	***	***
CDU/CSU	0,65	0,55	0,29	0,28
SPD	0,62	0,56	0,33	0,33
AfD	0,50	0,45	0,30	0,31
FDP	0,66	0,55	0,35	0,34
Die Linke	0,47	0,47	0,20	0,22
Bündnis 90/Die Grünen	0,50	0,47	0,24	0,24
Bündnis Sarah Wagenknecht	0,45	0,41	0,21	0,23
Keine Parteipräferenz, Nichtwähler, w.n./k.A.	0,59	0,45	0,20	0,18
Region	**	**	***	***
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	0,57	0,51	0,31	0,40
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	0,54	0,45	0,23	0,23
Süddeutschland (BW, BY)	0,61	0,50	0,24	0,23
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	0,57	0,51	0,29	0,28
Migrationshintergrund	***	n.s.	n.s.	**
Ja	0,66	0,50	0,27	0,22
Nein	0,56	0,50	0,26	0,26

Anmerkungen: Ausgewiesen sind die Mittelwerte. Alle Variablen haben einen Wertebereich von [0 – völlige Ablehnung/niedriger Kenntnisstand; 1 – völlige Zustimmung/hoher Kenntnisstand]. Analyseverfahren: Varianzanalysen, Signifikanzniveau: *** $p < 0,001$; ** $p < 0,01$; * $p < 0,05$; n.s. = nicht signifikant ($p \geq 0,05$). Der Signifikanztest für die Varianzanalyse gibt an, ob sich der Mittelwert mindestens einer Gruppe von dem Mittelwert mindestens einer anderen Gruppe unterscheidet. Die vier abhängigen Variablen weisen alle eine sehr gute Skalenreliabilität auf (Cronbachs alpha: 0,90 [Einstellung LV/BV]; 0,88 [Einstellung IKM]; 0,83 [Kenntnisstand LV/BV]; 0,88 [Kenntnisstand IKM]).

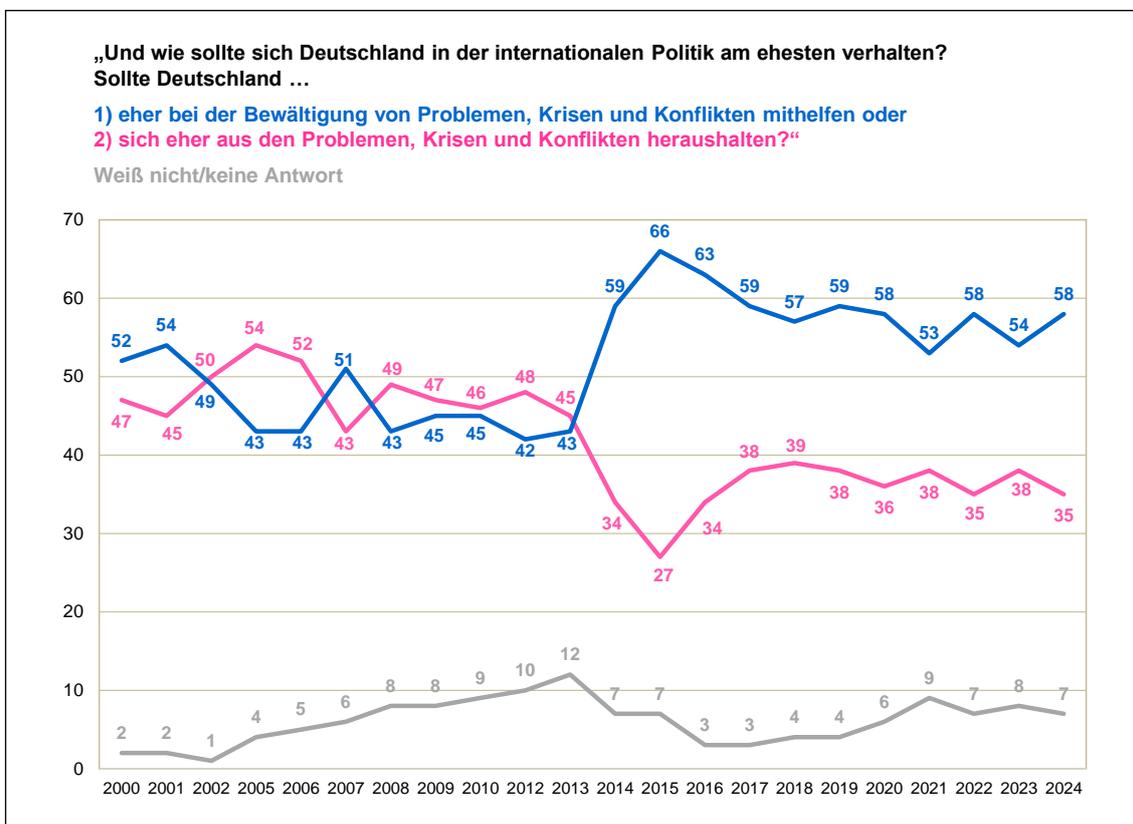
Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2024.

10 Außenpolitische Einstellungen

Einstellung zum außenpolitischen Engagement Deutschlands

Seit 2014 plädiert eine absolute Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger für eine aktive deutsche Außenpolitik. Aktuell sprechen sich 58 Prozent (+4 Prozentpunkte im Vergleich zu 2023) dafür aus, dass Deutschland bei der Bewältigung von Problemen, Krisen und Konflikten mithelfen sollte, während 35 Prozent (-3 Prozentpunkte) eine gegenteilige Meinung haben (vgl. Abbildung 10.1).

Abbildung 10.1: Einstellung zum außenpolitischen Engagement Deutschlands 2000–2024



Anmerkungen: Angaben in Prozent. Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100, da die Einzelwerte gerundet wurden. Bis 2013 lautete die Formulierung der Antwortoptionen wie folgt: „1) eher eine aktive Politik verfolgen und bei der Bewältigung von Problemen, Krisen und Konflikten mithelfen oder 2) sich eher auf die Bewältigung der eigenen Probleme konzentrieren und sich aus Problemen, Krisen und Konflikten anderer möglichst heraushalten?“. 2014 wurde die Formulierung der Antwortoptionen geändert: „1) eher eine aktive Politik verfolgen und bei der Bewältigung von Problemen, Krisen und Konflikten mithelfen oder 2) eher eine passive Politik verfolgen und sich aus Problemen, Krisen und Konflikten anderer möglichst heraushalten?“. 2015 wurden beide Varianten der Frageformulierungen abgefragt. Ein Vergleich dieser Daten zeigte, dass sich die Antwortverteilung zwischen alter und neuer Formulierung nicht signifikant unterscheidet. 2019 wurden erneut zwei Formulierungen verwendet: Die Frageformulierung der Antwortoption 2) wurde der einen Hälfte der Befragten mit dem Zusatz „... Konflikten anderer“ gestellt und der anderen Hälfte der Befragten ohne den Zusatz „anderer“ (Split-Half). Die Antwortverteilung unterschied sich zwischen den Formulierungen nicht statistisch signifikant. Die Frage wurde 2003, 2004 und 2011 nicht erhoben.

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2000–2002, 2005–2010, 2012–2024.

Tabelle 10.1: Einstellung zum außenpolitischen Engagement Deutschlands in soziodemografischen Gruppen

„Und wie sollte sich Deutschland in der internationalen Politik am ehesten verhalten? Sollte Deutschland ... 1) eher bei der Bewältigung von Problemen, Krisen und Konflikten mithelfen [Aktiv] oder 2) sich eher aus Problemen, Krisen und Konflikten heraushalten [Passiv] ?“			
	Aktiv	Passiv	Weiß nicht/k.A.
Insgesamt	58	35	7
Geschlecht ***			
Männer	65	31	5
Frauen	52	39	9
Alter **			
16 bis 29 Jahre	57	32	12
30 bis 49 Jahre	60	36	5
50 bis 69 Jahre	56	37	7
70 Jahre und älter	61	33	6
Bildungsniveau ***			
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	66	28	6
Realschulabschluss	52	43	6
Hauptschulabschluss	57	35	7
Haushaltsnettoeinkommen pro Monat **			
4.001 Euro und mehr	63	31	7
2.001 bis 4.000 Euro	58	35	6
Bis 2.000 Euro	55	40	6
Wahlabsicht Bundestagswahl ***			
CDU/CSU	68	27	5
SPD	68	29	4
AfD	42	56	2
FDP	80	18	2
Die Linke	76	21	3
Bündnis 90/Die Grünen	67	28	6
Bündnis Sarah Wagenknecht	42	48	11
Keine Parteipräferenz, Nichtwähler, w.n./k.A.	43	40	17
Region ***			
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	61	34	4
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	53	45	2
Süddeutschland (BW, BY)	53	35	12
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	64	30	7
Migrationshintergrund n.s.			
Ja	63	31	6
Nein	57	36	7

Anmerkungen: Angaben in Prozent. Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden. Analyseverfahren: Chi²-Unabhängigkeits-Test, Signifikanzniveau: *** p < 0,001; ** p < 0,01; * p < 0,05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ 0,05).

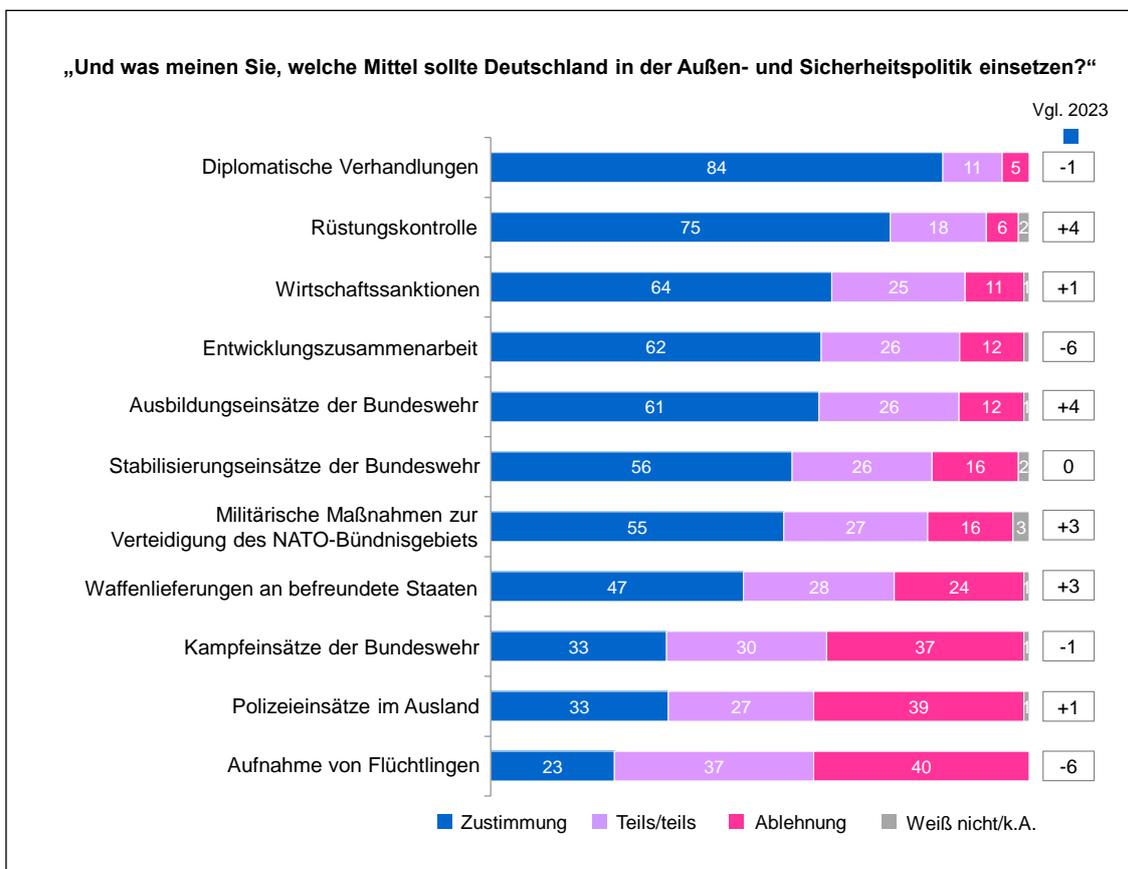
Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2024.

In der Einstellung zu Deutschlands außenpolitischem Engagement bestehen zwischen den soziodemografischen Gruppen und den Wählergruppen in der deutschen Bevölkerung eine Vielzahl statistisch signifikanter Unterschiede (vgl. Tabelle 10.1). Mit wenigen Ausnahmen spricht sich aber in allen untersuchten Gruppen eine Mehrheit für eine aktive Außenpolitik aus. Einzig die Wählerschaft der AfD und des BSW und die Gruppe der Nichtwähler plädieren nicht mehrheitlich für eine aktive deutsche Außenpolitik. Zwischen den Altersgruppen bestehen zwar statistisch signifikante Unterschiede, aber diese folgen keinem bestimmten Muster. Auffällig ist der hohe Anteil an nicht gegebenen Antworten (12 Prozent) in der jüngsten Altersgruppe (16–29 Jahre), der eine vergleichsweise große Unentschlossenheit andeutet. Befragte mit dem höchsten formalen Bildungsniveau (mindestens Hochschul- bzw. Fachhochschulreife) befürworten ein aktives deutsches Engagement in der internationalen Politik deutlich stärker als Befragte mit geringerem Bildungsniveau. Die Zustimmung zu einer aktiven deutschen Außenpolitik steigt zudem mit dem Haushaltseinkommen der Befragten. Der Vergleich zwischen den Regionen offenbart eklatante Unterschiede: Befragte in West- und Norddeutschland sprechen sich sehr viel stärker für eine aktive deutsche Außenpolitik aus als die Befragten in Ost- und Süddeutschland. Während in Ostdeutschland der Anteil derjenigen vergleichsweise groß ist, die eine isolationistische Außenpolitik befürworten, fällt in Süddeutschland der große Anteil an Befragten auf, die keine Antwort geben wollten oder konnten.

Mittel der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik

Die Mehrheit der deutschen Bevölkerung befürwortet den Einsatz von zivilen und militärischen Mitteln in der Außen- und Sicherheitspolitik, wobei eine relative Präferenz für den Einsatz ziviler Mittel besteht. Wie in den Vorjahren erhalten diplomatische Verhandlungen (84 Prozent; -1 Prozentpunkt im Vergleich zu 2023), Rüstungskontrolle (75 Prozent; +4 Prozentpunkte), Wirtschaftssanktionen (64 Prozent; +1 Prozentpunkt) und Entwicklungszusammenarbeit (62 Prozent; -6 Prozentpunkte) die höchsten Zustimmungswerte. Ebenfalls unterstützt eine absolute Mehrheit eine Reihe militärischer Mittel: Ausbildungseinsätze der Bundeswehr (61 Prozent; +4 Prozentpunkte), Stabilisierungseinsätze der Bundeswehr (56 Prozent; keine Veränderung) und militärische Maßnahmen zur Verteidigung des NATO-Bündnisgebiets (55 Prozent; +3 Prozentpunkte). Überwiegend positiv ist auch die öffentliche Meinung zu Waffenlieferungen an befreundete Staaten (47 Prozent; +3 Prozentpunkte). Ein geteiltes Meinungsbild gibt es zu möglichen Kampfeinsätzen der Bundeswehr (33 Prozent Zustimmung; 30 Prozent teils/teils; 37 Prozent Ablehnung) und zu Polizeieinsätzen im Ausland (33 Prozent Zustimmung; 27 Prozent teils/teils; 39 Prozent Ablehnung). Überwiegend abgelehnt wird die Aufnahme von Flüchtlingen (23 Prozent Zustimmung; 37 Prozent teils/teils; 40 Prozent Ablehnung).

Abbildung 10.2: Einstellungen zu den Mitteln der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik



Anmerkungen: Angaben in Prozent. Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100, da die Einzelwerte gerundet wurden. Die Antwortanteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ sowie „Lehne völlig ab“ und „Lehne eher ab“ wurden jeweils zusammengefasst.

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2023 und 2024.

Werden die Einstellungen zu den zivilen und militärischen Mitteln jeweils in Indexvariablen zusammengefasst und die Mittelwerte der soziodemografischen Gruppen und Wählergruppen miteinander verglichen, zeigt sich: Es besteht zwar in nahezu allen untersuchten Gruppen eine relative Präferenz für den Einsatz ziviler Mittel (Ausnahme: FDP-Wählerschaft), aber der Einsatz militärischer Mittel wird in keiner Gruppe überwiegend abgelehnt (vgl. Tabelle 10.2). Einzig unter den Wählerinnen und Wählern des BSW besteht eine ambivalente Einstellung zum Einsatz militärischer Mittel in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik. Die Zustimmung zum Einsatz ziviler Mittel ist in der AfD-Wählerschaft und Befragten in Ostdeutschland im Durchschnitt etwas schwächer ausgeprägt als in den entsprechenden Vergleichsgruppen. Der Einsatz militärischer Mittel wird im Durchschnitt stärker von Männern, Wählerinnen und Wählern der FDP, CDU/CSU oder SPD sowie Befragten mit Migrationshintergrund befürwortet als von den jeweiligen Vergleichsgruppen.

Tabelle 10.2: Einstellung zum Einsatz ziviler und militärischer Mittel in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik in soziodemografischen Gruppen

	Zivile Mittel	Militärische Mittel
Insgesamt	0,69	0,61
Geschlecht	n.s.	***
Männer	0,68	0,63
Frauen	0,69	0,59
Alter	n.s.	n.s.
16 bis 29 Jahre	0,67	0,60
30 bis 49 Jahre	0,69	0,61
50 bis 69 Jahre	0,69	0,61
70 Jahre und älter	0,68	0,62
Bildungsniveau	n.s.	n.s.
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	0,69	0,62
Realschulabschluss	0,69	0,61
Hauptschulabschluss	0,68	0,62
Haushaltsnettoeinkommen pro Monat	n.s.	n.s.
4.001 Euro und mehr	0,69	0,62
2.001 bis 4.000 Euro	0,69	0,61
Bis 2.000 Euro	0,67	0,60
Wahlabsicht Bundestagswahl	***	***
CDU/CSU	0,71	0,67
SPD	0,72	0,65
AfD	0,59	0,53
FDP	0,64	0,68
Die Linke	0,72	0,59
Bündnis 90/Die Grünen	0,75	0,60
Bündnis Sarah Wagenknecht	0,62	0,50
Keine Parteipräferenz, Nichtwähler, w.n./k.A.	0,69	0,61
Region	***	**
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	0,69	0,62
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	0,65	0,58
Süddeutschland (BW, BY)	0,71	0,62
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	0,69	0,62
Migrationshintergrund	*	***
Ja	0,71	0,66
Nein	0,68	0,60

Anmerkungen: Ausgewiesen sind die Mittelwerte. Wertebereich der abhängigen Variablen [0 – völlige Ablehnung; 1 – völlige Zustimmung]. Analyseverfahren: Varianzanalysen, Signifikanzniveau: *** $p < 0,001$; ** $p < 0,01$; * $p < 0,05$; n.s. = nicht signifikant ($p \geq 0,05$). Der Signifikanztest für die Varianzanalyse gibt an, ob sich der Mittelwert mindestens einer Gruppe von dem Mittelwert mindestens einer anderen Gruppe unterscheidet. Die beiden Indexvariablen haben eine akzeptable bis gute Skalenreliabilität (Cronbachs alpha: 0,60 [zivile Mittel]; 0,80 [militärische Mittel]).

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2024.

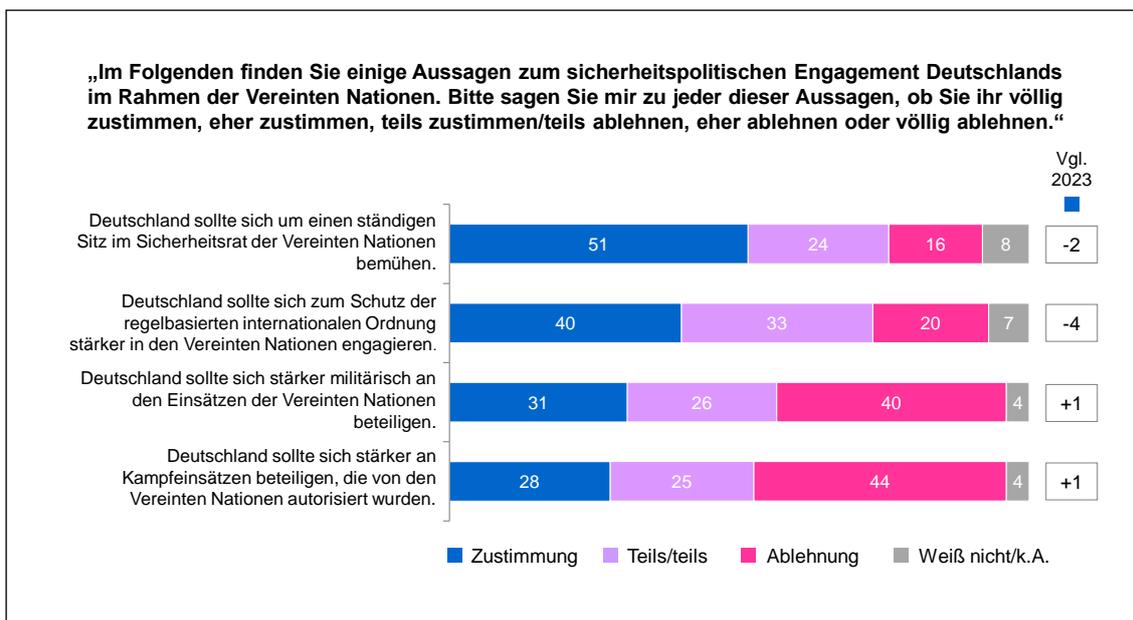
Die kritischste Haltung zum Einsatz militärischer Mittel in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik hat die Wählerschaft des BSW und der AfD.

Zwischen den Alters-, Bildungs- und Einkommensgruppen bestehen überhaupt keine statistisch signifikanten Unterschiede in den Einstellungen zu zivilen und militärischen Mitteln der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik.

Engagement in den Vereinten Nationen

Die Vereinten Nationen sind das einzige globale Forum für Fragen der Konfliktprävention und Friedenssicherung. Die Charta der Vereinten Nationen bildet die völkerrechtliche Grundlage für die regelbasierte internationale Ordnung. Seit 1973 ist die Bundesrepublik Deutschland Mitglied in den Vereinten Nationen und engagiert sich im Rahmen dieser Mitgliedschaft für die Stärkung der regelbasierten internationalen Ordnung und die Prävention und Bewältigung gewaltsamer Konflikte – auch mit militärischen Mitteln. Aktuell ist die Bundeswehr an drei Einsätzen der Vereinten Nationen beteiligt: im Libanon, im Südsudan und in der Westsahara. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen trägt Verantwortung für die internationale Sicherheit und ist hierzu mit weitreichenden Kompetenzen ausgestattet. Für die Mandatierung der Auslandseinsätze der Bundeswehr sind die Entscheidungen des VN-Sicherheitsrats ebenfalls von Bedeutung. In den letzten Jahren litt die Handlungsfähigkeit des Sicherheitsrats unter den oftmals widersprüchlichen Interessen seiner fünf ständigen Mitglieder Russland, China, USA, Frankreich und Großbritannien. Nicht zuletzt auch deshalb engagiert sich Deutschland seit Jahren für eine Reform des Sicherheitsrates und hat sich wiederholt um einen der zehn nichtständigen Sitze beworben. Zuletzt war Deutschland in den Jahren 2019 und 2020 nichtständiges Mitglied im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen.

Abbildung 10.3: Aussagen zu Deutschlands Engagement im Rahmen der Vereinten Nationen



Anmerkungen: Angaben in Prozent. Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100, da die Einzelwerte gerundet wurden. Zustimmung: Anteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ zusammengefasst; Ablehnung: Anteile „Lehne völlig ab“ und „Lehne eher ab“ zusammengefasst.

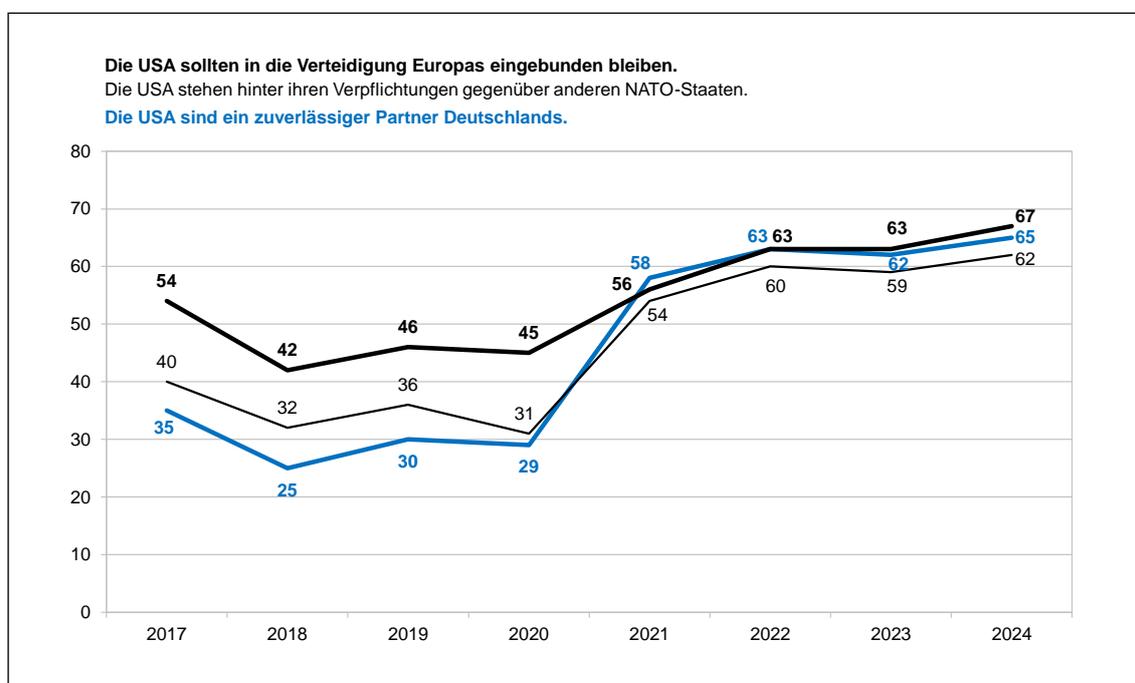
Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2023 und 2024.

Eine Mehrheit der Befragten unterstützt Deutschlands Bemühen um einen ständigen Sitz im VN-Sicherheitsrat (51 Prozent; -2 Prozentpunkte im Vergleich zu 2023), eine Minderheit von 16 Prozent lehnt dies ab und etwas mehr als ein Viertel (24 Prozent) ist geteilter Meinung (vgl. Abbildung 10.3). Eine relative Mehrheit (40 Prozent; -4 Prozentpunkte) plädiert dafür, dass sich Deutschland zum Schutz der regelbasierten internationalen Ordnung stärker in den Vereinten Nationen engagieren sollte, ein Drittel (33 Prozent) hat hierzu eine ambivalente Haltung und 20 Prozent lehnen dies ab. Die Aussage, Deutschland sollte sich an den Einsätzen der VN stärker militärisch beteiligen, stößt in der Bevölkerung überwiegend auf Ablehnung (40 Prozent), während ein Viertel (26 Prozent) geteilter Meinung ist und etwas weniger als ein Drittel (31 Prozent) für ein stärkeres militärisches Engagement plädiert. Eine stärkere Beteiligung Deutschlands an Kampfeinsätzen, die von den Vereinten Nationen autorisiert wurden, lehnt eine relative Mehrheit ab (44 Prozent) und jeweils ein Viertel ist unentschlossen (25 Prozent) oder befürwortet die Beteiligung an solchen Einsätzen (28 Prozent). Eine Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger wünscht sich also, dass Deutschland im VN-Sicherheitsrat mitentscheiden kann, wäre aber nicht bereit, die damit einhergehende Verantwortung für die globale Sicherheit mit einem militärischen Engagement zu hinterlegen.

Beziehungen zu den USA

Wurden die bilateralen Beziehungen zu den USA während der Amtszeit von Präsident Donald Trump (2017–2021) von den Bürgerinnen und Bürgern eher kritisch wahrgenommen, so verbesserte sich diese Wahrnehmung schlagartig mit dem Amtsantritt von Präsident Joe Biden im Jahr 2021 (vgl. Abbildung 10.4). Auf den großen „Biden-Effekt“ im Jahr 2021 folgte 2022 ein etwas kleinerer „Ukraine-Effekt“. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die öffentliche Wahrnehmung der USA als verlässlicher (Bündnis-)Partner weiter verbessert. Dazu passt, dass die Bürgerinnen und Bürger die Spannungen zwischen Europa und den USA aktuell als die geringste Bedrohung für ihre persönliche Sicherheit empfinden (vgl. Abschnitt 2, Tabelle 2.1).

Abbildung 10.4: Zustimmung zu Aussagen über die bilateralen Beziehungen zu den USA 2017–2024



Anmerkungen: Angaben in Prozent. Zustimmung: Anteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ jeweils zusammengefasst.

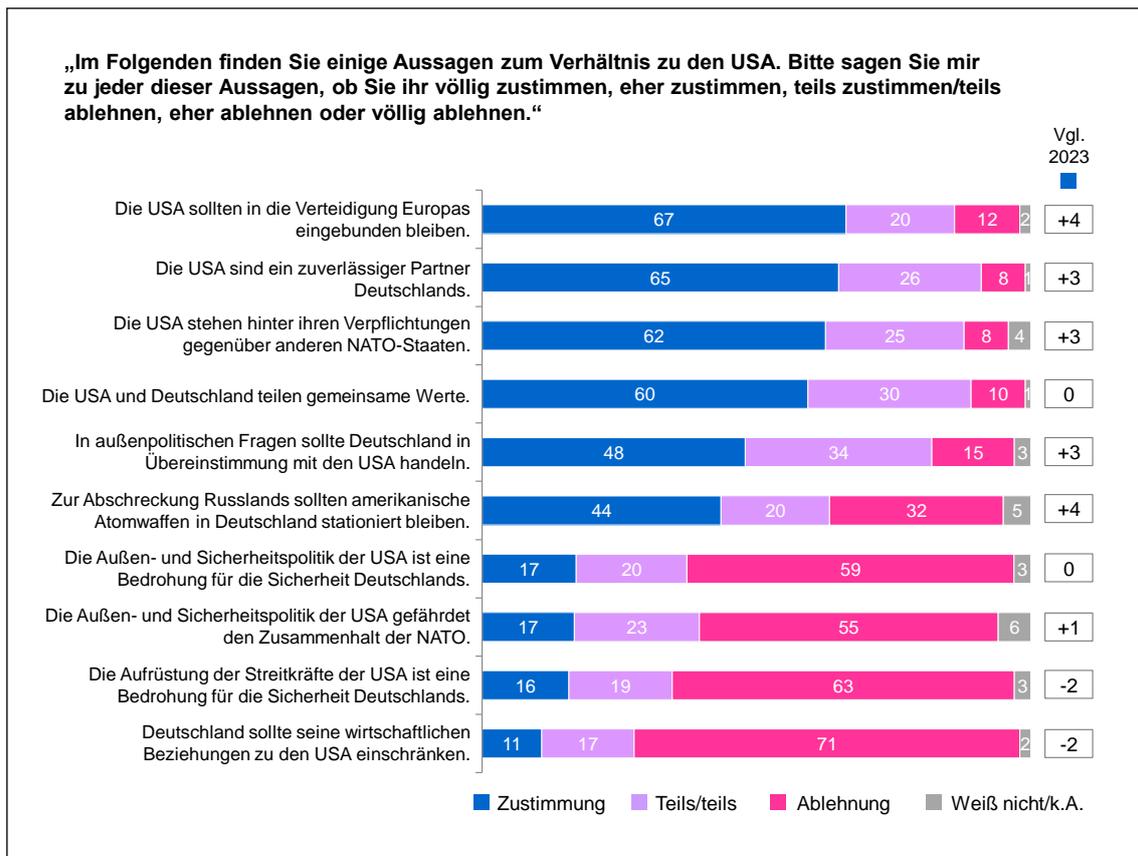
Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2017–2024.

Im Vergleich zum Vorjahr hat sich das positive Meinungsbild über die USA in nahezu allen Punkten leicht verbessert (vgl. Abbildung 10.5). Eine klare Mehrheit der deutschen Bevölkerung nimmt die USA als einen verlässlichen Partner Deutschlands wahr (65 Prozent; +3 Prozentpunkte), der mit Deutschland gemeinsame Werte teilt (60 Prozent; keine Veränderung), der hinter seinen Verpflichtungen gegenüber anderen NATO-Partnern steht (62 Prozent; +3 Prozentpunkte) und der weiterhin in die Verteidigung Europas eingebunden bleiben sollte (67 Prozent; +4 Prozentpunkte).

Eine klare Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger vertraut den USA als NATO-Bündnispartner und befürwortet die Einbindung der USA in die Verteidigung Europas.

Wie wichtig das Vertrauen in die USA für die Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger ist, die NATO-Ostflanke mit eigenen Mitteln militärisch zu sichern, zeigen die Ergebnisse in Abschnitt 5 (vgl. Tabelle 5.3). Umgekehrt vertritt nur eine Minderheit von 17 Prozent (+1 Prozentpunkt) die Auffassung, dass die Außen- und Sicherheitspolitik der USA den Zusammenhalt der NATO gefährdet, während eine Mehrheit von 55 Prozent diese Aussage ablehnt. Damit einher geht auch die Überzeugung, dass die amerikanische Außen- und Sicherheitspolitik im Allgemeinen (59 Prozent; +4 Prozentpunkte) sowie die Aufrüstung der amerikanischen Streitkräfte (63 Prozent; +5 Prozentpunkte) *keine* Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands darstellen. Eine Einschränkung der wirtschaftlichen Beziehungen zu den USA wird von einer klaren Mehrheit abgelehnt (71 Prozent; +4 Prozentpunkte).

Abbildung 10.5: Aussagen über die bilateralen Beziehungen zu den USA



Anmerkungen: Angaben in Prozent. Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100, da die Einzelwerte gerundet wurden. Zustimmung: Anteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ zusammengefasst; Ablehnung: Anteile „Lehne völlig ab“ und „Lehne eher ab“ zusammengefasst.

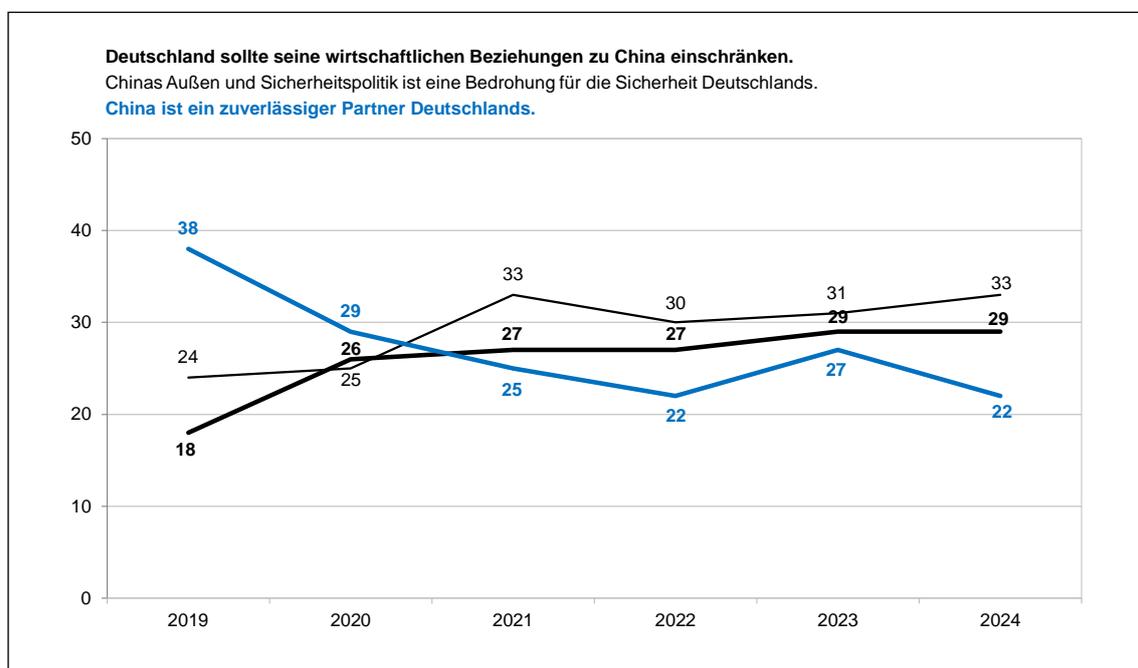
Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2023 und 2024.

Die grundsätzliche Bereitschaft zur Orientierung an den USA in außenpolitischen Fragen ist ebenfalls leicht gestiegen: Eine relative Mehrheit (48 Prozent; +3 Prozentpunkte) vertritt die Position, Deutschland sollte in außenpolitischen Fragen in Übereinstimmung mit den USA handeln. Uneins ist die deutsche Bevölkerung hingegen in der Frage, ob amerikanische Atomwaffen in Deutschland stationiert bleiben sollten, um Russland abzuschrecken: 44 Prozent (+4 Prozentpunkte) stimmen für den Verbleib amerikanischer Nuklearwaffen in Deutschland, 32 Prozent sind dagegen und 20 Prozent sind unentschieden.

Beziehungen zu China

In der im Juli 2023 veröffentlichten China-Strategie der Bundesregierung wird China gleichsam als Partner, Wettbewerber und systemischer Rivale bezeichnet, der offensiv und in seinem Interesse versuche, die regelbasierte internationale Ordnung umzugestalten – mit Auswirkungen auf die europäische und globale Sicherheit. Insbesondere Chinas Taiwan-Politik sorgt für angespannte Beziehungen zu vielen westlichen Ländern. Zudem investiert China nach den USA am meisten in die Aufrüstung seiner Streitkräfte. Wie die Ergebnisse in Abschnitt 2 gezeigt haben, gehören die Spannungen zwischen dem Westen und China aber nicht zu den vorrangigen Sorgen der Deutschen (vgl. Tabelle 2.1).

Abbildung 10.6: Zustimmung zu Aussagen über die bilateralen Beziehungen zu China 2019–2024

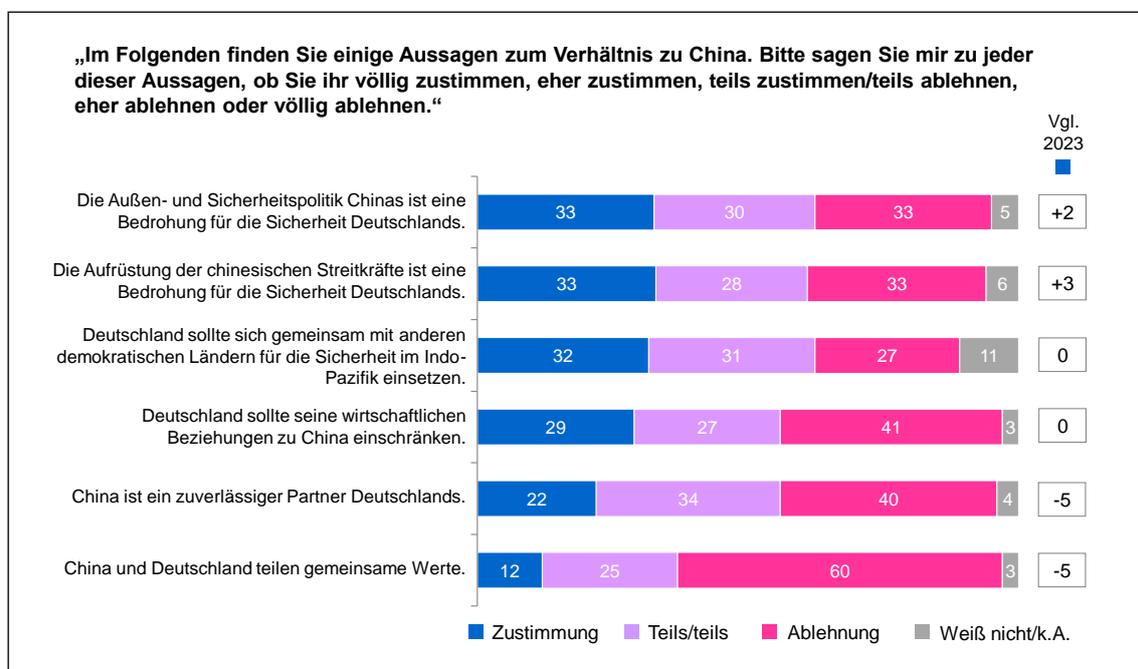


Anmerkungen: Angaben in Prozent. Zustimmung: Anteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ zusammengefasst.

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2019–2024.

Die öffentliche Wahrnehmung der Beziehungen zwischen Deutschland und China wird in der ZMSBw-Bevölkerungsbefragung seit 2019 erhoben. Bis einschließlich 2022 hat sich die Wahrnehmung Chinas als ein zuverlässiger Partner Deutschlands kontinuierlich verschlechtert (vgl. Abbildung 10.6). Dieser Trend wurde 2023 vorerst gestoppt, aber im Vergleich zum Vorjahr hat sich die aktuelle Wahrnehmung Chinas als zuverlässiger Partner erneut verschlechtert (22 Prozent; -5 Prozentpunkte; vgl. Abbildung 10.7). Eine relative Mehrheit von 40 Prozent sieht in China *keinen* zuverlässigen Partner und 34 Prozent sind hier geteilter Meinung. Unverändert ist die Bereitschaft zur Einschränkung der wirtschaftlichen Beziehungen zu China: 29 Prozent (keine Veränderung) plädieren für eine Einschränkung, 27 Prozent sind unentschlossen und eine relative Mehrheit von 41 Prozent spricht sich gegen Einschränkungen der Wirtschaftsbeziehungen aus. Die Wahrnehmung der chinesischen Außen- und Sicherheitspolitik als eine Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands nimmt seit 2022 leicht zu. Aber auch zu diesem Aspekt besteht in der deutschen Bevölkerung weiterhin ein ambivalentes Meinungsbild: 33 Prozent (+2 Prozentpunkte) sehen in der chinesischen Außen- und Sicherheitspolitik ein Risiko für Deutschland, 30 sind geteilter Meinung und 33 Prozent erkennen darin keine Bedrohung für die nationale Sicherheit. Ein ähnlich geteiltes Meinungsbild besteht in der Frage, ob die Aufrüstung der chinesischen Streitkräfte eine Bedrohung darstellt.

Abbildung 10.7: Aussagen über die bilateralen Beziehungen zu China



Anmerkungen: Angaben in Prozent. Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100, da die Einzelwerte gerundet wurden. Zustimmung: Anteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ zusammengefasst; Ablehnung: Anteile „Lehne völlig ab“ und „Lehne eher ab“ zusammengefasst.

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2023 und 2024.

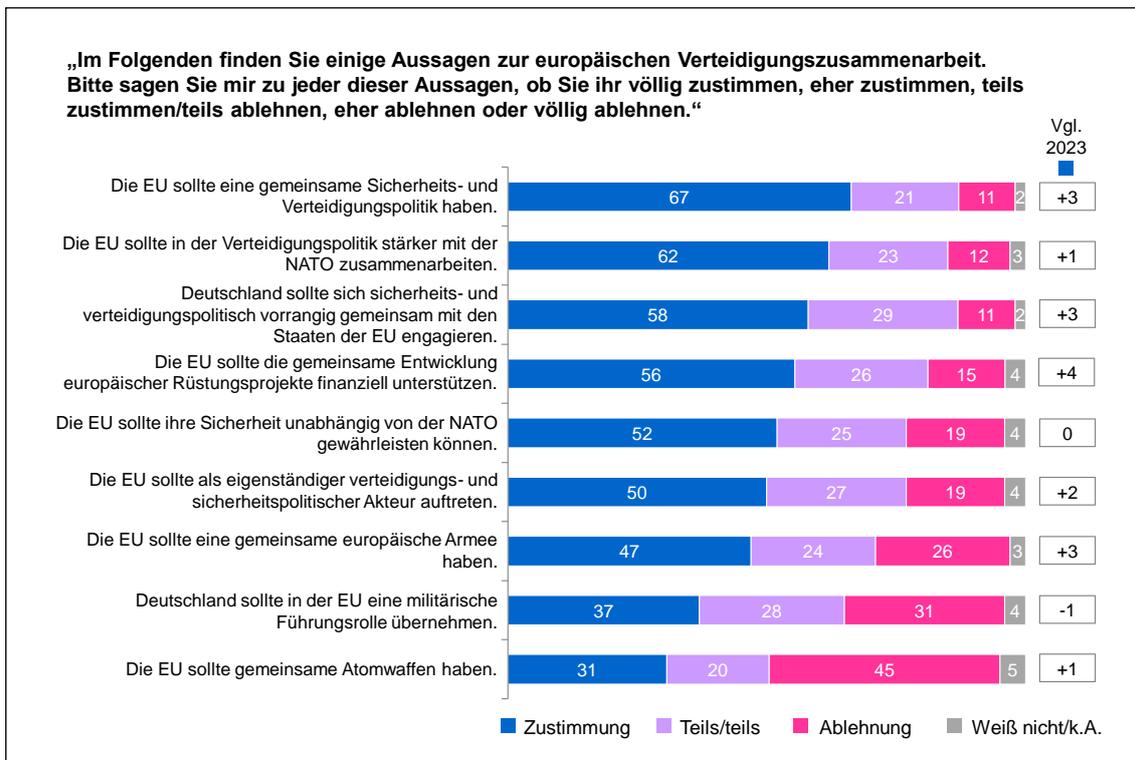
Insgesamt zeigt sich das aktuelle Meinungsbild zu China im Vergleich zum Vorjahr nahezu unverändert und bleibt in seiner Ausprägung äußerst ambivalent. Klarheit herrscht nur in einem Punkt: Lediglich 12 Prozent (-5 Prozentpunkte im Vergleich zu 2023) sind der Auffassung, dass China und Deutschland gemeinsame Werte teilen, während eine absolute Mehrheit gegenteiliger Meinung ist (60 Prozent; +8 Prozentpunkte). Hinsichtlich aller anderen Aspekte der bilateralen Beziehungen ist sich die deutsche Bevölkerung uneins: Ist China Partner, Wettbewerber oder systemischer Rivale? Diese diffuse Wahrnehmung betrifft die chinesische Außen- und Sicherheitspolitik und die Aufrüstung der chinesischen Streitkräfte als Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands ebenso wie die Frage der Einschränkung der wirtschaftlichen Beziehungen zu China. Unklarheit besteht in der Bevölkerung auch zu einem möglichen deutschen Engagement im Indo-Pazifik: Etwas weniger als ein Drittel der Bürgerinnen und Bürger (32 Prozent; keine Veränderung) befürwortet, dass sich Deutschland gemeinsam mit anderen demokratischen Staaten für die Sicherheit im Indo-Pazifik einsetzt, während 27 Prozent ein solches Engagement ablehnen und 31 Prozent unentschieden sind.

Die in der China-Strategie der Bundesregierung erklärte Bereitschaft, die regelbasierte internationale Ordnung durch ein aktives deutsches Engagement im Indo-Pazifik zu stärken, stößt in der eigenen Bevölkerung auf ein geteiltes Echo.

11 Europäische Verteidigungszusammenarbeit

In der deutschen Bevölkerung besteht ein insgesamt positives Meinungsbild zur Verteidigungskooperation im Rahmen der Europäischen Union. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich diese positive Grundhaltung leicht verbessert (vgl. Abbildung 11.1): Eine absolute oder relative Mehrheit ist der Auffassung, dass die EU eine gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik haben sollte (67 Prozent; +3 Prozentpunkte), die Entwicklung europäischer Rüstungsprojekte finanziell unterstützen (56 Prozent; +4 Prozentpunkte) und als eigenständiger sicherheits- und verteidigungspolitischer Akteur auftreten (50 Prozent; +2 Prozentpunkte) sollte. Trotz des hohen öffentlichen Zuspruchs zur Vertiefung der EU-Verteidigungskooperation, plädiert eine klare Mehrheit (62 Prozent; +1 Prozentpunkt) für eine engere verteidigungspolitische Zusammenarbeit zwischen der EU und der NATO. Darüber hinaus sind 58 Prozent (+3 Prozentpunkte) davon überzeugt, dass sich Deutschland sicherheits- und verteidigungspolitisch vorrangig gemeinsam mit den Staaten der EU engagieren sollte.

Abbildung 11.1: Einstellungen zur EU-Verteidigungszusammenarbeit



Anmerkungen: Angaben in Prozent. Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100, da die Einzelwerte gerundet wurden. Die Antwortanteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ sowie „Lehne völlig ab“ und „Lehne eher ab“ wurden jeweils zusammengefasst.

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2023 und 2024.

Dem Aufbau einer gemeinsamen europäischen Armee im Rahmen der EU stehen die Befragten etwas kritischer gegenüber: Eine relative Mehrheit (47 Prozent; +3 Prozentpunkte) begrüßt den Aufbau einer EU-Armee, 24 Prozent sind unentschieden und 26 Prozent lehnen dies ab. Uneins sind die Bürgerinnen und Bürger auch in der Frage, ob Deutschland in der EU eine militärische Führungsrolle übernehmen sollte: 37 Prozent (-1 Prozentpunkt) befürworten dies, 28 Prozent sind geteilter Meinung und 31 Prozent lehnen eine militärische Führungsrolle Deutschlands ab. Überwiegend kritisch stehen die Befragten dem Aufbau eines gemeinsamen europäischen Atomwaffenarsenals gegenüber: 31 Prozent (+1 Prozentpunkt) sprechen sich dafür aus, 20 Prozent sind unentschieden und 45 Prozent lehnen diese Überlegung ab. Wie die Ergebnisse zu den bilateralen Beziehungen zu den USA in Abschnitt 10 gezeigt haben, plädiert eine relative Mehrheit von 44 Prozent (+4 Prozentpunkte) für den Verbleib amerikanischer Atomwaffen in Deutschland zur Abschreckung Russlands.

Zur EU-Verteidigungszusammenarbeit besteht in der deutschen Bevölkerung ein positives Meinungsbild, das sich im Vergleich zum Vorjahr in allen Aspekten leicht verbessert hat. Eine militärische Führungsrolle Deutschlands in der EU stößt jedoch auf ein geteiltes Echo.

Hinsichtlich der Kooperation zwischen der EU und der NATO scheinen sich die Präferenzen der Bürgerinnen und Bürger zu widersprechen. Während 52 Prozent der Befragten dafür plädieren, dass die EU ihre Sicherheit unabhängig von der NATO gewährleisten können sollte, sprechen sich 62 Prozent (+1 Prozentpunkt) für eine engere Zusammenarbeit von EU und NATO in der Verteidigungspolitik aus. Dieser scheinbare Widerspruch kann jedoch aufgelöst werden: Die Einstellung zu Deutschlands Mitgliedschaft und Engagement in der NATO (vgl. Abschnitt 5) korreliert statistisch signifikant und positiv mit allen genannten Aspekten der EU-Verteidigungszusammenarbeit, d.h. je mehr Deutschlands Mitgliedschaft und Engagement in der NATO unterstützt wird, desto stärker wird auch die EU-Verteidigungszusammenarbeit befürwortet.⁴ Im Vergleich zum Vorjahr sind diese Beziehungen (Korrelationen) deutlich stärker geworden: Der Ausbau der EU-Verteidigungszusammenarbeit wird seitens der Bürgerinnen und Bürger immer klarer als Beitrag zur Stärkung der NATO verstanden. Mithin liegt also eine grundlegend multilaterale Orientierung vor, die EU und NATO nicht als Gegenpole ansieht.

⁴ Bivariate Korrelation nach Pearson zwischen der prinzipiellen NATO-Bündnistreue bzw. der praktischen NATO-Bündnissolidarität (vgl. Abschnitt 5) und der Einstellung zu einer gemeinsamen EU-Armee ($r = 0,41$ bzw. $0,34$; $p < 0,001$), zur gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU ($r = 0,60$ bzw. $0,49$; $p < 0,001$), zur EU als eigenständiger sicherheitspolitischer Akteur ($r = 0,42$ bzw. $0,33$; $p < 0,001$) und zum gemeinsamen europäischen Verteidigungsfonds ($r = 0,63$ bzw. $0,61$; $p < 0,001$).

Die Vertiefung der EU-Verteidigungszusammenarbeit wird von den Bürgerinnen und Bürgern als ein Beitrag zur Stärkung der europäischen Säule der NATO verstanden.

Die Gruppe der prinzipiellen NATO-Befürworter in der deutschen Bevölkerung stimmt darüber hinaus allen Teilaspekten der EU-Verteidigungszusammenarbeit stärker zu als die Gruppe der entschiedenen NATO-Gegner: Die Zustimmung zur gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik liegt bei 80 statt 13 Prozent; zur EU als eigenständiger sicherheitspolitischer Akteur bei 62 statt 14 Prozent; zur gemeinsamen Finanzierung von europäischen Rüstungsprojekten bei 70 statt 17 Prozent; zu einer gemeinsamen EU-Armee bei 57 statt 5 Prozent; zu gemeinsamen Atomwaffen bei 38 statt 10 Prozent. Diese Befunde verdeutlichen, dass der Ausbau und die Vertiefung der EU-Verteidigungszusammenarbeit als Beitrag zur Stärkung der europäischen Säule der NATO verstanden wird.

Tabelle 11.1: Zustimmung zu Aussagen über die EU-Verteidigungszusammenarbeit in Abhängigkeit von der Ausprägung der prinzipiellen NATO-Bündnistreue

Prinzipielle NATO-Bündnistreue	Zustimmung				
	Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik	EU als eigenständiger sicherheitspolitischer Akteur	Gemeinsame Finanzierung von Rüstungsprojekten	Gemeinsame Armee	Gemeinsame Atomwaffen
Befürworter	80	62	70	57	38
Gegner	13	14	17	5	10

Anmerkungen: Angaben in Prozent. Die Antwortanteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ wurden jeweils zusammengefasst. Lesebeispiel: Von den Befürwortern der prinzipiellen NATO-Bündnistreue stimmen 80 Prozent einer gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU zu.

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2024.

12 Fazit

Anfang 2024 hat Russland in der Ukraine die militärische Initiative ergreifen können und rückt seitdem unter hohen eigenen Verlusten langsam, aber beständig an vielen Frontabschnitten vor. Darüber hinaus droht Russlands Führung den europäischen Partnerländern der Ukraine mit einem möglichen Einsatz russischer Atomwaffen. Die Bedrohungslage hat sich im Vergleich zu 2023 verschärft. Diese Entwicklung bildet sich auch im sicherheits- und verteidigungspolitischen Meinungsbild der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland ab. Das Gefühl der Bedrohung der eigenen Sicherheit durch Krieg in Europa ist deutlich gestiegen und erreicht annähernd das Niveau von 2022. Auch wird Russland von einer wachsenden Mehrheit als militärische Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands wahrgenommen.

Angesichts der militärischen Bedrohung durch Russland steht eine klare Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger hinter der verteidigungspolitischen „Zeitenwende“ und fordert ganz konkret eine „kriegstaugliche“ Bundeswehr. Die öffentliche Zustimmung zur finanziellen und personellen Stärkung der Bundeswehr bleibt unverändert hoch und die Verteidigung ist aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger ein wichtiger Ausgabenbereich. Die gestiegene Bedrohungswahrnehmung führt auch zu einem größeren Zuspruch in der Bevölkerung zur militärischen Stärkung der NATO-Ostflanke und zur militärischen Unterstützung der Ukraine. Die Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger (unter 50 Jahren), im Falle eines militärischen Angriffs Deutschland mit der Waffe zu verteidigen, erreicht sogar einen neuen Höchstwert: 61 Prozent der Männer und 21 Prozent der Frauen bekunden aktuell ihre Wehrbereitschaft. Skepsis gegenüber der verteidigungspolitischen „Zeitenwende“ besteht einzig an den Rändern des politischen Spektrums, d.h. bei den Befragten mit einer Wahlpräferenz für die AfD, das Bündnis Sarah Wagenknecht oder die Linke.

Getrieben wird der öffentliche Zuspruch zur Neuausrichtung der deutschen Verteidigungspolitik und zur Neuaufstellung der Bundeswehr von der wahrgenommenen Bedrohung durch Russland. Dieser Zusammenhang ist Beleg für eine realistische Einschätzung der Sicherheitslage, bedeutet aber auch: zumindest ein Eckpfeiler der „Zeitenwende in den Köpfen“ ist möglicherweise nicht stabil, denn Bedrohungswahrnehmungen unterliegen tendenziell Schwankungen. Damit der zu beobachtende Mentalitätswandel in der Bevölkerung nachhaltig ist, muss er kommunikativ begleitet werden. Besonders wichtig erscheint es, den Bürgerinnen und Bürgern auch weiterhin die von Russland ausgehende Gefahr für unsere Sicherheit in aller Klarheit zu vermitteln und sie über die erforderlichen Verteidigungsmaßnahmen umfassend zu informieren.

In diesem Zusammenhang ist es bedenklich, dass nur etwa jeder fünfte Befragte angibt, etwas über die Missionen der Bundeswehr an der NATO-Ostflanke zu wissen, und dass sich nur jeder zehnte Befragte über die Auslandseinsätze der Bundeswehr gut informiert fühlt. Dieses Informationsdefizit nährt Vorbehalte gegenüber Deutschlands militärischem Engagement an der NATO-Ostflanke und stellt zudem ein potenzielles Einfallstor für Desinformation aus russischen und anderen Quellen dar. Unabhängig davon besteht das Risiko, dass sich das geringe Wissen in der deutschen Bevölkerung zu einem „freundlichen Desinteresse“ an den Auslandseinsätzen der Bundeswehr auswächst, das sich negativ auf die Einsatzmotivation der Soldatinnen und Soldaten auswirken und die zivil-militärischen Beziehungen in Deutschland belasten könnte.

Vor dem Hintergrund der sich zuspitzenden Bedrohungslage wird aktuell die Notwendigkeit eines neuen Wehrdienstes öffentlich diskutiert. Unabhängig vom Wehrdienstmodell ist eine relative Mehrheit der Befragten davon überzeugt, dass die Wiedereinführung eines Wehrdienstes notwendig ist. Der Zuspruch hierzu steigt mit dem Alter der Befragten, d.h. die jüngeren Befragten (16–29 Jahre) stehen einem neuen Wehrdienst vergleichsweise am skeptischsten gegenüber: Zustimmung und Ablehnung halten sich exakt die Waage. Eine absolute Mehrheit in allen Bevölkerungsgruppen erhofft sich durch einen Wehrdienst einen positiven Beitrag zur Landes- und Bündnisverteidigung. Die Mehrheit der Männer plädiert für einen neuen Wehrdienst, der auch für junge Frauen verpflichtend sein sollte. Während eine relative Mehrheit aller Frauen diese Überlegung begrüßt, stößt sie bei den jungen Frauen auf ein geteiltes Echo: 38 Prozent sind dafür, 38 Prozent dagegen und 21 Prozent sind unentschieden. Die Wehrdienst-Befürworter wurden außerdem nach ihren Präferenzen zur Ausgestaltung eines möglichen neuen Wehrdienstes gefragt: Am ehesten befürwortet wird im Anschluss an eine verpflichtende medizinische Eignungsprüfung ein 12-monatiger Grundwehrdienst für deutsche Staatsangehörige, der für alle körperlich tauglichen Wehrpflichtigen gelten sollte und einen Einsatz auch auf NATO-Bündnisgebiet erlaubt. Allerdings stehen 47 Prozent der Befragten auch einer Auswahlwehrrpflicht offen gegenüber. Diese Präferenzen sind in der Gruppe 16–29-Jährigen sehr ähnlich ausgeprägt.

Dass insbesondere unter den jüngeren Bürgerinnen und Bürgern (16–29 Jahre) ein Umdenken mit Blick auf den Dienst an der Waffe einsetzt, zeigt sich am stark gestiegenen Interesse am Soldatenberuf – zumindest bei den Männern: 29 Prozent (+10 Prozentpunkte im Vergleich zu 2023) der jungen Männer können sich aktuell vorstellen, Soldat bei der Bundeswehr zu werden. Das Interesse der jungen Frauen am Soldatenberuf stagniert dagegen auf einem niedrigen Niveau (8 Prozent; -1 Prozentpunkt). Überhaupt erweisen sich die jungen Frauen als eine schwierige Zielgruppe für die Personalgewinnung der Bundeswehr.

Weiterführende Untersuchungen offenbaren, dass das Interesse der 16–29-Jährigen am Soldatenberuf unter anderem von der subjektiven Bewertung „weicher“ Faktoren abhängt, etwa von der Vereinbarkeit von Dienst und Familie oder der Gleichstellung von Männern und Frauen in der Bundeswehr. Die wahrgenommene „Kriegstauglichkeit“ der Bundeswehr, d.h. die subjektive Bewertung der Ausrüstung und Bewaffnung der Bundeswehr sowie der Fähigkeit der Bundeswehr zur Landesverteidigung, steht vor allem bei den Männern in einem positiven Zusammenhang mit dem Interesse am Soldatenberuf. „Kriegsangst“ spielt dagegen kaum eine Rolle. Das deutlich gestiegene Interesse der jungen Männer am Soldatenberuf ist umso bemerkenswerter, weil sich der negative Trend in der öffentlichen Wahrnehmung der Bundeswehr als attraktiver Arbeitgeber für junge Menschen auch im Jahr 2024 fortsetzt.

Die Grundhaltung der Bürgerinnen und Bürger zur Bundeswehr erweist sich dagegen als äußerst stabil: Seit einem Vierteljahrhundert geben mindestens drei Viertel der Bevölkerung an, eine positive Einstellung zur Bundeswehr zu haben. Aktuell liegt dieser Wert bei 82 Prozent. Und 85 Prozent der Befragten vertrauen der Bundeswehr. Das Verhältnis zwischen Bundeswehr und Gesellschaft wird ebenfalls von einer großen Mehrheit positiv bewertet. Wichtig für die Bundeswehr als Armee im Einsatz: Eine absolute Mehrheit unterstützt den Einsatz der Bundeswehr im gesamten Aufgabenspektrum, wobei die Aufgabe der Landes- und Bündnisverteidigung mehr Zuspruch erhält als das internationale Krisenmanagement. Die große Akzeptanz der Bundeswehr quer durch alle Bevölkerungsschichten ist Beleg dafür, dass die Streitkräfte etablierter Bestandteil von Staat und Gesellschaft sind. Bestehende Defizite, z.B. bei der Ausrüstung und Bewaffnung der Bundeswehr, werden von der Bevölkerung ebenfalls wahrgenommen, weshalb eine unverändert große Mehrheit die personelle wie finanzielle Stärkung der Bundeswehr fordert. In Anbetracht der vielfältigen Herausforderungen sollten die Soldatinnen und Soldaten wissen, dass die große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger hinter ihnen und ihrem Auftrag steht.

Insgesamt gibt es in der deutschen Bevölkerung also eine belastbare und äußerst positive Grundhaltung zur Bundeswehr, eine mehrheitliche Zustimmung zur verteidigungspolitischen „Zeitenwende“ sowie ein erhebliches Potenzial an (überzeugten) Wehrdienern, (männlichen) freiwilligen Kämpfern und (männlichen) Interessenten am Soldatenberuf. Auch wenn die Kriegsangst 2024 wieder zugenommen hat, lähmt diese den Mentalitätswandel in der Bevölkerung nicht. Im Gegenteil: Die wahrgenommene Bedrohung der eigenen Sicherheit durch Russlands Krieg gegen die Ukraine und Russlands Drohungen gegen den Westen scheint den Wehrwillen in der deutschen Bevölkerung zu nähren – zumindest bei denjenigen, die sich in der demokratischen Mitte des politischen Spektrums verorten, und das ist noch immer die weit überwiegende Mehrheit.

13 Methodologie

Die jährliche Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw) existiert seit 1996 und stellt die längste und umfangreichste Zeitreihe sicherheits- und verteidigungspolitischer Umfragen in Deutschland dar. Die Erhebung und Erforschung der öffentlichen Meinung zur Bundeswehr und zur deutschen Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist für die Bundeswehr von großer Bedeutung, weil sie als Armee in der Demokratie auf den Rückhalt der Bürgerinnen und Bürger angewiesen ist.

Ziele und Selbstverständnis

Die jährliche ZMSBw-Bevölkerungsbefragung ist der Gradmesser für die gesellschaftliche Legitimation, Relevanz und Integration der Streitkräfte. Ihre Ergebnisse dienen dazu, das Verhältnis zwischen Bundeswehr und Gesellschaft zu analysieren sowie die Informationsarbeit der Bundeswehr zu evaluieren (Ressortforschung). Mit der öffentlichkeitswirksamen Publikation der Befragungsergebnisse in vielfältigen Produktformaten (Forschungsberichte, Zeitschriften- und Webartikel, Monografien, Podcasts, Vorträge, Interviews) leistet das ZMSBw zudem einen wichtigen Beitrag zum Verständnis der deutschen Sicherheits- und Verteidigungspolitik im Sinne des Integrationsziels der Inneren Führung (Wissenstransfer). Darüber hinaus werden die Befragungsdaten in hochwertigen wissenschaftlichen Fachpublikationen aufbereitet, als Grundlage für sozialwissenschaftliche Qualifikationsarbeiten und im Rahmen der universitären Lehre genutzt sowie der Forschung allgemein im Datenarchiv des GESIS zur Verfügung gestellt (Grundlagenforschung).

Durchführung und Datenerhebung

Die Erarbeitung des Studienkonzepts, der Ausschreibungsunterlagen und des Fragebogens der Bevölkerungsbefragung erfolgen ebenso am ZMSBw wie die Auswertung der erhobenen Daten. Die Umfragedaten werden von einem externen Befragungsinstitut erhoben. Mit der Überprüfung des Fragebogens (Pretest) und der Datenerhebung wurde 2024 im Rahmen einer öffentlichen Ausschreibung das Meinungsforschungsinstitut Ipsos GmbH beauftragt, das eines der größten Markt- und Meinungsforschungsinstitute in Europa ist. Das beauftragte Institut führt die Interviews in den Haushalten der Befragungsteilnehmerinnen und -teilnehmer durch und erstellt auf Grundlage der in den Interviews erhobenen Daten einen Datensatz. Für die Untersuchung wurde die Grundgesamtheit (d.h.

alle Personen, die für die Analyse von Interesse sind und über die im Rahmen der Untersuchung Aussagen getroffen werden sollen) definiert als die deutschsprachige und in Privathaushalten lebende Bevölkerung ab 16 Jahren. Da nicht alle Personen der Grundgesamtheit befragt werden können, wurde eine repräsentative Stichprobe gezogen. Die Auswahl der Personen in der Stichprobe erfolgte zufällig durch ein mehrstufig geschichtetes Verfahren, sodass jedes Element der Grundgesamtheit dieselbe Chance hatte, in die Stichprobe zu gelangen.

Die Daten der ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2024 wurden vom 18. Mai bis 23. Juni 2024 erhoben. Befragt wurden 1.956 zufällig ausgewählte Bürgerinnen und Bürger. Die Interviews dauerten im Mittel 62 Minuten und die Ausschöpfungsquote lag bei 51 Prozent. Die Teilnahme ist grundsätzlich freiwillig, anonym und wird nicht vergütet. Die erhobenen Daten wurden durch das Umfrageinstitut im Anschluss an die Erhebung nach den Merkmalen Alter, Geschlecht, Bildung und Ortsgröße gewichtet, um die realisierte Stichprobe der demografischen Struktur der Grundgesamtheit anzupassen. Nach Aufbereitung der erhobenen Daten durch die Ipsos GmbH erhielt das ZMSBw am 1. Juli 2024 den Datensatz, der Grundlage der vorstehenden Auswertungen ist.

Tabelle 13.1: Angaben zur ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2024

Erhebungsmethode	Computergestützte persönliche Interviews (CAPI)
Erhebungszeitraum	18.05.2024 bis 23.06.2024
Grundgesamtheit	Personen ab 16 Jahren, die in Privathaushalten in der Bundesrepublik Deutschland leben
Stichprobe	Repräsentative, mehrfach geschichtete Zufallsstichprobe nach dem Random-Route-Verfahren
Fallzahl	1.956 Nettointerviews
Fragebogenlänge	62 Minuten (Durchschnitt)
Eingesetzte Interviewer	292
Ausschöpfungsquote	51 Prozent

Qualitätssicherung

Ein wesentliches Merkmal der Qualitätssicherung ist die Vorgabe, dass das beauftragte Meinungsforschungsinstitut über unabhängige ISO-Zertifizierungen nach ISO 9001 und ISO 20252 (internationale Qualitätsstandards in der Markt-, Meinungs- und Sozialforschung) verfügen muss. Mit diesen Zertifizierungen werden die Qualitätsstandards und Prozesse transparent und regelmäßig von unabhängigen Stellen überprüft. Darüber hinaus müssen die beauftragten Befragungsinstitute die Einhaltung der berufsständischen Qualitätskriterien gewährleisten, wie sie vom Arbeitskreis Deutscher Markt- und Sozialforschungsinstitute e.V. (ADM), der Arbeitsgemeinschaft Sozialwissenschaftlicher Institute e.V. (ASI) und der Deutschen Gesellschaft für Online-Forschung e.V. (DGOF) verabschiedet wurden. Insbesondere schließt dies die „Standards zur Qualitätssicherung in der Markt- und Sozialforschung“ ein, die vom ADM, der ASI und vom Berufsverband

Deutscher Markt- und Sozialforscher e.V. herausgegeben wurden. Im Zuge der Qualitätssicherung wurde der Fragebogen einem Pretest unterzogen, um Fehler in der Programmierung und mögliche Verständnisprobleme seitens der Befragten zu identifizieren. Außerdem wurden die durchschnittliche Interviewlänge und die Qualität der Schulungsunterlagen kontrolliert. Der Pretest umfasste 53 Interviews, die vom 4. bis 12. Mai 2024 unter realen Feldbedingungen stattfanden, d.h. die Teilnehmerinnen und Teilnehmer wurden zufällig in ganz Deutschland ausgewählt und beantworteten die Fragen in einem computergestützten persönlichen Interview (CAPI) in ihrem Haushalt. Infolge des Pretests ergab sich am Fragebogen kein inhaltlicher Veränderungsbedarf. Um die durchschnittliche Dauer der Interviews zu begrenzen, wurden einige Splits in den Fragebogen eingebaut, d.h. bestimmte Fragen oder Fragebatterien wurden nur der Hälfte der Befragten gestellt.

Vergleichbarkeit von Umfrageergebnissen

Umfragen zum gleichen Thema können zu unterschiedlichen Ergebnissen kommen. Die Gründe hierfür sind vielfältig. Abweichende oder widersprüchliche Ergebnisse unterschiedlicher Befragungsstudien können sich unter anderem durch Unterschiede in den folgenden Faktoren ergeben:

- Befragungszeitraum;
- Erhebungsmodus (CAPI, CATI, mixed mode);
- Art der Stichprobe (Zufalls-, Quoten-, Convenience-Stichprobe);
- Stichprobengröße und Stichprobenfehler;
- Grundgesamtheit, auf die die Stichprobe bezogen wird;
- Frageformulierungen;
- Anzahl und Formulierung der Antwortskalen und -optionen;
- Reihenfolge der Fragen und Themen im Fragebogen.

Aus den genannten Gründen könnten die Forschungsergebnisse des ZMSBw zum sicherheits- und verteidigungspolitischen Meinungsbild in der Bundesrepublik Deutschland von den Ergebnissen anderer Studien zu ähnlichen Themen abweichen.

Erhebung der Variable Geschlecht

Das Geschlecht der Teilnehmenden wurde mit der folgenden Frage erfasst: „Welches Geschlecht haben Sie?“. Als Antwortoptionen wurden angeboten: „männlich“, „weiblich“ und „divers“. Die Antwortoption „divers“ wurde von keiner der teilnehmenden Personen ausgewählt. Auswertungen nach Geschlecht beschränken sich deshalb auf die Analyse-kategorien „männlich“ und „weiblich“ bzw. „Männer“ und „Frauen“.

Anfang 2024 hat Russland in der Ukraine die militärische Initiative ergreifen können und rückt seitdem unter hohen eigenen Verlusten langsam, aber beständig an vielen Frontabschnitten vor. Darüber hinaus droht Russlands Führung den europäischen Partnerländern der Ukraine mit einem möglichen Einsatz russischer Atomwaffen. Die Bedrohungslage hat sich im Vergleich zu 2023 verschärft. Steigt die Kriegsangst jetzt wieder oder haben die Bürgerinnen und Bürger sich an den Krieg in der Ukraine „gewöhnt“? Bröckelt der gesellschaftliche Rückhalt für Deutschlands verteidigungspolitische Zeitenwende oder ist dieser gar gewachsen? Lähmen die Kriegsangst und die wahrgenommene Bedrohung durch Russland die Wehrbereitschaft in der deutschen Bevölkerung oder stärken sie sie? Und welche Einstellungsunterschiede bestehen zwischen den verschiedenen soziodemografischen Gruppen und den Wählergruppen in der deutschen Bevölkerung? Der vorliegende Forschungsbericht beantwortet diese Fragen auf der Grundlage der Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw) – der umfangreichsten repräsentativen Bevölkerungsbefragung zu außen-, sicherheits- und verteidigungspolitischen Themen in Deutschland seit 1996.

Dr. Timo Graf, Forschungsbereich Militärsoziologie, Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, Potsdam.